

- **Österreich schleppt sich aus der Rezession.** Prognose für 2025 und 2026
- **Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum.** Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030
- **Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen**
- **Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •

Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2025

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2025 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



98. Jahrgang, Heft 10/2025

515-531 ■ **Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026**

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

Österreichs Wirtschaft erholt sich im Prognosezeitraum von der Rezession, die laut den revidierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ähnlich kräftig ausfiel wie in Deutschland. Die Erholung wird vom privaten Konsum getragen, während der Warenaußenhandel zunächst noch schrumpft. Die Wohnbauinvestitionen ziehen dank sinkender Zinsen früher an als die Ausrüstungsinvestitionen. Moderate Lohnabschlüsse dämpfen 2026 die Reallohnzuwächse und verbessern die Ertragslage der Unternehmen. Die Inflationsrate wird im Prognosezeitraum sinken und die Arbeitslosenquote einen Plafond erreichen.

Austria Gradually Emerges from Recession. Economic Outlook for 2025 and 2026

532 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

533-550 ■ **Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030**

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz, Mark Sommer

Österreichs Wirtschaft erholt sich weiterhin nur schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande kräftiger gestiegen, wodurch insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben wird. Folglich wird die österreichische Wirtschaft 2026/2030 um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Das WIFO erwartet ein reales BIP-Wachstum von 1% pro Jahr. Das Trendwachstum beträgt laut der Methode der Europäischen Kommission $\frac{3}{4}$ % p. a. ($\emptyset$ 2010/2019 +1,1% p. a.). Der private Konsum dürfte im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1% p. a. zulegen und so das Wirtschaftswachstum stützen. Der demografische Wandel verstärkt die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits die mittelfristigen Aussichten, dämpft jedoch andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: nach 7,5% 2025 wird die Arbeitslosenquote bis 2030 auf voraussichtlich 5,9% zurückgehen. Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb verlangsamt sich 2026 auf 2,4%. Mitte 2027 sollte die Inflationsrate dann den Zielwert der Europäischen Zentralbank erreichen und auch mittelfristig bei 2% verharren. Die Defizitquote liegt im Prognosezeitraum bei durchschnittlich $3\frac{3}{4}$ % des nominellen BIP und damit deutlich über dem 3%-Ziel. In der Folge steigt die Staatsschuld bis 2030 auf $88\frac{1}{4}$ % der nominellen Wirtschaftsleistung (2024: 80%).

Structural Problems Dampen Growth. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2030

551-566 ■ **Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen**

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

Im Jahr 2024 stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren um 11,8% gegenüber dem Vorjahr. Dies impliziert eine deutliche Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten, sowohl gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+5,3 Prozentpunkte) als auch gegenüber den EU-Handelspartnern (+4,3 Prozentpunkte). Auch verglichen mit dem wichtigsten Handelspartner Deutschland verschlechterten sich die relativen Lohnstückkosten (+3,2 Prozentpunkte). Beeinflusst wird die Entwicklung gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner vor allem durch eine schwächere Produktivitätsentwicklung in Kombination mit einer ungünstigen Entwicklung der Wechselkurse. Gegenüber Deutschland und den westeuropäischen Ländern resultiert die Verschlechterung hingegen vorrangig aus der dynamischeren Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte. In den letzten fünf Jahren wuchsen die Lohnstückkosten in der heimischen Warenherstellung um 0,8 Prozentpunkte p. a. schneller als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 1,5 bzw. 1,7 Prozentpunkte rascher als in Deutschland bzw. in Westeuropa. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie bzw. zur Abfederung der hohen Inflation sind die Ergebnisse für die letzten fünf Jahre weiterhin mit Vorsicht zu interpretieren.

Marked Increase in Relative Unit Labour Costs in 2024

567-582 ■ **Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich**

Jürgen Janger, Tim Slickers

Österreich hat die monetären Ressourcen für Forschung, Technologie und Innovation in den letzten Jahrzehnten auf ein Niveau über jenem der führenden Innovationsländer der EU gesteigert. Hinsichtlich der Wirkung dieser Mittel, gemessen etwa anhand von Publikationen, Patenten und innovationsintensiven Start-ups, schneidet Österreich aber nach wie vor deutlich schwächer ab als die führenden EU-Länder; weltweit ist der Rückstand noch ausgeprägter. In europäischen und globalen Innovationsrankings verschlechtert sich Österreich. Die anhaltenden Leistungsprobleme, der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und budgetäre Restriktionen legen strukturelle Reformen nahe, um die Leistungsfähigkeit bei effizientem Mitteleinsatz zu steigern.

Austria's Innovation Performance in International Comparison

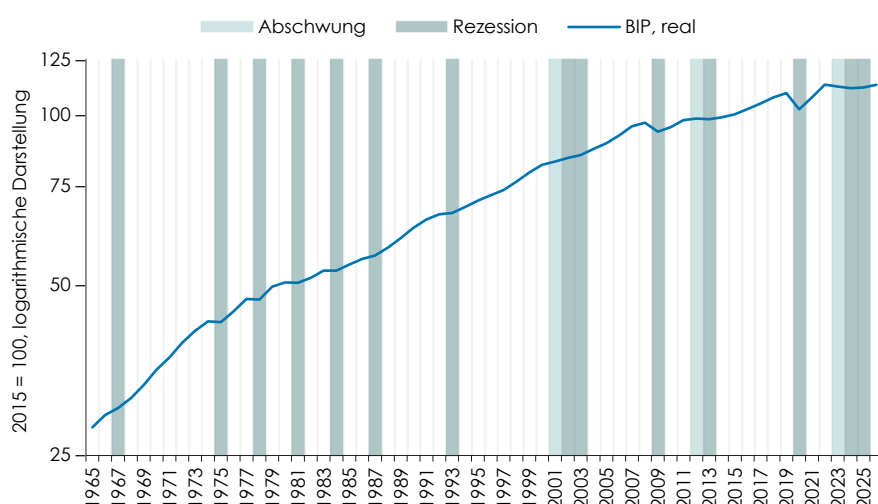
Österreich schleppt sich aus der Rezession

Prognose für 2025 und 2026

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

- Laut revidierten Daten hatte der BIP-Rückgang 2023/24 in Österreich eine ähnliche Größenordnung wie in Deutschland.
- Die heimische Wirtschaft durchschreitet 2025 den Konjunkturtiefpunkt, verzeichnet aber schon ein leichtes Wachstum von voraussichtlich 0,3%.
- Die Erholung wird vom Konsum getragen, während der Warenaußenhandel wegen der schwachen weltweiten Nachfrage nach Investitionsgütern zunächst noch schrumpft.
- Die Wohnbauinvestitionen ziehen dank sinkender Zinsen früher an als die Ausrüstungsinvestitionen. Im Tiefbau wird die Dynamik 2026 jedoch abnehmen.
- Die hohen Lohn- und Energiepreisteigerungen der letzten Jahre werden insbesondere bei den Dienstleistungen auf die Preise überwälzt. 2026 werden die Löhne pro Kopf nur mehr moderat steigen.
- Die Konjunkturerholung sorgt 2026 für ein Wirtschaftswachstum von 1,1% und eine Wende auf dem Arbeitsmarkt. Pensionsreformen lindern den Fachkräftemangel.

Abschwünge und Rezessionen in Österreich



"Der Konjunkturabschwung war in Österreich nach neuesten Daten ähnlich ausgeprägt wie in Deutschland und dauerte mit rund drei Jahren besonders lang."

In Abschwüngen und Rezessionen beträgt die BIP-Wachstumsrate weniger als zwei Drittel des Trendwachstums. In Abschwüngen ist die Output-Lücke noch positiv (Wirtschaftsleistung liegt über dem Trend), in Rezessionen negativ (Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose).

Österreich schleppt sich aus der Rezession

Prognose für 2025 und 2026

Stefan Schiman-Vukan, Stefan Ederer

Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026

Österreichs Wirtschaft erholt sich im Prognosezeitraum von der Rezession, die laut den revidierten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ähnlich kräftig ausfiel wie in Deutschland. Die Erholung wird vom privaten Konsum getragen, während der Warenaußenhandel zunächst noch schrumpft. Die Wohnbauinvestitionen ziehen dank sinkender Zinsen früher an als die Ausrüstungsinvestitionen. Moderate Lohnabschlüsse dämpfen 2026 die Reallohnzuwächse und verbessern die Ertragslage der Unternehmen. Die Inflationsrate wird im Prognosezeitraum sinken und die Arbeitslosenquote einen Plafond erreichen.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 3. 10. 2025

Kontakt: Stefan Schiman-Vukan (stefan.schiman-vukan@wifo.ac.at), Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Austria Gradually Emerges from Recession. Economic Outlook for 2025 and 2026

Austria's economy is recovering over the projection period from a recession that, according to the revised National Accounts, proved comparably severe to Germany's. The rebound is driven by private consumption, while foreign trade in goods continues to contract for the time being. Residential construction is picking up earlier than equipment investment, thanks to falling interest rates. Moderate wage settlements are expected to curb real-wage growth in 2026 and improve corporate profitability. Inflation will decline during the forecasting period, and the unemployment rate will reach a plateau.

Die österreichische Wirtschaft erholt sich im Prognosezeitraum von der Rezession, die laut den neuen VGR-Daten von Statistik Austria schwächer ausfiel als bisher angenommen. Gleichzeitig revidierte das Statistische Bundesamt (Destatis) die BIP-Werte für Deutschland nach unten. Insgesamt ergibt sich nun das schlüssige Bild, dass die Wertschöpfungsverluste in Österreich und Deutschland ähnlich groß waren. Ausgelöst hatte die Rezession, die ganz Nord-, Mittel- und Osteuropa betraf, der Energiepreisschock im Jahr 2022. West- und südeuropäische Länder blieben verschont, weil sie weniger von den Energielieferungen Russlands abhingen.

Wie vom WIFO prognostiziert, leitet die Konjunkturerholung in Österreich nicht wie üblich der Warenaußenhandel ein, sondern der private Konsum, der laut den aktuellen VGR-Daten schon 2024 merklich expandierte. Im Prognosezeitraum wird er allerdings vom gestiegenen Arbeitslosigkeitsrisiko und der restriktiven Fiskalpolitik gedämpft. Der Warenaußenhandel dürfte sich erst 2026 erholen. Die schwache internationale Nachfrage nach Investitionsgütern trifft die heimischen Exporteure hart. Belastend wirken auch die Import-

zölle der USA, zumal von dort in den letzten Jahren eine hohe Nachfrage nach österreichischen Waren ausging. Die Erholung der Wohnbauinvestitionen, die bereits eingesetzt hat, wird sich 2026 angesichts der rückläufigen Zinsen fortsetzen. Im Tiefbau wird die solide Grunddynamik 2026 durch den Sparkurs der öffentlichen Hand gedämpft. Die Ausrüstungsinvestitionen werden erst verzögert anziehen, da sie dem Konjunkturverlauf grundsätzlich nachhinken. Zudem verringert die schwache Ertragslage der Unternehmen die Investitionsbereitschaft.

Angesichts dieser ungünstigen Gemengelage haben die Gewerkschaften in der anlaufenden Herbstlohnrunde einem moderaten Lohnabschluss in der metallverarbeitenden Industrie zugestimmt. Dies dürfte eine gewisse Signalwirkung für andere Branchen haben und die Reallohnzuwächse 2026 dämpfen. Die vergangenen Nominallohn- und Energiepreissteigerungen übersetzen sich vor allem bei den Dienstleistungen in höhere Preise. Im laufenden Jahr verstärkt zudem das Auslaufen preisdämpfender Maßnahmen im Energiebereich, vor allem der Strompreissbremse, die Inflation. Auch die teils kräftigen Gebührenerhöhungen seitens

der öffentlichen Hand wirken preistreibend, unterstützen jedoch die dringend erforderliche Konsolidierung des Staatshaushaltes.

Der Arbeitsmarkt steht noch im Zeichen der Rezession. Die Arbeitslosigkeit steigt, während die Beschäftigung laut VGR stagniert. 2026 dürfte die Konjunkturerholung allerdings für eine Trendwende sorgen und die Arbeitslosenquote wieder leicht sinken. Der

demografische Wandel dämpft die Arbeitslosigkeit; gleichzeitig lindert die Verlängerung von Erwerbskarrieren durch Maßnahmen im Pensionssystem den Fachkräftemangel.

Alles in allem wird das BIP im laufenden Jahr leicht um 0,3% wachsen. 2026 beschleunigt sich der Zuwachs auf 1,1%.

Übersicht 1: **Hauptergebnisse der Prognose**

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 4,9	+ 5,3	- 0,8	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1
Herstellung von Waren	+ 10,6	+ 8,3	- 3,3	- 5,6	- 0,5	+ 1,2
Handel	+ 5,8	+ 1,0	- 7,9	- 3,0	+ 1,2	+ 1,4
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 4,9	+ 5,4	- 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8
Dauerhafte Konsumgüter ²⁾	+ 6,3	- 4,5	- 5,5	- 0,2	+ 3,0	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 6,0	- 0,3	- 1,3	- 4,3	- 0,3	+ 1,2
Ausrüstungen ³⁾	+ 7,4	+ 1,4	+ 1,7	- 2,8	- 0,1	+ 2,0
Bauten	+ 4,3	- 2,1	- 4,5	- 5,9	- 0,5	+ 0,2
Exporte, real	+ 9,5	+ 9,4	- 0,6	- 2,3	- 0,4	+ 1,2
Warenexporte, fob	+ 12,4	+ 5,6	- 0,9	- 4,5	- 1,1	+ 0,7
Importe, real	+ 14,1	+ 6,9	- 4,3	- 2,6	+ 1,2	+ 1,3
Warenimporte, fob	+ 14,8	+ 3,2	- 7,0	- 5,3	+ 1,0	+ 1,3
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 6,8	+ 10,6	+ 6,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4
Mrd. €	406,23	449,38	477,84	494,09	511,54	528,72
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP	1,7	- 1,3	1,6	1,5	0,8	0,7
Verbraucherpreise	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,4
BIP-Deflator	+ 1,8	+ 5,0	+ 7,2	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,2
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) in % des BIP	- 5,7	- 3,4	- 2,6	- 4,7	- 4,2	- 3,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)						
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	8,0	6,3	6,4	7,0	7,5	7,3
Realwert des BIP pro Kopf ⁵⁾	+ 4,0	+ 1,1	- 1,4	- 0,6	+ 0,3	+ 0,7
Armutsgefährdungsquote ⁶⁾ ⁸⁾ in %	14,8	14,9	14,3	14,5	14,4	14,0
Einkommensquintilsverhältnis ⁷⁾ ⁸⁾ Verhältniszahl	4,3	4,3	4,3	4,4	4,4	4,4
Treibhausgasemissionen ⁹⁾	+ 4,5	- 5,8	- 6,6	- 2,6	- 0,5	- 1,8
Mio. t CO ₂ -Äquivalent	78,07	73,52	68,70	66,91	66,58	65,36

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – ³⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – ⁶⁾ Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle. – ⁷⁾ S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. – ⁸⁾ Eurostat-Definition; dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet. Ab 2024 Prognose basierend auf EUROMOD-Version J1.0+ und EU-SILC 2023. – ⁹⁾ 2024: Schätzung des Umweltbundesamtes, ab 2025: Prognose.

1. Internationale Konjunktur

Die Weltwirtschaft steht auch im Herbst 2025 im Zeichen der Zollpolitik der USA. Bislang erweist sich die Konjunktur angesichts der Zollanhebungen aber als robust. Zudem werden die Konturen des neuen handelspolitischen Regimes nach und nach klarer, sodass die Unsicherheit allmählich abnimmt. Die Wirkungen der Zölle werden aber auch in den kommenden Monaten spürbar sein.

1.1 KI-Boom stützt die Konjunktur in den USA

In den USA verlor die private Konsumnachfrage, die in den Vorjahren der wesentliche Motor der dortigen Wirtschaft und der weltweiten Güternachfrage gewesen war, zu Jahresbeginn 2025 an Dynamik. Die Verbraucher:innen erwarteten Preissteigerungen aufgrund der Einfuhrzölle und beschränkten infolgedessen ihre Ausgaben. Im

Die Konjunktur in den USA hat sich abgeschwächt, die Wirtschaft dürfte aber auch im Prognosezeitraum deutlich wachsen.

Frühjahr gewannen die Konsumausgaben aber neuen Schwung, und die Investitionen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Nutzung künstlicher Intelligenz stiegen kräf-

tig. Zudem löste die Erwartung höherer Zölle Vorziehimporte aus, sodass der Welthandel und die globale Industrieproduktion anzo-

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2024 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2021	2022	2023	2024	2025	2026
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	67,0	14,3	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,3
Euro-Raum	51,0	10,0	+ 6,4	+ 3,6	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,0
Deutschland	29,7	3,1	+ 3,9	+ 1,8	- 0,9	- 0,5	+ 0,2	+ 1,3
Italien	6,1	1,8	+ 8,9	+ 4,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5
Frankreich	3,6	2,2	+ 6,9	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,7
Spanien	1,7	1,4	+ 6,7	+ 6,4	+ 2,5	+ 3,5	+ 2,9	+ 2,1
MOEL 5 ³⁾	15,1	2,1	+ 6,4	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,8
Polen	3,9	1,0	+ 6,9	+ 5,3	+ 0,2	+ 2,9	+ 3,4	+ 3,3
Ungarn	3,6	0,2	+ 7,2	+ 4,3	- 0,8	+ 0,5	+ 0,6	+ 2,5
Tschechien	3,5	0,3	+ 4,0	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,9
USA	8,5	14,9	+ 6,2	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,0
Schweiz	5,1	0,4	+ 6,2	+ 3,5	+ 0,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,0
Vereinigtes Königreich	2,6	2,2	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9
China	2,8	19,5	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,0
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 7,2	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,5
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 5,1	+ 2,6	+ 0,6	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,4
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+11,0	+ 5,7	- 3,2	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,0

Annahmen zur Prognose

Rohölpreis							
Brent, \$ je Barrel	70,8	98,9	82,2	79,8	69	66	
Erdgaspreis							
Dutch TTF, € je MWh	45,9	121,5	40,6	34,3	37	33	
Strompreis Österreich							
Base, € je MWh	107,2	261,6	102,2	82,1	97	93	
Peak, € je MWh	116,8	275,5	103,9	81,4	95	99	
Wechselkurs							
Dollar je Euro	1,184	1,054	1,082	1,082	1,13	1,16	
Internationale Zinssätze							
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %	0,0	0,6	3,8	4,1	2,4	2,2	
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %	– 0,4	1,1	2,4	2,3	2,6	2,6	

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2024. – ⁵⁾ EU-Länder, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2024. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

Die Auswirkungen der Zollanhebungen auf die Preise sind in den USA bislang überschaubar. Die Verbraucherpreisinflation stieg seit dem Frühjahr um etwa ½ Prozentpunkt auf zuletzt knapp 3% (August 2025). Der schwache Anstieg dürfte zum Teil daran liegen, dass ausländische Unternehmen ihre Exportpreise zunächst gesenkt hatten, um ihren Absatz aufrechtzuerhalten. Auch die Gewinnmargen von Importeuren könnten einen Teil des Preisdrucks der Zollanhebungen abgefangen haben. Die Zentralbank der USA reagierte im September trotz der gestiegenen Inflation auf die Konjunkturabschwächung und senkte erstmals in diesem Jahr ihren Leitzins.

Zwar legten die Konsumausgaben der privaten Haushalte voraussichtlich auch im III. Quartal zu, und die Wirtschaft der USA dürfte deutlich gewachsen sein. Nach und nach wird aber zumindest ein Teil der höheren Zölle auf die Verbraucherpreise überwälzt, und Preiseffekte pflanzen sich entlang der Wertschöpfungsketten fort. Zudem hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt eingetrübt. Allerdings wird der Boom im Bereich der künstlichen Intelligenz wohl noch anhalten. Auch die Geld- und Finanzpolitik werden die Konjunktur im Prognosezeitraum etwas stützen. Die Zentralbank der USA dürfte ihren Zinssenkungskurs im kommenden Jahr fortsetzen. Der im Juli vom Kongress verabschiedete One Big Beautiful Bill Act enthält

neben Steuersenkungen, die überwiegend Unternehmen und vermögende Haushalte zugutekommen werden, eine Erhöhung der Ausgaben für Militär und Grenzüberwachung. Dem stehen allerdings Kürzungen, u. a. im Gesundheitsbereich, gegenüber. Alles in allem dürfte die Wirtschaft der USA 2025 und 2026 schwächer wachsen als in den Jahren davor.

1.2 Positive binnenwirtschaftliche Impulse im Euro-Raum

Im Euro-Raum überlagerte der kräftige Anstieg der Exporte pharmazeutischer Produkte aus Irland in die USA im I. Quartal die ansonsten moderat aufwärtsgerichtete Konjunktur. Die Konsumausgaben der privaten Haushalte stiegen in der ersten Jahreshälfte 2025 kaum. Die europäische Exportwirtschaft leidet darunter, dass die chinesische Regierung zunehmend auf die Förderung von Hochtechnologie setzt, und so der Wettbewerb auf den globalen Märkten zunimmt. Demgegenüber stagniert Chinas Importnachfrage.

Die Inflation im Euro-Raum verlangsamte sich im Jahresverlauf 2025 deutlich und liegt seit dem Frühjahr nahe bei 2%, was die Entwicklung der Realeinkommen unterstützt. Zudem senkte die EZB ihre Leitzinsen in mehreren Schritten auf zuletzt 2% (Einlagenzinsatz). Die Fiskalpolitik im Euro-Raum ist insgesamt in etwa neutral. Deutschland plant allerdings erhebliche Mehrausgaben, die der Konjunktur 2026 zusätzlichen Schwung verleihen dürften.

Im Prognosezeitraum wird sich das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum voraussichtlich leicht beschleunigen. Zwar dämpfen die Zölle der USA, der verstärkte Wettbewerb mit

China und der starke Euro die Aussichten für die Exportwirtschaft, allerdings stützen steigende Realeinkommen den Konsum. Zudem dürften die günstigeren Finanzierungsbedingungen und eine sinkende Unsicherheit allmählich die Investitionen beleben, und die expansive Fiskalpolitik in Deutschland stärkt die Nachfrage. Alles in allem wird die Wirtschaft im Euro-Raum in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils etwa 1% wachsen.

1.3 Zölle der USA belasten 2026 die Weltwirtschaft

Das WIFO geht in seiner Prognose davon aus, dass die derzeit geltenden Zollsätze bestehen bleiben. Dies gilt insbesondere für China, dessen Handelskonflikt mit den USA vorläufig bis Anfang November 2025 ruht. Anders als noch in der letzten WIFO-Prognose vom Juni 2025 erwartet, dürften die meisten Handelspartner der USA keine Gegenmaßnahmen setzen.

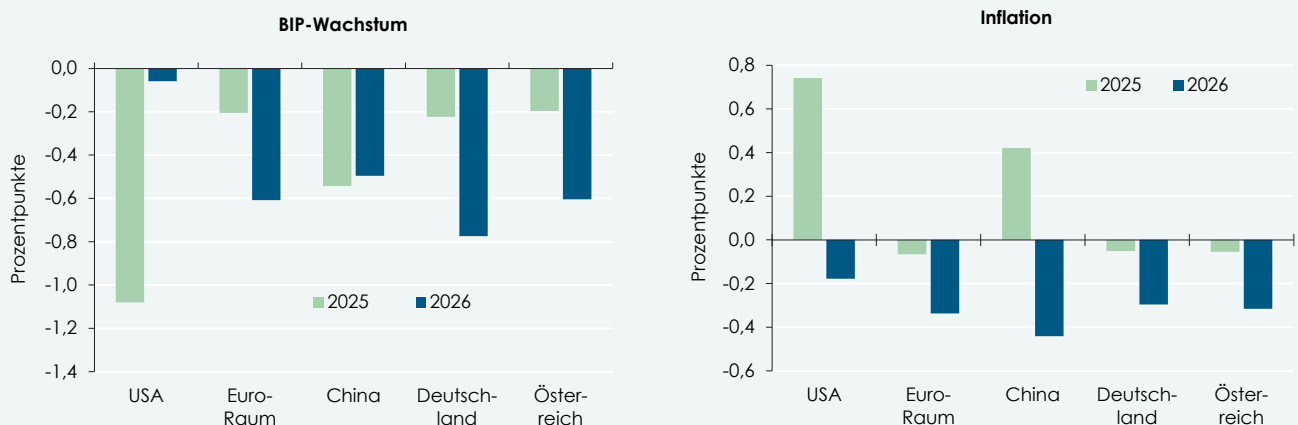
Die Zölle dürften zwar erhebliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben, aber keine globale Rezession auslösen. Simulationen des WIFO mit Hilfe des Global Economic Model von Oxford Economics ergeben, dass Zölle in der derzeitigen Höhe das BIP-Wachstum in den USA 2025 um etwa 1 Prozentpunkt dämpfen, wogegen die bremsenden Effekte im Euro-Raum vor allem 2026 schlagend werden und das Wirtschaftswachstum dann um etwa ½ Prozentpunkt reduzieren (siehe Abbildung 1). Diese Modellrechnungen berücksichtigen zwar gesamtwirtschaftliche Rückkoppelungen, etwa über sinkende Zinsen infolge einer schwächeren Konjunktur, können aber die Effekte von Unsicherheit, des bisher maßgeblichen Wirkungskanals der Zollerhebungen auf die Konjunktur, nur begrenzt abbilden.

Im Euro-Raum stützen der Rückgang der Inflation, niedrigere Zinsen und die expansive Fiskalpolitik in Deutschland die Konjunktur.

Simulationen zufolge wird die Wirtschaft der USA 2025 wegen der Zollerhebungen um 1 Prozentpunkt schwächer wachsen.

Abbildung 1: **Auswirkungen der Zölle der USA auf BIP-Wachstum und Inflation**

Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten

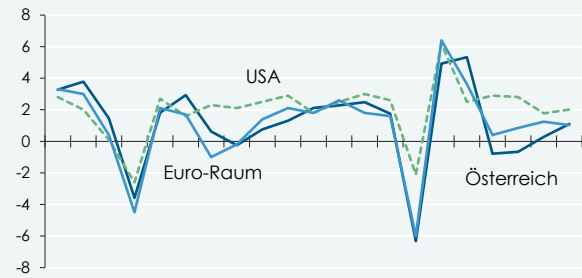


Q: Oxford Economics Global Economic Model, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

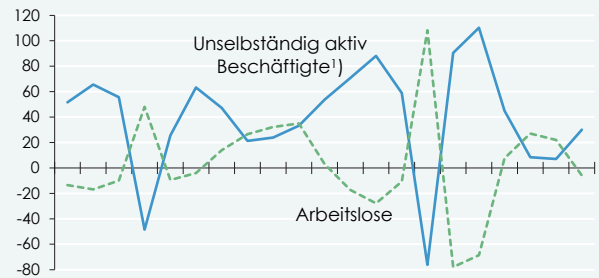
Wirtschaftswachstum

In %



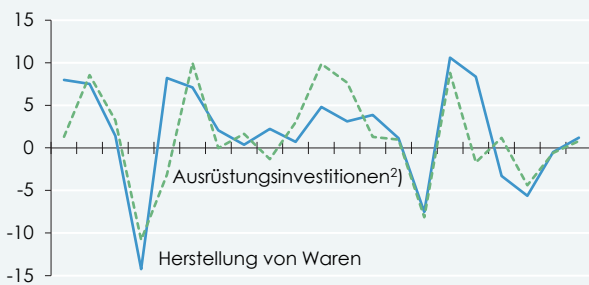
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



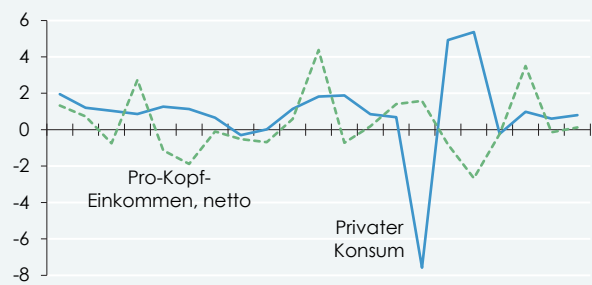
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



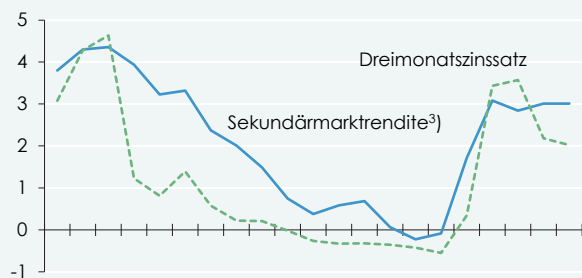
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



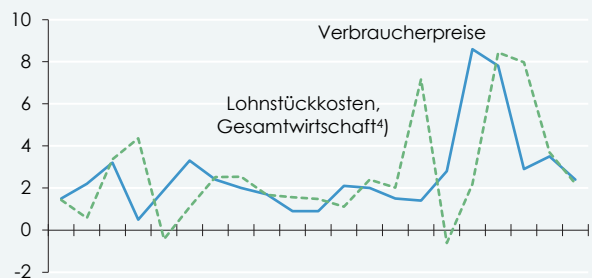
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



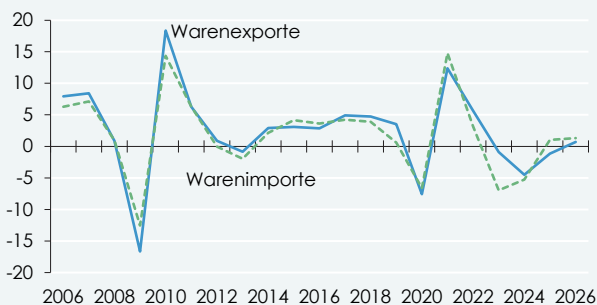
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



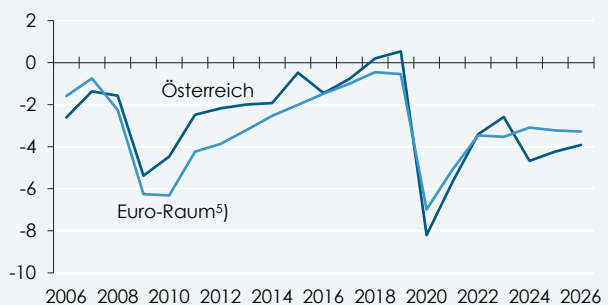
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 bis 2026: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁵⁾ Prognose: Europäische Kommission.

2. Ausgangslage der Prognose

Der kräftige Anstieg der Energiepreise ab 2022 verursachte in Europa einen Angebotschock, der die Nachfrage nach Industriegütern schwer belastete. Betroffen waren vor allem die nord-, mittel- und osteuropäischen EU-Länder, weil sie stärker von Energielieferungen aus Russland abhängig waren. Die west- und südeuropäischen EU-Länder blieben dagegen von einem Konjunkturabschwung verschont.

Wendet man die Theorie der Expansionszyklen¹⁾ an, um Abschwünge und Rezessionen zu datieren, und legt dafür die aktuelle Konjunkturprognose der Europäischen Kommission²⁾ zugrunde, so zeigt sich, dass die folgenden EU-Länder im Jahr 2024 in einer Rezession steckten (in alphabetischer Reihenfolge): Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Irland, Lettland, die Niederlande, Österreich, Rumänien und Ungarn. In Deutschland, Estland, Finnland und Ungarn war es bereits das zweite Rezessionsjahr in Folge. Österreich dürfte sich 2023 – nach der folgenden Definition – erst in einem Abschwung und noch nicht in einer Rezession befunden haben. Das heißt, das Wirtschaftswachstum war zwar bereits niedriger als zwei Drittel des Trendwachstums, die Output-Lücke aber noch positiv. Litauen, Luxemburg, Polen, Schweden und Tschechien steckten nach dieser Definition 2023 in einer Rezession, überwandene sie aber 2024; Zypern befand sich 2023 in einem Abschwung. Die Slowakei und Dänemark erlitten schon 2022 einen Abschwung bzw. eine Rezession. Vom Konjunkturabschwung unberührt blieben hingegen die westeuropäischen Länder Frankreich, Italien, Portugal und Spanien

sowie die südeuropäischen EU-Länder Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Malta und Slowenien.

In Österreich manifestierte sich der Angebotschock darin, dass die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung 2023 und 2024 schrumpfte, während die Preise aufgrund des Kostendrucks kräftig zunahmen. Der deutliche Rückgang der Exportnachfrage wirkte sich negativ auf die Industriewertschöpfung aus. Die Rezession wurde durch die Straffung der Geldpolitik zusätzlich verschärft: Die Vergabe von Neukrediten für Wohnbauprojekte legte 2024 kaum zu, nachdem sie im Vorjahr eingebrochen war. In der Folge setzte sich der Rückgang der Bauinvestitionen fort. Dies verschärfte aufgrund der Wertschöpfungsverflechtungen die Rezession in der Industrie. Die daraus resultierende Unterauslastung und die kräftige Schrumpfung der Kapitaleinkommen drückten die Ausrüstungsinvestitionen.

Der Anstieg der Lohneinkommen hatte 2024 eine Belebung des privaten Konsums zur Folge, gleichzeitig stieg die Sparquote. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich trotz der Schwäche der Realwirtschaft robust. Die unselbstständig aktive Beschäftigung nahm 2024 noch leicht zu, wobei dies vor allem auf Zuwächse in öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Bereichen zurückzuführen war. Im sekundären Sektor und in zahlreichen Marktdienstleistungen schrumpfte der Personalstand dagegen. Der konjunkturbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit wurde durch den demografischen Wandel gedämpft.

Der Energiepreisschock im Jahr 2022 hatte in Nord-, Mittel- und Osteuropa Rezessionen zur Folge. Österreich war keine Ausnahme und die Rezession ähnlich tief wie in Deutschland.

3. Perspektiven der österreichischen Volkswirtschaft

Österreich hat die Rezession überwunden, die Konjunktur gewinnt allerdings nur langsam an Schwung. 2025 wird die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung moderat wachsen, 2026 etwas kräftiger. Der im Vergleich zur letzten WIFO-Prognose günstigere Ausblick für 2025 folgt aus Datenrevisionen in der VGR, durch die sich die gesamtwirtschaftliche Lage besser darstellt als bisher. Da sich die weltwirtschaftlichen Rahmen-

bedingungen nicht geändert haben und die Aufwärtstendenz der Unternehmensstimmung anhält, kann das WIFO seine Prognose für die kommenden Quartale aufrechterhalten. Für 2026 ergibt sich im Vergleich zur letzten Prognose vom Juni 2025 eine Abwärtsrevision des BIP um 0,1 Prozentpunkt, da die nunmehr in Kraft getretenen Zölle der USA höher ausgefallen sind als damals unterstellt.

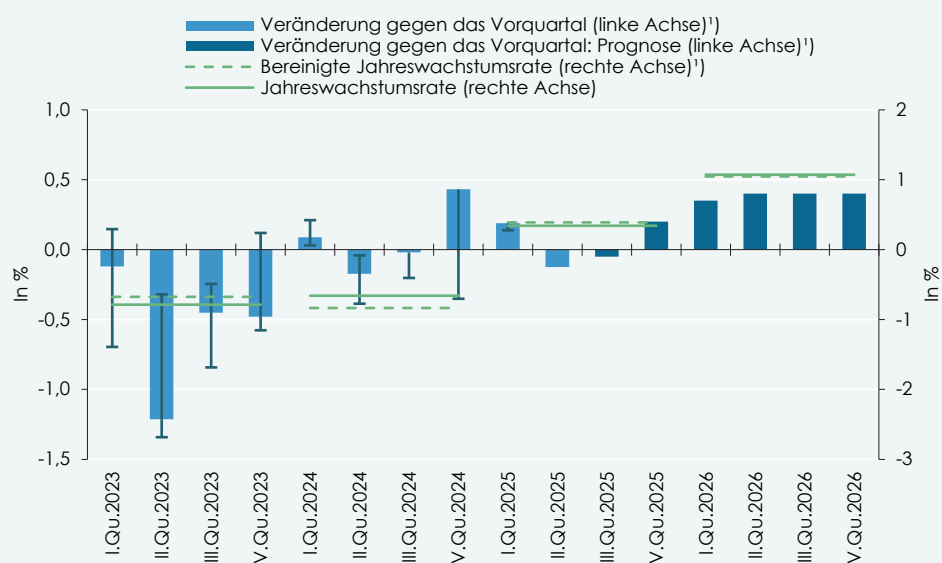
Die Rezession ist zwar überwunden, ein kräftiger Aufschwung zeichnet sich allerdings nicht ab.

¹⁾ Siehe den Kasten "Wirtschaftswachstum und Rezession" in Schiman-Vukan, S., & Ederer, S. (2024). *Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54389276>.

²⁾ Europäische Kommission (2025). *European Economic Forecast. Spring 2025. Institutional Paper*, (318). https://economy-finance.ec.europa.eu/economic-forecast-and-surveys/economic-forecasts/spring-2025-economic-forecast-moderate-growth-amid-global-economic-uncertainty_en.

Abbildung 3: **Konjunkturbild Österreich**

BIP, real



Q: WIFO. – ¹⁾ Saison- und arbeitslagsbereinigt gemäß Eurostat. Die Fehlerindikatoren zeigen die Bandbreite der bisherigen Revisionen der realisierten Werte.

Übersicht 3: **Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP**

		2023	2024	2025	2026
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,7	– 0,9	+ 0,3	+ 0,1
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	– 2,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,6
Jahreswachstumsrate	in %	– 0,8	– 0,7	+ 0,3	+ 1,1
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	– 0,7	– 0,8	+ 0,4	+ 1,0
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	– 0,1	+ 0,1	– 0,1	+ 0,0

Q: WIFO. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitslagsbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitslagsbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und arbeitslagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Übersicht 4: **Revision der Wachstumsprognose**

BIP, real

		2025	2026
WIFO-Konjunkturprognose Juni 2025	in %	± 0,0	+ 1,2
Datenrevision ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,5	0,0
Prognosefehler für das II. Quartal 2025 ²⁾	Prozentpunkte	0,0	0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	– 0,1	– 0,1
WIFO-Konjunkturprognose Oktober 2025	in %	+ 0,3	+ 1,1

Q: WIFO. – ¹⁾ Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Juni 2025 herangezogen wurde. – ²⁾ Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Juni 2025 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

Den makroökonomischen Schock durch die Verschärfung der Zollpolitik der USA berücksichtigte das WIFO bereits in den letzten bei-

den Prognosen. Die Unwägbarkeit bezüglich der letztendlichen Ausgestaltung der Zölle schürte Unsicherheit. Unsicherheitsschocks

führen in der Regel unmittelbar zu Ausgabenzurückhaltung und dämpfen somit Konsum und Investitionen. Während die Verunsicherung unter amerikanischen Haushalten durch die erratische Zollpolitik zugenommen hat, war dies unter österreichischen Unternehmen und Haushalten nicht zu beobachten. Die ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Effekte der höheren Zölle beschränken sich für Österreich somit auf die Warenexporte in die USA. Die nun gültigen Zollsätze dämpfen die heimischen Warenexporte in die USA um rund 12% gegenüber 2024 und den Warenexport insgesamt um rund 1%³⁾.

3.1 Warenaußenhandel bleibt unter Druck

Im 1. Halbjahr 2025 war bei den Warenexporten zwar noch keine Erholung in Sicht, die Stimmung der Exporteure hellt sich laut WIFO-Konjunkturtest jedoch auf. Die Unternehmen beurteilten den Auftragsbestand aus dem Ausland zuletzt wieder optimistischer. Auch die vierteljährlich erhobenen Exporterwartungen verbesserten sich, am deutlichsten in der für Österreich wichtigen Investitionsgüterindustrie. Im 2. Halbjahr 2025 dürfte sich der Warenexport daher beleben und ab dem IV. Quartal 2025 auch im Vorjahresvergleich wieder zulegen.

Im Prognosezeitraum werden dennoch Marktanteile verloren gehen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei der negative Warenstruktureffekt, der sich aus der anhaltend geringen Investitionsneigung der wichtigsten Handelspartner ergibt und die Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen erschwert. Durch

die Zollpolitik der USA verliert zudem ein Auslandsmarkt an Gewicht, der in den letzten Jahren eine der wichtigsten Stützen der österreichischen Exportwirtschaft war. Dies verstärkt den negativen Länderstruktureffekt, der sich aus der Konzentration auf wenig dynamische europäische Märkte ergibt. Marktanteilsverluste folgen zudem aus dem Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Die Einschätzungen der Industrieunternehmen zur eigenen Wettbewerbsposition notieren zwar auf einem historischen Tiefstand, es zeigt sich jedoch eine Bodenbildung.

Mit der langsamen Erholung der Industrieproduktion und der Investitionen im Euro-Raum sollten die Marktanteilsverluste für österreichische Exporteure 2026 geringer ausfallen als im Vorjahr. Denkbar sind allerdings Wettbewerbsnachteile, die durch die Umlenkung von Handelsströmen in Reaktion auf die Zollpolitik der USA entstehen könnten. So könnte etwa China versuchen, Verluste auf dem amerikanischen Markt durch verstärkte Lieferungen nach Europa zu kompensieren. Die geopolitische Unsicherheit und die Tendenz zu vermehrtem Protektionismus werden 2026 anhalten und den Welthandel weiter belasten. Somit wird der internationale Handel wenig zur Konjunkturerwicklung beitragen. Für Österreich wiegt der Einbruch der Importnachfrage aus den USA besonders schwer. Der erwartete Wachstumsimpuls durch Infrastrukturinvestitionen in Deutschland dürfte der österreichischen Exportwirtschaft angesichts der Warenstruktur kaum zugutekommen.

Österreichs Exportwirtschaft leidet unter der schwachen weltweiten Investitionsgüternachfrage und den Zöllen der USA.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	269,05	273,86	275,82	277,38	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,6
Private Haushalte ¹⁾	191,78	193,66	194,82	196,38	- 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8
Staat	77,28	80,23	81,03	81,03	+ 0,6	+ 3,8	+ 1,0	± 0,0
Bruttoinvestitionen	93,35	84,86	87,66	90,24	- 10,4	- 9,1	+ 3,3	+ 3,0
Bruttoanlageinvestitionen	91,68	87,78	87,51	88,55	- 1,3	- 4,3	- 0,3	+ 1,2
Ausrüstungen ²⁾	29,98	28,66	28,49	28,72	+ 1,2	- 4,4	- 0,6	+ 0,8
Bauten	38,88	36,59	36,41	36,48	- 4,5	- 5,9	- 0,5	+ 0,2
Sonstige Anlagen ³⁾	23,16	22,97	23,06	23,87	+ 2,3	- 0,8	+ 0,4	+ 3,5
Inländische Verwendung	362,61	359,73	363,97	368,17	- 3,1	- 0,8	+ 1,2	+ 1,2
Exporte	230,14	224,87	224,00	226,76	- 0,6	- 2,3	- 0,4	+ 1,2
Reiseverkehr	14,93	15,05	15,10	15,38	+ 8,0	+ 0,8	+ 0,4	+ 1,8
Minus Importe	210,90	205,46	207,96	210,75	- 4,3	- 2,6	+ 1,2	+ 1,3
Reiseverkehr	9,94	10,34	10,33	10,30	+ 11,6	+ 4,0	- 0,1	- 0,3
Bruttoinlandsprodukt	382,70	380,18	381,26	385,44	- 0,8	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1
Nominell	477,84	494,09	511,54	528,72	+ 6,3	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

³⁾ Siehe den Kasten "Zölle der USA und österreichische Exporte: Mengeneffekt und Zollinzidenz" in Glocker, C., & Ederer, S. (2025). Österreich kehrt langsam auf den

Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60170823>.

Die Wareneinfuhren nehmen trotz schwacher Konjunktur zu, weil viel Gold importiert wird. Auch die verstärkten Pkw-Käufe schlagen sich in den Importen nieder.

Für die Importe ergeben sich aus den inländischen und importintensiven Nachfragekomponenten 2025 kaum Wachstumsimpulse. Lediglich der importintensive Ankauf von Pkw durch Privatpersonen floriert. Zudem sind die Goldimporte deutlich gestiegen, sodass die Wareneinfuhren insgesamt 2025 höher ausfallen werden als im Vorjahr. 2026 werden die Importe mit der langsamen Erholung der Ausrüstungsinvestitionen und der Exporte etwas anziehen.

3.2 Ausrüstungsinvestitionen weiterhin gering

Angesichts der unsicheren wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen halten sich die Unternehmen mit Erweiterungsinvestitionen zurück. Zudem zeigt die Erfahrung aus der Vergangenheit, dass Ausrüstungsinvestitionen dem Konjunkturzyklus nachgelagert sind. Einerseits warten die Unternehmen ab, ob der Nachfrageanstieg nachhaltig ist, um die Opportunitätskosten der Investitionen zu reduzieren. Andererseits setzt die stark Cash-Flow-basierte Finanzierung von Investitionen die Verfügbarkeit der notwendigen Finanzmittel voraus. Nach zwei Jahren Rezession und kräftigen Lohnsteigerungen sind die Finanzpolster vieler Unternehmen jedoch aufgezehrt, was die Investitionsmöglichkeiten schmälert. Daher muss sich die Konjunkturerholung erst verfestigen, um auf die Investitionstätigkeit durchzuschlagen.

In der Sachgütererzeugung herrscht noch Flaute. Wegen leerer Lager dürfte sich die Produktion aber bald beschleunigen.

3.3 Herstellung von Waren erholt sich nur langsam

In der Herstellung von Waren hat sich die Konjunktur stabilisiert, bleibt aber in den meisten Segmenten verhalten. Die Einschätzungen der Unternehmen zu ihrer aktuellen Lage haben sich in den letzten Monaten verbessert, auch die Produktionserwartungen hellen sich auf. Zuletzt berichteten zwar nur gut die Hälfte der Unternehmen von zumindest ausreichenden Auftragsbeständen, aber die Auftragseingänge nehmen zu. Schwierig bleibt die Lage in den Vorprodukt- und Investitionsgüterbranchen, besser ist sie in der Konsumgüterindustrie. Die Kapazitätsauslastung blieb laut WIFO-Konjunkturtest zuletzt unterdurchschnittlich. Als primäres Produktionshemmnis nennen die Unternehmen vor allem den Nachfragemangel (30,5%), vor dem Mangel an Arbeitskräften (9,8%), Lieferengpässen (4,3%) und Finanzierungsproblemen (2,3%). Die Beschäftigungserwartungen in der Industrie sind weiterhin gedämpft. Ersatzinvestitionen sollten jedoch für positive Impulse und eine Normalisierung der Auslastung sorgen. Zudem dürften die Fertigwarenlager, die in den letzten beiden Jahren geschrumpft sind, nicht mehr ausreichen, um die Neuaufrträge zu bedienen. Im Gesamtjahr 2025 wird die Wertschöpfung in der Herstellung von Waren noch sinken, 2026 dürfte sie leicht expandieren.

Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,17	4,26	4,26	4,30	– 4,9	+ 2,2	± 0,0	+ 1,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	72,41	68,47	68,13	68,95	– 3,6	– 5,4	– 0,5	+ 1,2
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	11,22	10,87	10,43	10,54	+ 3,2	– 3,1	– 4,0	+ 1,0
Bauwirtschaft	15,98	15,31	15,23	15,33	– 3,7	– 4,2	– 0,5	+ 0,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,54	38,33	38,79	39,34	– 7,9	– 3,0	+ 1,2	+ 1,4
Verkehr	20,11	19,81	19,65	19,95	+ 0,1	– 1,5	– 0,8	+ 1,5
Beherbergung und Gastronomie	10,98	10,95	10,89	10,92	+ 3,7	– 0,3	– 0,5	+ 0,3
Information und Kommunikation	16,52	16,81	16,92	17,09	+ 5,3	+ 1,7	+ 0,7	+ 1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,04	16,78	16,90	17,22	– 7,3	+ 4,6	+ 0,7	+ 1,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,66	32,00	32,16	32,39	+ 2,4	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,7
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	36,36	35,66	35,69	36,37	+ 0,5	– 1,9	+ 0,1	+ 1,9
Öffentliche Verwaltung ²⁾	60,63	62,67	64,24	64,88	+ 2,8	+ 3,4	+ 2,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,73	8,81	8,68	8,72	+ 2,6	+ 0,9	– 1,5	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	343,20	339,92	341,13	345,02	– 1,0	– 1,0	+ 0,4	+ 1,1
Bruttoinlandsprodukt	382,70	380,18	381,26	385,44	– 0,8	– 0,7	+ 0,3	+ 1,1

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 7: Produktivität

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 4,9	+ 5,3	– 0,8	– 0,7	+ 0,3	+ 1,1
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,4	+ 2,9	+ 0,8	+ 0,6	– 0,0	+ 0,6
Produktion je Erwerbstätigen	+ 2,4	+ 2,4	– 1,6	– 1,3	+ 0,3	+ 0,5
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	+ 2,5	– 0,3	– 0,2	– 0,5	+ 0,0	+ 0,0
Stundenproduktivität ³⁾	– 0,0	+ 2,7	– 1,4	– 0,8	+ 0,3	+ 0,5
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	+ 10,6	+ 8,3	– 3,3	– 5,6	– 0,5	+ 1,2
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,4	– 0,9	– 2,0	± 0,0
Produktion je Erwerbstätigen	+ 9,9	+ 5,9	– 4,7	– 4,8	+ 1,5	+ 1,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	+ 4,3	– 0,8	– 0,5	+ 0,8	– 0,3	– 0,3
Stundenproduktivität ³⁾	+ 5,4	+ 6,8	– 4,2	– 5,5	+ 1,8	+ 1,5

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Unselbstständige und Selbstständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ³⁾ Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

3.4 Erholung des Wohnbaus

Die Bauwirtschaft erholt sich nur zaghaft vom Einbruch in den vergangenen Jahren. Der Wohnbau kann infolge der geldpolitischen und makroprudenziellen Lockerung zwar wieder Fuß fassen, Impulsgeber innerhalb des Bauwesens bleibt 2025 aber der Nichtwohnbau. Die Stabilisierung ist auch in der Beschäftigungsentwicklung sichtbar, die zuletzt nur mehr schwach negativ war. Der WIFO-Konjunkturtest deutet ebenfalls auf eine Stabilisierung im Bauwesen hin; die Lagebeurteilungen verbesserten sich seit Anfang 2025 schrittweise und sind wie die Erwartungen wieder mehrheitlich optimistisch.

Während sich die Erholung des Wohnbaus 2026 fortsetzen dürfte, wird der Tiefbau die Budgetkonsolidierung zu spüren bekommen. Auf mehreren staatlichen Ebenen zeichnen sich Einsparungen ab. Auf Bundesebene wurde der Rahmenplan der ÖBB angepasst, in Wien dürfte es Verschiebungen beim U-Bahnbau geben und in der Steiermark wird bei der Landesstraßensanierung gespart. Alle Bundesländer und viele Gemeinden stehen finanziell unter Druck und werden danach trachten, bei Bauprojekten zu sparen. Dadurch ergibt sich 2026 nur ein schwaches Investitions- und Wertschöpfungswachstum im Bauwesen.

3.5 Robuste Nachfrage im Reiseverkehr

Günstiger als im Warenaußenhandel ist die Lage im internationalen Handel mit Dienstleistungen und bei den Reiseverkehrsexporten. In den Tourismusbranchen herrscht nach wie vor eine hohe Nachfrage, die zu kräftigen Preissteigerungen und einer entsprechenden Arbeitskräftenachfrage führt – mit Folgen für den Lohnauftrieb in diesen Branchen. Trotz dieser günstigen Rahmenbedingungen scheint die Wertschöpfung in der Beherbergung und Gastronomie nicht zuzunehmen. Laut den VGR-Daten von Statistik

Austria war sie 2024 rückläufig und auch für das laufende Jahr deutet sich ein Rückgang an. Angesichts der robusten Nachfrage und der soliden Beschäftigungsentwicklung erscheint ein Wertschöpfungsrückgang allerdings unplausibel.

3.6 Lohnzurückhaltung nach kräftigen Zuwächsen

In den Sommermonaten 2025 sind die Verbraucherpreise schneller gestiegen als vom WIFO in seiner letzten Prognose erwartet. Dies erfordert eine Aufwärtsrevision der Inflationsprognose auf +3,5% für 2025 und +2,4% für 2026. Die lebhafteste Grunddynamik der Preise geht auf die Dienstleistungsbranchen zurück, wo sich kräftige Lohnerhöhungen bei gleichzeitig solider Nachfrage leichter auf die Verbraucherpreise überwälzen lassen als etwa in der Sachgütererzeugung, die stärker dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist. Im kommenden Jahr dürften auch Gebührenerhöhungen der öffentlichen Hand preistreibend wirken. Rund 1 Prozentpunkt der Inflation 2025 kommt durch das Auslaufen der Strompreisbremse und andere wirtschaftspolitische Maßnahmen im Energiebereich zustande. Dieser Beitrag wird 2026 wieder entfallen. Im Bereich der Nahrungsmittel führten Ernteausfälle und die Maul- und Klauenseuche in der Slowakei zu angebotsbedingten Preissteigerungen.

Der robuste Anstieg der nominellen Bruttolöhne im laufenden Jahr wird vom Preisauftrieb aufgezehrt, wodurch die Reallöhne stagnieren. Angesichts der schwachen Ertragslage vieler Unternehmen und der gestiegenen Inflation dürfte die Herbstlohnrunde 2025 eine Phase der sozialpartnerschaftlich getragenen Lohnzurückhaltung eingeläutet haben. Der im September ausgehandelte Kollektivvertragsabschluss der metallverarbeitenden Industrie sieht eine Gehaltserhöhung um rund 1,4% ab November 2025 für alle Beschäftigten der Branche

Der Wohnbau wird sich dank sinkender Zinsen weiter erholen. Der Tiefbau wird vom Sparzwang der öffentlichen Hand gebremst.

Nachdem die Löhne im Vorjahr kräftig gestiegen sind, scheint mit der Herbstlohnrunde 2025 eine Phase der Lohnzurückhaltung eingeläutet.

vor. Darüber hinaus gibt es Einmalzahlungen, die auch in Form zusätzlicher Freizeit in Anspruch genommen werden können. Auf-

grund der Unterauslastung vieler Unternehmen geht das WIFO davon aus, dass die nichtmonetäre Option stark genutzt wird.

Übersicht 8: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 4,9	+ 7,1	+ 6,5	+ 3,8	+ 2,9
Real ²⁾						
Brutto	- 0,1	- 3,4	- 0,6	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,5
Netto	- 0,8	- 2,7	- 0,2	+ 3,5	- 0,1	+ 0,1
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	- 4,0	- 2,4	- 0,1	+ 4,0	- 0,1	- 0,1
	In %					
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	62,4	61,9	62,9	65,5	66,2	66,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	- 0,6	+ 2,2	+ 8,4	+ 8,0	+ 3,7	+ 2,2
Herstellung von Waren	- 6,2	- 0,7	+ 12,0	+ 11,9	+ 4,4	+ 1,1
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 0,6	- 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,6
Real	+ 0,2	- 1,8	+ 3,4	+ 0,9	+ 1,8	+ 0,7

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Auf Basis des unerwartet raschen und moderaten Abschlusses der "Metaller" dürften auch die Abschlüsse der kommenden Monate leicht unterhalb der rollierenden Inflation zu liegen kommen. Somit werden die nominellen Bruttolöhne pro Kopf 2026 um weniger als 3% steigen.

3.7 Privater Konsum expandiert wieder

Laut den revidierten VGR-Daten expandierte der private Konsum 2024 deutlich kräftiger als bisher publiziert (+1,0% statt +0,4%). Dieses Bild stimmt nun besser mit der Einkommensdynamik überein. Wegen der kräftigen Reallohnsteigerungen hatten die real verfügbaren Einkommen 2024 merklich zugelegt. In Kombination mit den gestiegenen Sparzinsen ermöglichte dies nicht nur eine Ausweitung des privaten Konsums, sondern auch einen Anstieg der Sparquote auf fast 12% – ein Niveau, das in etwa dem der Jahre 2006 bis 2009 vor Beginn der Niedrigzinsphase entspricht. Mit dem Rückgang der Zinsen und der verfügbaren Einkommen nimmt die Sparquote 2025 ab.

Mit Blick auf den privaten Konsum zeichnet sich im laufenden Jahr ein Anstieg von Pkw-

Käufen ab. Die Neuzulassungen nahmen zuletzt stark zu. Der Konsum dauerhafter Güter dürfte daher 2025 um 3,0% zulegen. Pkw-Nachfragezyklen waren in der Vergangenheit kurz, sodass die Nachfrage 2026 abflauen wird. Da die Einkommensentwicklung infolge moderater Lohnerhöhungen und der Konsolidierungsmaßnahmen der öffentlichen Hand gedämpft sein wird, dürfte sich die private Konsumnachfrage 2026 nicht wesentlich beleben.

3.8 Demografischer Wandel bremst Anstieg der Arbeitslosigkeit

Der österreichische Arbeitsmarkt ist weiterhin von den Nachwirkungen der Rezession geprägt. Während die Arbeitslosigkeit steigt, schrumpft in den privatwirtschaftlich geprägten Sektoren die Beschäftigung, insbesondere im produzierenden Bereich. Antizyklisch wirken hingegen die öffentlichen und öffentlichkeitsnahen Bereiche, dort expandiert der Personalstand. Im Gesamtjahr 2025 wird die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten daher etwas höher ausfallen als im Vorjahr.

Die Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung wird durch Pensionsreformen abgemildert. Die Arbeitslosigkeit erreicht im Prognosezeitraum ihren Plafond.

Übersicht 9: Konsum, Einkommen und Preise

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real						
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 4,9	+ 5,4	– 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8
Dauerhafte Konsumgüter	+ 6,3	– 4,5	– 5,5	– 0,2	+ 3,0	+ 1,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 4,8	+ 6,6	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,8
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,3	+ 2,5	– 0,7	+ 4,4	– 0,4	+ 0,3
In % des verfügbaren Einkommens						
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	11,3	9,1	8,6	11,7	10,7	10,3
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	10,9	8,5	8,1	11,1	10,1	9,7
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,6	+ 5,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,8
Verbraucherpreise						
National	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,4
Harmonisiert	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,7	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,4
Kerninflation ²⁾	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,3	+ 3,9	+ 3,2	+ 2,5

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Übersicht 10: Arbeitsmarkt

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000						
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 96,9	+ 116,2	+ 46,3	+ 11,8	+ 12,0	+ 35,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 90,4	+ 110,2	+ 44,8	+ 8,4	+ 7,0	+ 30,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 28,1	+ 22,9	– 9,0	– 16,7	– 20,0	– 6,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 62,4	+ 87,4	+ 53,8	+ 25,0	+ 27,0	+ 36,0
Selbständige ²⁾	+ 6,5	+ 6,0	+ 1,5	+ 3,4	+ 5,0	+ 5,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 5,4	+ 48,6	+ 36,9	+ 5,6	– 20,4	– 22,2
Erwerbspersonen ³⁾	+ 19,0	+ 47,6	+ 54,0	+ 38,8	+ 34,0	+ 29,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	– 77,9	– 68,6	+ 7,7	+ 27,1	+ 22,0	– 6,0
Personen in Schulung	+ 13,2	– 0,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 1,0	± 0,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	6,2	4,8	5,1	5,2	5,7	5,5
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	7,2	5,6	5,7	6,2	6,7	6,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	8,0	6,3	6,4	7,0	7,5	7,3
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8
Arbeitslose (laut AMS)	– 19,0	– 20,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 7,4	– 1,9
Stand in 1.000	331,7	263,1	270,8	297,9	319,9	313,9

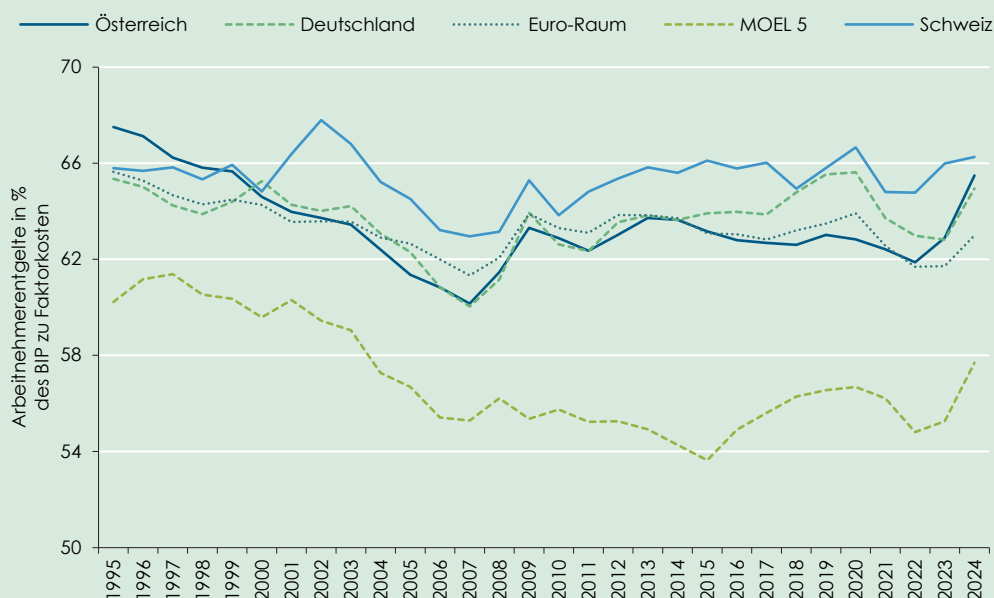
Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

Zum Anstieg der Lohnquote in Österreich

Nachdem die Lohnquote in Österreich in den 1990er- und 2000er-Jahren gesunken war, stabilisierte sie sich ab 2010 und spielte in der wirtschaftspolitischen Diskussion kaum eine Rolle. Dies änderte sich mit den hohen Lohnabschlüssen im Gefolge des Energiepreisschocks 2022. Im IV. Quartal 2024 war die Lohnquote um gut 4 Prozentpunkte höher als im Zeitraum vom II. Quartal 2022 (Beginn der Rezession) bis zum II. Quartal 2023¹⁾.

Das antizyklische Muster der Lohnquote ist grundsätzlich nicht ungewöhnlich. Es liegt vor allem daran, dass die Löhne kollektivvertraglich geregelt sind und unerwartete Umsatzrückgänge zuerst die Unternehmensgewinne treffen. Auch in anderen Ländern, die vom Energiepreisschock betroffen waren (MOEL 5, Deutschland), ist die Lohnquote gestiegen (siehe Abbildung 4).

Abbildung 4: **Bereinigte Lohnquoten**



Q: Statistik Austria, Eurostat, Macrobond, WIFO-Berechnungen. Bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen).

Eine aktuelle WIFO-Studie²⁾ bestimmt den Anteil der Konjunktur am rezenten Anstieg der Lohnquote mithilfe einer strukturellen Vektorautoregression der folgenden Form:

$$By_t = Bc + \sum_{j=1}^p BA_j y_{t-j} + Bu_t$$

Die kontemporäre Korrelationsmatrix B wird so gewählt, dass die strukturellen Residuen der Modellgleichungen, Bu_t , als voneinander unabhängige makroökonomische Schocks interpretiert werden können. Nachfrageschocks (interpretiert als Konjunkturreffekte) haben gemäß dieser Definition anfänglich gleichgerichtete Effekte auf das reale BIP, den BIP-Deflator, die nominalen Stundenlöhne, die geleisteten Arbeitsstunden und die Kapitaleinkommen, sowie einen gegensätzlichen Effekt auf die Arbeitslosigkeit.

Der Beitrag des Nachfrageschocks zur Veränderung der Lohnquote, welche im Modell aus dem BIP, den Stundenlöhnen und den geleisteten Arbeitsstunden gebildet wird, wird mittels Zeitreihenzerlegung berechnet. Für das IV. Quartal 2024, in dem die Lohnquote wie erwähnt um gut 4 Prozentpunkte höher war als im Vergleichszeitraum, wurde auf Basis verschiedener Modellspezifikationen ein Beitrag des Nachfrageschocks von 0,8 bis 1,1 Prozentpunkten ermittelt (im Median). Dies ist zwar ein starker Konjunkturreffekt, kann aber bei Weitem nicht den gesamten Anstieg der Lohnquote erklären. Daher identifizierte das WIFO folgende weitere ("strukturelle") Schocks und ermittelte deren Beitrag:

- Lohnanstiege, die angesichts des makroökonomischen Umfelds überdurchschnittlich ausfielen ("Lohnschocks"), leisteten einen Beitrag zum Anstieg der Lohnquote von 0,2 bis 0,7 Prozentpunkten.
- Die Verlangsamung der Automatisierung oder von Globalisierungstendenzen, die die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöht, trug 0,9 bis 1,2 Prozentpunkte zum Anstieg bei.
- Preisschocks im Inland, die mit einem Rückgang der Gewinnmargen der heimischen Unternehmen einhergingen, leisteten je nach Modellspezifikation einen Beitrag von 0,1 bis 0,8 Prozentpunkten.
- Rohstoffpreisschocks dämpfen zwar sowohl die Löhne als auch die Gewinne, letztere aber stärker, sodass die Lohnquote stieg – Beitrag: 0,5 bis 0,7 Prozentpunkte.
- Arbeitsangebotsverknappungen, wahrscheinlich aufgrund des demografischen Wandels, trugen 0,6 bis 0,9 Prozentpunkte bei.

Insgesamt lässt die Analyse daher folgende Schlussfolgerungen zu: Der kräftige Anstieg der Lohnquote in Österreich ab 2023 war nicht monokausal. Die schwache Konjunktur spielte eine relevante, aber keine dominante Rolle. Vielmehr trugen auch eine Verknappung des Arbeitsangebotes sowie mutmaßlich eine Verlangsamung von Automatisierungsprozessen bzw. von Globalisierungstendenzen ("De-Globalisierung") zum Anstieg der Lohnquote bei. Auch die Rohstoffpreissteigerungen selbst leisteten bei gleichzeitig nachlassendem Preisdruck im Inland einen Beitrag. Schließlich gab es auch Lohnschocks, also Lohnsteigerungen, die keine gesamtwirtschaftliche Grundlage hatten, sondern durch geschicktes Verhandeln der Gewerkschaften zustande kamen.

¹⁾ In früheren Berechnungen von Statistik Austria wurde ein Anstieg um rund 6 Prozentpunkte ausgewiesen. – ²⁾ Bittschi, B., Schiman-Vukan, S. (2025). Die Lohnquote in Österreich. *Wirtschaft und Gesellschaft* (mimeo).

Laut VGR wird die unselbständige Beschäftigung dagegen lediglich stagnieren. Diese Datenquelle rechnet allerdings auch die geringfügig Beschäftigten mit ein, deren Zahl im Prognosezeitraum weiter abnehmen dürfte. Neben der Konjunktur berücksichtigt diese Annahme auch die seit April 2024 verschärften Regelungen für eine geringfügige Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus wird Anfang 2026 die Möglichkeit des geringfügigen Zuverdienstes während der Arbeitslosigkeit gesetzlich weiter erschwert werden, was diese Beschäftigungsform weiter eindämmen wird.

Auch andere Reformen prägen derzeit den österreichischen Arbeitsmarkt. Die grundlegendste ist die Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters der Frauen seit Anfang 2024. Die Reform hat deutliche Beschäftigungs- und moderate Arbeitslosigkeitseffekte. Von acht betroffenen Frauen ist eine länger arbeitslos, sieben bleiben länger in Beschäftigung. Neben der Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen wird auch die Erhöhung des Antrittsalters bei der Korridorpension den Rückgang der Erwerbspersonen ab 2026 dämpfen. Beide Reformen wirken der demografisch bedingten Verkleinerung der Erwerbsbevölkerung entgegen. Zusammen mit einer weiter steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren

wird das Arbeitskräfteangebot somit robust expandieren, jedoch nur mehr halb so rasch wie im Zeitraum 2011/2018, als die EU-Ostöffnung des Arbeitsmarktes eine Beschleunigung der Arbeitsmigration bewirkte. Aufgrund der konjunkturbedingt schwachen Arbeitskräftenachfrage ergibt sich ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,5% im laufenden Jahr. 2026 wird die Arbeitskräftenachfrage mit der Konjunkturbelebung anziehen und die Arbeitslosenquote wieder etwas zurückgehen.

3.9 Staatshaushalt im Zeichen der Konsolidierung

Das gesamtstaatliche Defizit lag 2024 mit 4,7% des BIP deutlich über dem Maastricht-Grenzwert, sodass ein EU-Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits (ÜD-Verfahren) eröffnet wurde. Neben Österreich befinden sich acht weitere EU-Länder in einem ÜD-Verfahren (Belgien, Frankreich, Italien, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Ungarn). Mit dem im Frühjahr beschlossenen Doppelbudget des Bundes 2025/26 wurde ein umfassendes Konsolidierungspaket verabschiedet, das für die kommenden Jahre zahlreiche Maßnahmen vorsieht. Ergänzend wurden gezielte Offensivmaßnahmen beschlossen.

Von der öffentlichen Hand gehen im Prognosezeitraum restriktive Impulse aus. Die Finanzlage der Gemeinden ist ungünstiger als erwartet.

Übersicht 11: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	In % des BIP					
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	– 5,7	– 3,4	– 2,6	– 4,7	– 4,2	– 3,9
Primärsaldo des Staates	– 4,6	– 2,5	– 1,4	– 3,2	– 2,6	– 2,2
Staatseinnahmen	50,3	49,6	49,6	50,5	51,0	51,1
Staatsausgaben	56,0	53,0	52,2	55,2	55,3	55,0
Schuldenstand des Staates ¹⁾	82,4	78,1	77,8	79,9	81,5	83,1
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	– 0,5	0,3	3,4	3,6	2,2	2,0
Sekundärmarkttrendite ²⁾	– 0,1	1,7	3,1	2,8	3,0	3,0

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Ausgabenseitige Einsparungen werden für das laufende Jahr insbesondere durch die Abschaffung des Klimabonus (2 Mrd. €) und Kürzungen der Sachausgaben der Bundesministerien sowie diverser Förderungen erwartet. Weitere Konsolidierungsbeiträge ergeben sich durch die Aussetzung der Bildungskarenz und Kürzungen von Klimaförderungen. Da viele Maßnahmen erst in der zweiten Jahreshälfte oder ab 2026 wirksam werden, sind die für 2025 zu erwartenden Einsparungen noch begrenzt. Insgesamt rechnet das WIFO für 2025 mit ausgabenseitigen Einsparungen von knapp 3,5 Mrd. €.

2026 wird die Pensionsanpassung, die mit durchschnittlich 2,25% unterhalb der rollierenden Inflationsrate liegt, einen gewissen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten. Maßnahmen zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters werden ab 2027 ihre volle Wirkung entfalten. Große Unsicherheit besteht im Hinblick auf die Ausgabenentwicklung der subnationalen Gebietskörperschaften. Der Gemeindesektor dürfte im laufenden Jahr beträchtlich zum gesamtstaatlichen Defizit beitragen.

Die gesamtstaatlichen Einnahmen entwickeln sich 2025 insbesondere bei der Lohnsteuer und bei den Sozialbeiträgen dynamisch. Zudem bewirken die Erhöhung der Bankenabgabe, höhere Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen sowie die Streichung der Umsatzsteuerbegünstigung für Photovoltaikanlagen höhere Einnahmen. Die Nichtausschüttung des letzten Drittels der kalten Progression und die Wiedereinhebung des Ökostromförderbeitrags werden 2026 aufkommenserhöhend wirken.

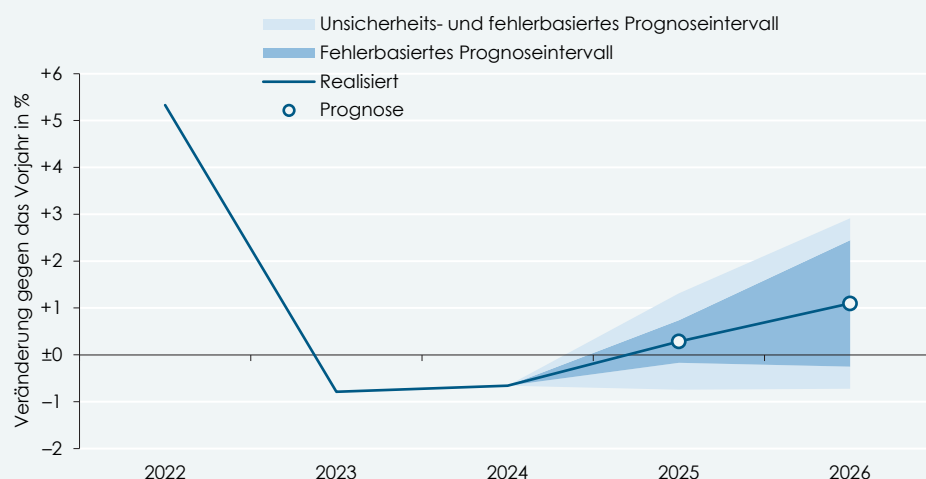
Die Offensivmaßnahmen umfassen u. a. die Ausweitung arbeitsmarktpolitischer Programme des Arbeitsmarktservice Österreich (AMS), zusätzliche Mittel für die Elementarbildung sowie steuerliche Begünstigungen im Rahmen von Mitarbeiterprämien. Ihr Gesamtvolumen steigt von 0,7 Mrd. € im Jahr 2025 auf 1,4 Mrd. € im Folgejahr. Der Finanzierungssaldo wird sich im Prognosezeitraum auf -4,2% des BIP (2025) bzw. auf -3,9% des BIP (2026) verbessern. Die öffentliche Schuldenquote steigt 2026 auf rund 83% der Wirtschaftsleistung.

4. Prognoserisiken

Erhebliche Abwärtsrisiken gehen von geopolitischen Konflikten aus. Russland scheint seine hybride Kriegsführung auf europäische NATO-Länder auszuweiten – mit unabsehbaren militärischen und ökonomischen Folgen. Unterdessen befürchtet Taiwan, von China angegriffen zu werden. Der von Israel im Sommer 2025 verübte Schlag gegen den

Iran ließ den Rohölpreis unmittelbar ansteigen. Seither hat Israel seine militärische Aggression im arabischen Raum verstärkt, etwa mit einem Angriff in Katar. Eine weitere Eskalation in Nahost könnte das weltweite Angebot an Rohöl schmälern und die Preise auf den weltweiten Energiemärkten anfachen.

Abbildung 5: Unsicherheitsintervalle für die Prognose des realen Bruttoinlandsproduktes



Q: WIFO. Berechnet auf Grundlage früherer Prognosefehler (fehlerbasiertes Intervall) bzw. unter zusätzlicher Berücksichtigung aktueller Unsicherheit (Abschätzbarkeit der Geschäftslage in der Sachgütererzeugung gemäß WIFO-Konjunkturtest, Index zur wirtschaftlichen Unsicherheit für Deutschland laut Economic Policy Uncertainty und S&P 500 Volatilitätsindex VIX laut CBOE). Zur Methodik siehe Glocker, C., & Kaniowski, S. (2025). Enhancing Macroeconomic Forecasts with Uncertainty-Informed Intervals. *WIFO Working Papers*, (710). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62151322>.

Eine weitere Prognoseunsicherheit ergibt sich aus der veränderten globalen Produktions- und Nachfragestruktur, insbesondere durch die neue Rolle Chinas innerhalb der Weltwirtschaft. Es ist derzeit schwer abschätzbar, wie schnell sich die Industrie in Europa auf den Nachfragerückgang aus China und den zunehmenden Wettbewerb auf den weltweiten Exportmärkten einstellen wird, vor allem da nun auch die bislang kräftige Nachfrage aus den USA geringer ausfällt.

Auch wirtschaftspolitische Unsicherheiten bergen Abwärtsrisiken. Dies gilt einerseits für die Zollpolitik der USA. Es besteht nach wie vor Potenzial für eine neuerliche Eskalation von Handelskonflikten, insbesondere mit China. Zudem sind die Auswirkungen der Zollerhöhungen grundsätzlich schwer ab-

schätzbar, da der durchschnittliche Zollsatz in den USA gegenwärtig so hoch ist wie zuletzt in den 1940er-Jahren. Es mangelt schlicht an Erfahrungen mit derart drastischen Zollerhöhungen, zumal sich die globale Wirtschaftsstruktur seit damals stark gewandelt hat.

In Österreich birgt die erforderliche fiskalische Konsolidierung ein Konjunkturrisiko. Die Finanzlage der Länder und Gemeinden ist ungünstiger als erwartet. Dies könnte eine Intensivierung der Budgetkonsolidierung auf Bundesebene notwendig machen und die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zusätzlich dämpfen. Umgekehrt könnten die Haushalte ihren Konsum angesichts der gestiegenen Ersparnisse stärker ausweiten als prognostiziert.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauninger@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

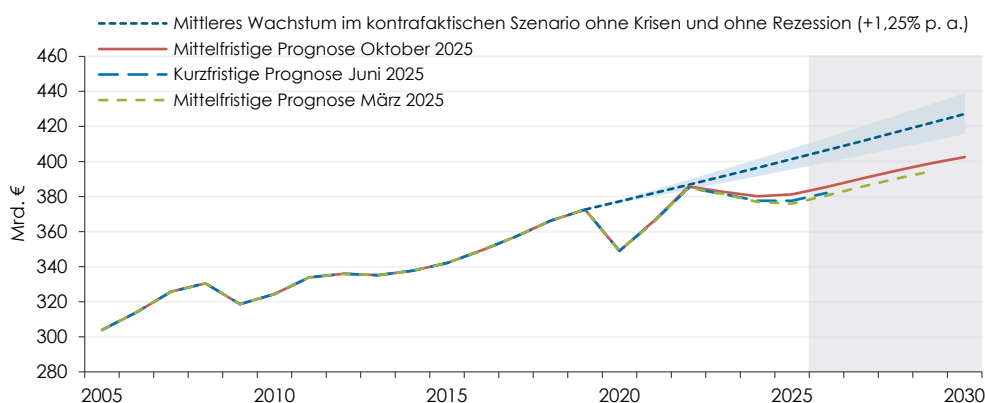
Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz, Mark Sommer

- Nach zwei Jahren Rezession und einer Stagnation im laufenden Jahr wird Österreichs Wirtschaft 2026 um voraussichtlich 1% wachsen. Für 2026/2030 erwartet das WIFO ein reales BIP-Wachstum von 1% p. a.; 2029 dürfte es noch leicht über dem Trendwachstum liegen.
- Da das Arbeitsangebot demografisch bedingt nur schwach zunimmt, wird die Arbeitslosenquote bis 2030 auf voraussichtlich 5,9% sinken.
- Die Inflation verlangsamt sich 2026 auf 2,4% und dürfte zur Jahresmitte 2027 den Zielwert der Europäischen Zentralbank (EZB) von 2% erreichen, um dort mittelfristig zu verharren.
- Das Budgetdefizit wird über den Prognosehorizont durchschnittlich 3¼% p. a. betragen, womit die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes ohne weitere Maßnahmen klar verfehlt werden.
- Die Staatsschuld dürfte bis 2030 um weitere 109 Mrd. € auf gut 526 Mrd. € anwachsen. Damit wird die Staatsschuldenquote 88¼% des BIP erreichen (+6¼ Prozentpunkte gegenüber 2025).

Vergleich der mittelfristigen WIFO-Prognosen zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



"Durch die COVID-19-Krise, die Energiepreiskrise und die Rezession 2023/24 büßte Österreich deutlich an Wertschöpfung ein. Die Einbußen 2020/2030 liegen je nach den Annahmen zum durchschnittlichen Wachstum im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und Rezession zwischen 136 und 269 Mrd. €."

Die österreichische Wirtschaft erlebte 2023/24 eine der längsten Rezessionen der Nachkriegszeit. Im Zeitraum 2026/2030 beträgt das BIP-Wachstum voraussichtlich 1% p. a. (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Blaue Schattierung: Wachstumstrichter im kontrafaktischen Szenario ohne Krisen und ohne Rezession: Obergrenze +1,5% jährliches BIP-Wachstum, Untergrenze +1% jährliches BIP-Wachstum).

Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum

Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Simon Loretz, Mark Sommer

Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030

Österreichs Wirtschaft erholt sich weiterhin nur schleppend von der Rezession der Jahre 2023/24. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sind die Energiepreise und die Lohnstückkosten hierzulande kräftiger gestiegen, wodurch insbesondere die energieintensive Exportwirtschaft auch mittelfristig Wettbewerbsnachteile haben wird. Folglich wird die österreichische Wirtschaft 2026/2030 um ¼ Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als der Durchschnitt des Euro-Raumes. Das WIFO erwartet ein reales BIP-Wachstum von 1% pro Jahr. Das Trendwachstum beträgt laut der Methode der Europäischen Kommission ¾% p. a. (Ø 2010/2019 +1,1% p. a.). Der private Konsum dürfte im Prognosezeitraum um durchschnittlich 1% p. a. zulegen und so das Wirtschaftswachstum stützen. Der demografische Wandel verstärkt die Arbeitskräfteknappheit. Dies trübt einerseits die mittelfristigen Aussichten, dämpft jedoch andererseits merklich die Arbeitslosigkeit: nach 7,5% 2025 wird die Arbeitslosenquote bis 2030 auf voraussichtlich 5,9% zurückgehen. Der seit Ende 2021 beobachtete kräftige Preisauftrieb verlangsamt sich 2026 auf 2,4%. Mitte 2027 sollte die Inflationsrate dann den Zielwert der Europäischen Zentralbank erreichen und auch mittelfristig bei 2% verharren. Die Defizitquote liegt im Prognosezeitraum bei durchschnittlich 3¼% des nominellen BIP und damit deutlich über dem 3%-Ziel. In der Folge steigt die Staatsschuld bis 2030 auf 88¼% der nominellen Wirtschaftsleistung (2024: 80%).

Structural Problems Dampen Growth. Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2026 to 2030

Austria's economy continues to recover sluggishly from the recession of 2023-24. Compared to other European countries, energy prices and unit labour costs have risen more sharply in Austria, which has placed its energy-intensive export industry in particular at a competitive disadvantage also in the medium term. As a result, the Austrian economy will grow by ¼ percentage point p.a. less than the euro area average in 2026-2030. WIFO expects real GDP growth of 1 percent p.a. According to the European Commission's methodology, the annual trend growth rate is ¾ percent (average 2010-2019 +1.1 percent p.a.). Private consumption is expected to grow by an average of 1 percent p.a. during the forecast period, thereby supporting economic growth. Demographic change will intensify labour shortages. On the one hand, this is dampening the medium-term growth outlook, but on the other hand, it is significantly reducing unemployment: after 7.5 percent in 2025, the unemployment rate is expected to decline to 5.9 percent by 2030. The strong inflation observed since the end of 2021 will slow to 2.4 percent in 2026. By mid-2027, the inflation rate should reach the European Central Bank's target and remain at 2 percent in the medium term. The deficit ratio averages 3¼ percent of nominal GDP over the forecast period, well above the 3 percent target. As a result, government debt will rise to 88¼ percent of nominal GDP by 2030 (2024: 80 percent).

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich

Der vorliegende Beitrag basiert auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom Oktober 2025 für die Jahre 2025 und 2026 (Schiman-Vukan & Ederer, 2025, in diesem Heft). Die Annahmen zur internationalen Entwicklung wurden am 10. September 2025 festgelegt. Weitere Informationen zur Entwicklung im Inland, die bis zum 2. Oktober 2025 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Marcus Scheiblecker, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Victoria Plöchl (victoria.ploechl@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 29. 10. 2025

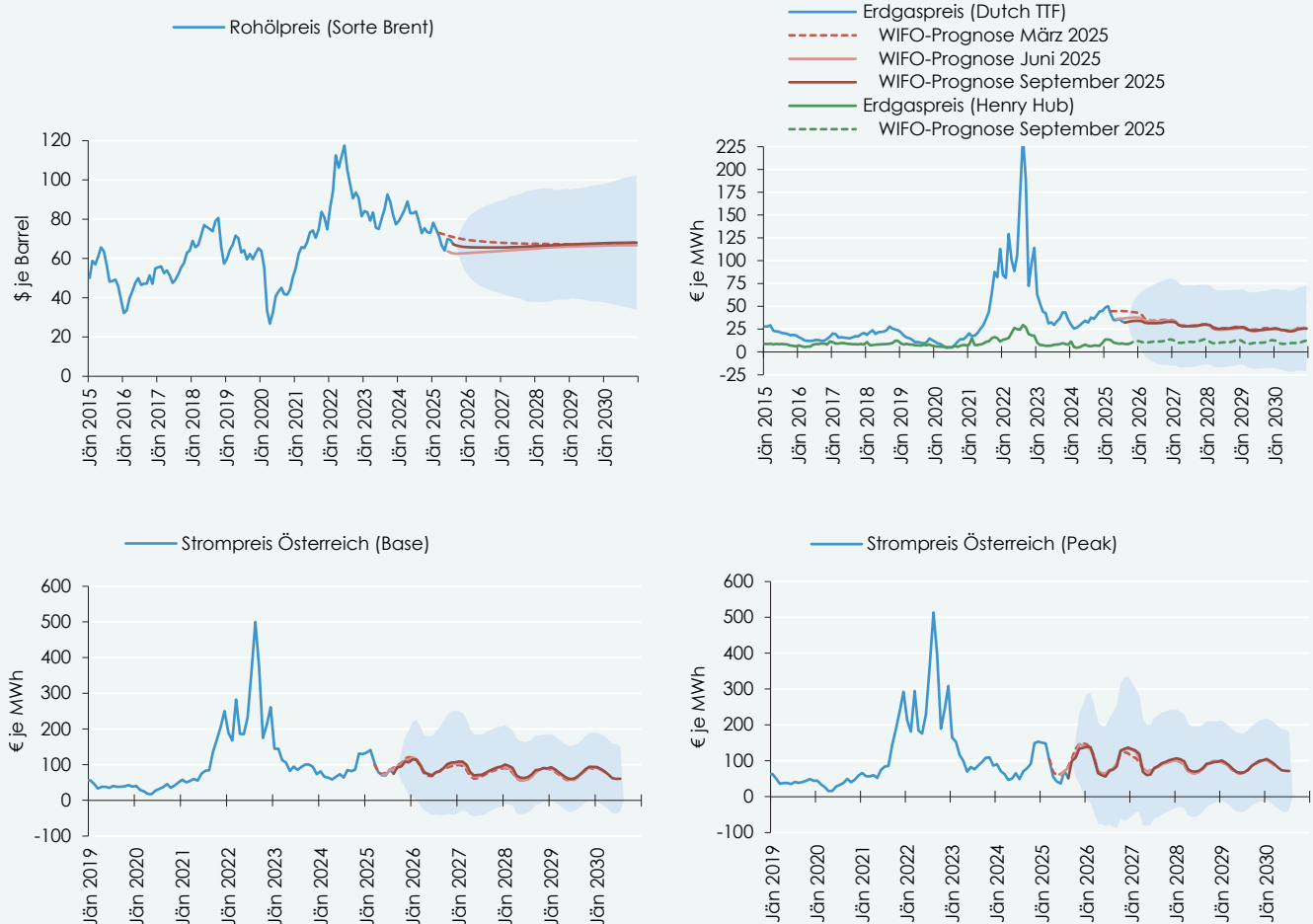
Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Simon Loretz (simon.loretz@wifo.ac.at), Mark Sommer (mark.sommer@wifo.ac.at)

Die Aussichten für die österreichische Wirtschaft haben sich seit dem letzten Update der mittelfristigen Prognose vom März 2025 (Baumgartner & Kaniovski, 2025) nur leicht aufgehellt. Trotz der Verbesserung der internationalen Konjunktur und einer Belebung des privaten Konsums wird sich die österreichische Wirtschaft nur schleppend von der **Rezession 2023/24 (-¾% p. a.)** bzw. der

Stagnation im laufenden Jahr (+0,3%) erholen. Für den **Prognosezeitraum 2026/2030** erwartet das WIFO einen **durchschnittlichen jährlichen BIP-Zuwachs von rund 1%** (Ø 2010/2019 +1,6% p. a., Übersicht 2). Österreichs Wirtschaft dürfte damit mittelfristig um ¼ Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als der Durchschnitt der Euro-Länder (Abbildung 1).

Abbildung 1: Energiepreise

Monatliche Entwicklung internationaler Notierungen



Q: HWWI, IWF, European Energy Exchange, Intercontinental Exchange, Nymex, Macrobond, OeNB, WIFO-Berechnungen. Hellblauer Bereich ... $\pm$ Standardabweichung der Röhöl- (Brent), Erdgas- (Dutch TTF) bzw. Strompreise (Base, Peak), berechnet aus vergangenen Abweichungen zwischen den Spotpreisen und den Futures-Werten.

Wachstumshemmend wirkt nach Einschätzung des WIFO in erster Linie die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel infolge höherer Lohn- und stärkerer Preissteigerungen bei Energie. Österreich ringt zudem mit strukturellen Problemen, etwa bei der Integration von Migrant:innen in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt, oder hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung von Älteren (Felbermayr, 2024). Europäische Industrieunternehmen sehen sich mit einer zunehmenden Konkurrenz aus Asien konfrontiert und der Zugang zum Markt der USA wird angesichts der dortigen Zollpolitik schwierig bleiben. Zudem bringen der technologische und der demografische Wandel sowohl Mismatch-Probleme als auch Arbeitskräftknappheit mit sich. Alle

angeführten Faktoren bremsen mittel- bis langfristig das Wirtschaftswachstum.

Andererseits dämpft das schwächere Wachstum des Arbeitskräfteangebotes merklich die Arbeitslosigkeit, wodurch die Arbeitslosenquote bis 2030 auf 5,9% zurückgehen wird (2025: 7,5%). Der Preisauftrieb verlangsamt sich 2026 auf 2,4% (2025: 3,5%) und dürfte damit ohne weitere Maßnahmen als jene, die bereits im Rahmen der Regierungsklausur angekündigt wurden, über dem von der Bundesregierung angestrebten Zielwert von 2% bleiben¹⁾. Erst Mitte 2027 erreicht die Inflationsrate das 2%-Ziel der EZB und dürfte auch mittelfristig dort verharren (Ø 2026/2030 +2,2% p. a.).

Die Defizitquote wird unter den derzeitigen Rahmenbedingungen über den gesamten

¹⁾ Siehe dazu die Medieninformationen des Bundeskanzleramtes vom 4. September 2025 "Gemeinsam am Aufschwung arbeiten – Herbstausblick" und vom 8. Oktober 2025 "Wirtschaftslage": <https://services.bundestkanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien->

[newsletter/innenpolitik/bka-medieninformation-04-09-2025.html](https://services.bundestkanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien-), <https://services.bundestkanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien-> [newsletter/innenpolitik/bka-medieninformation-08-10-2025.html](https://services.bundestkanzleramt.gv.at/newsletter/bka-medien-).

Prognosezeitraum bei durchschnittlich 3,8% des nominellen BIP liegen. Um das 3%-Ziel zu erreichen sind daher in der Budgeterstellung

ab 2027 weitere Konsolidierungsschritte notwendig.

1. Internationale Rahmenbedingungen

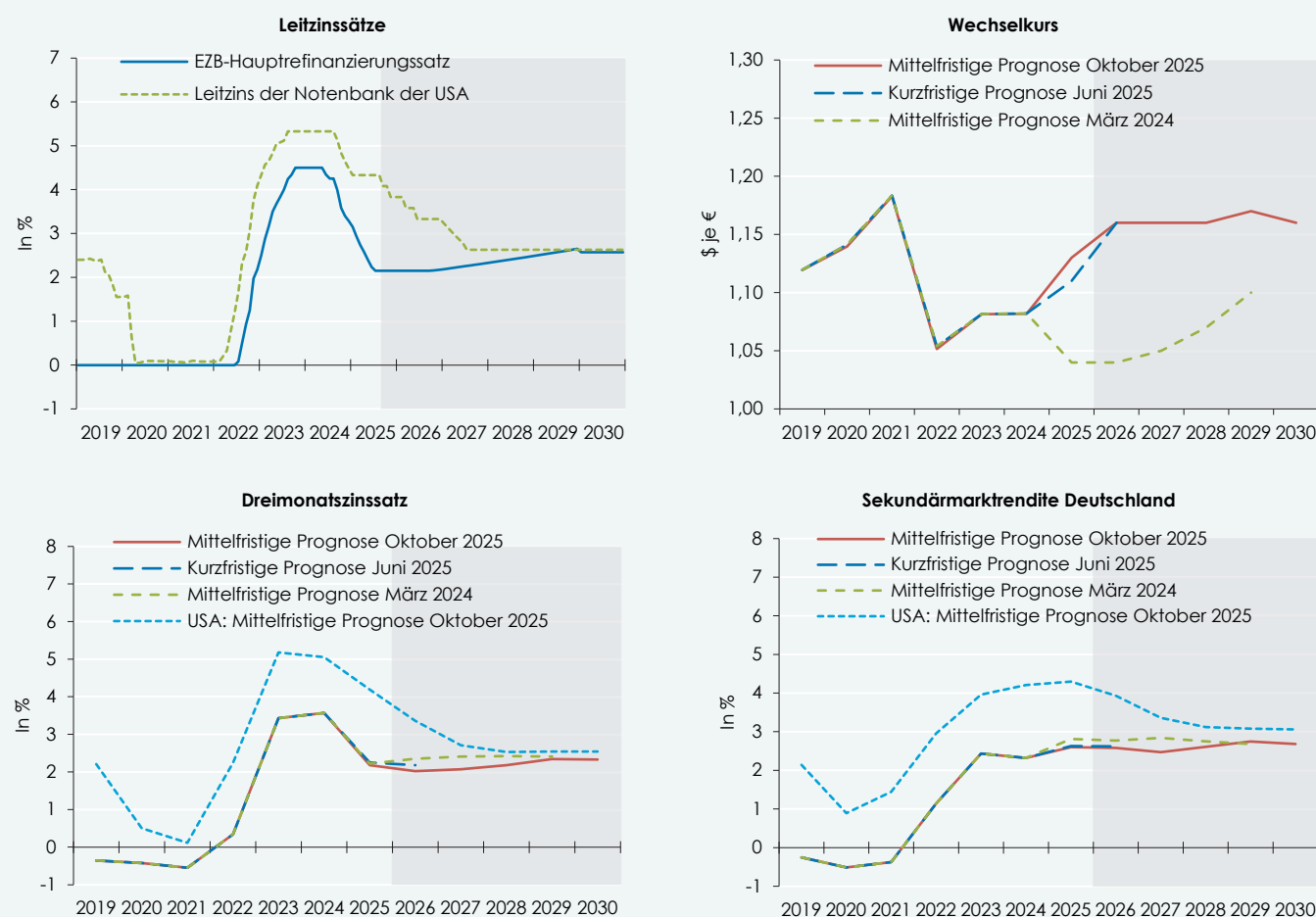
1.1 Annahmen zur Energiepreisentwicklung

Energie bleibt auch mittelfristig teuer: Erdgas dürfte im Zeitraum 2026/2030 rund 1¼-mal und Strom mehr als doppelt so viel kosten wie noch 2018/2020.

Die in dieser Prognose unterstellten Preisentwicklungen für Rohöl, Erdgas und Strom basieren auf den (durchschnittlichen) Markterwartungen, wie sie in den Notierungen der Futures-Kontrakte zum Ausdruck kommen (Übersicht 1, Abbildung 2). Das WIFO unterstellt für 2026 einen **Rohölpreis** von 65,5 \$ je Barrel (Sorte Brent; Jahresdurchschnitt) und bis 2030 einen Anstieg auf 68 \$ je Barrel. Die Großhandelspreise für **Erdgas und Strom** (gemäß Dutch TTF bzw. den Strom-Futures für Österreich) dürften sich auf Basis der Markterwartungen im Prognosezeitraum stabil entwickeln.

Folglich wird Energie mittelfristig teurer bleiben als vor dem Energiepreisschock 2021/22: Erdgas dürfte im europäischen Großhandel 2026/2030 durchschnittlich 1¼-mal und Strom mehr als doppelt so viel kosten wie im Zeitraum 2018/2020. In den USA dürften die Großhandelspreise für Erdgas (gemäß Henry-Hub, Abbildung 2) dagegen nur leicht über dem Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu liegen kommen, womit Erdgas dort deutlich billiger bleiben wird als in Europa – 2026 um voraussichtlich 64% und 2030 um 58%. Dieser Wettbewerbsnachteil der energieintensiven exportorientierten Industrie gegenüber der Konkurrenz in Übersee wird somit über den gesamten Prognosehorizont bestehen bleiben.

Abbildung 2: Monetäre Rahmenbedingungen



Q: Europäische Zentralbank, Federal Reserve Bank, Oxford Economics, WIFO-Berechnungen.

1.2 Annahmen zur Geldpolitik

Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** erwartet das WIFO für das IV. Quartal 2025 eine weitere Zinssenkung um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt. Auf Basis eines adaptierten Taylor-Regel-Modells ist auch 2026/27 mit Senkungen zu rechnen. Der Dreimonatsszinssatz sinkt in der Folge bis Ende 2027 auf $2\frac{1}{2}\%$ (2025: $4\frac{1}{4}\%$) und verharrt in den Folgejahren auf diesem Niveau (Abbildung 3).

Die **EZB** wird ihre **Geldpolitik** bis Ende 2026 nicht weiter lockern und 2027 wieder etwas straffen. Folglich steigt der Dreimonatsgeldmarktsatz leicht von 2% (2026) auf $2\frac{1}{4}\%$ (2028/2030). Die Sekundärmarktrendite auf

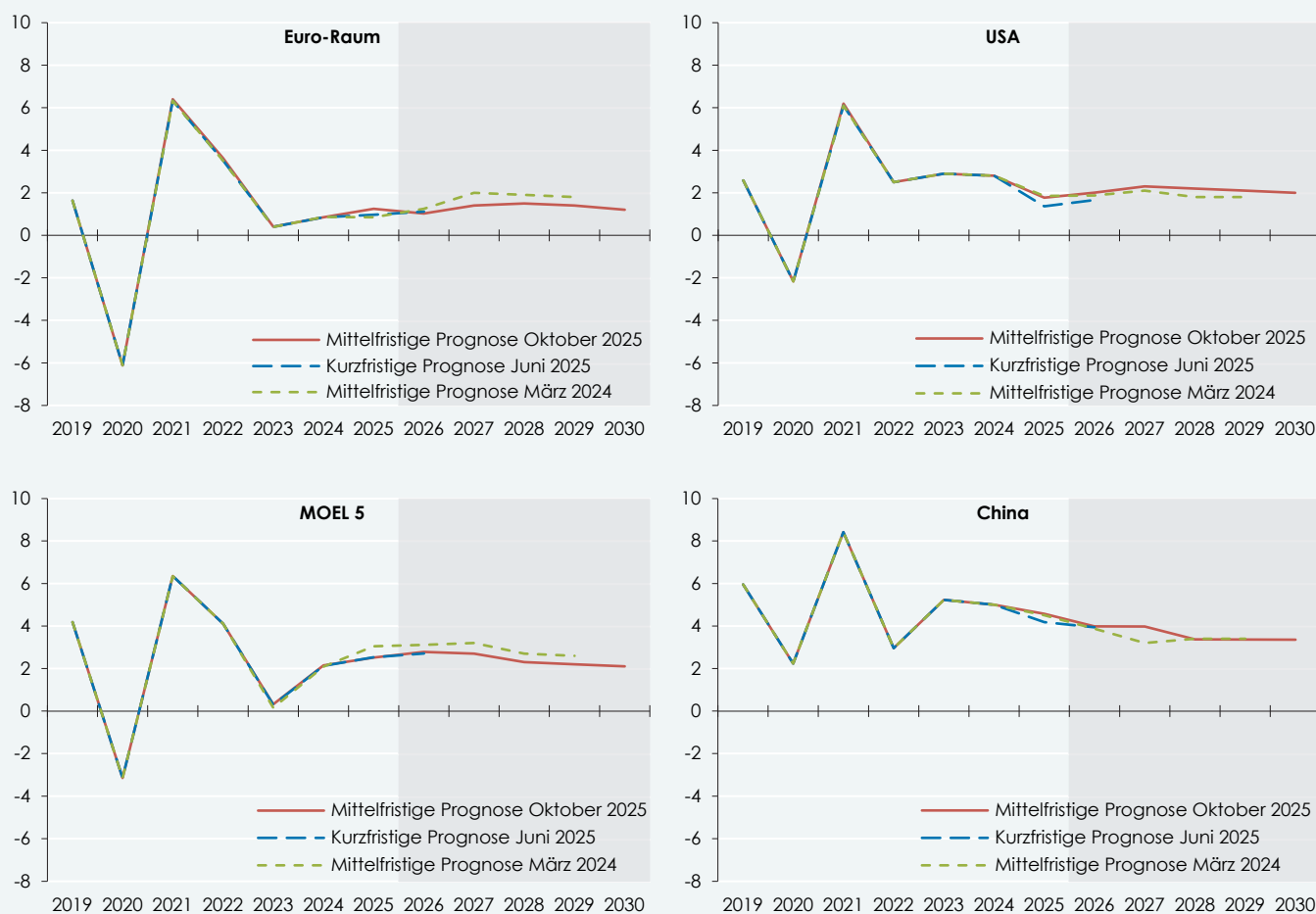
10-jährige deutsche Bundesanleihen dürfte ebenfalls leicht zulegen (von $2\frac{1}{2}\%$ 2026/2028 auf $2\frac{3}{4}\%$ 2029/30). Der Abbau der im Zuge des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) angekauften Staatsanleihenbestände wird im Prognosezeitraum – nach einer ungewöhnlich langen Phase einer inversen Zinsstruktur durch umfangreiche Zentralbank-Interventionen auf den europäischen Anleihenmärkten – die Normalisierung des Zinsgefüges unterstützen.

Der **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** bleibt auf Basis der Konjunktur- und Zinsentwicklung in den beiden Wirtschaftsräumen nahezu konstant bei 1,16 \$ je Euro.

Die EZB wird ihre Geldpolitik ab 2027 wieder etwas straffen. Der Dreimonatsszinssatz wird von 2% im Jahr 2026 leicht auf $2\frac{1}{4}\%$ (2028/2030) steigen.

Abbildung 3: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in vier wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen, Oxford Economics. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

1.3 Annahmen zur internationalen Konjunktur

Ausgehend von den Energiepreisschocks (ab 2021), der Wende in der Geldpolitik (ab dem Frühjahr bzw. Sommer 2022) und inflationsbedingten Kaufkraftverlusten der privaten Haushalte (2022/23) trübte sich die Kon-

junktur ab Mitte 2022 nachhaltig ein, vor allem in Europa. In den **fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Ländern bzw. Ländergruppen** (Euro-Raum, MOEL 5, USA, China, Schweiz) wuchs das reale BIP 2023 um lediglich $0,9\%$ (exportgewichtet, 2022 $+3,5\%$, Ø 2010/2019 $+2,1\%$ p. a., Übersicht 1). Mit dem Rückgang der Energie-

In den für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländern wird sich das Wirtschaftswachstum nach der Schwächephase wieder beschleunigen. Für 2026/2030 wird ein durchschnittlicher Zuwachs von 1¼% p. a. erwartet.

preise und der Verbesserung der Finanzierungsbedingungen infolge sinkender Kreditzinssätze sollte sich verzögert auch das Marktwachstum wieder etwas beleben. Im Prognosezeitraum 2026/2030 erwartet das WIFO in den fünf wichtigsten Partnerländern (Ländergruppen) ein durchschnittliches jährliches Wirtschaftswachstum von 1¼%²⁾.

Für den **Euro-Raum** wird nach einer Schwächephase (2023/2026 +0,9% p. a.) eine Erholung des Wirtschaftswachstums auf 1½% p. a. unterstellt. In den **MOEL 5** dürfte das

BIP-Wachstum 2026/27 2¼% betragen und bis 2030 auf 2% zurückgehen (Übersicht 1, Abbildung 4).

Chinas Wirtschaft wird 2025 um voraussichtlich 4½% wachsen. Aufgrund von Handelskonflikten, insbesondere mit den USA und möglicherweise auch mit der EU, und verschiedenen strukturellen Herausforderungen (Lui, 2024) ist mittelfristig eine Abschwächung auf 3½% zu erwarten.

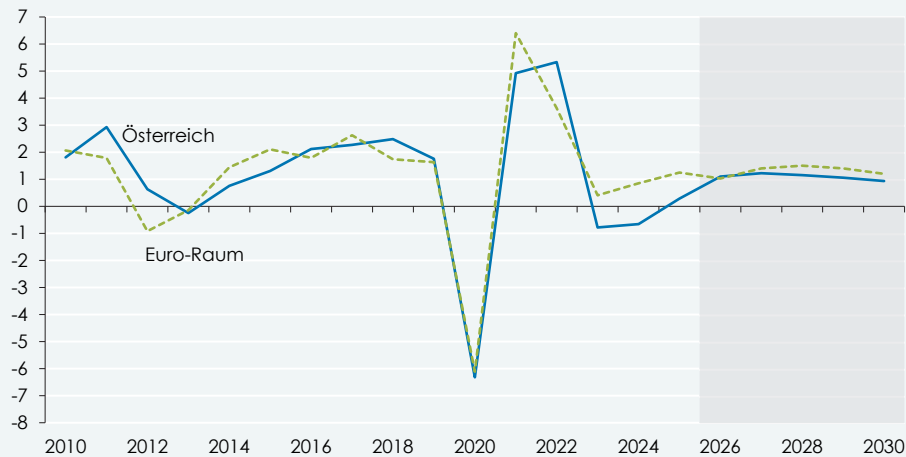
Übersicht 1: Internationale Konjunktur

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum		+ 1,4	+ 2,5	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,2
MOEL 5 ¹⁾		+ 3,2	+ 3,1	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1
USA		+ 2,4	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,8	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0
Schweiz		+ 1,9	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5
China		+ 7,7	+ 5,2	+ 3,6	+ 5,0	+ 4,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,4
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾		+ 2,1	+ 2,8	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,5
Annahmen zur Prognose											
Rohölpreis, Brent	\$ je Barrel	80	80	67	80	69	66	66	67	68	68
Erdgaspreis, Dutch TTF	€ je MWh	–	56	28	34	37	33	30	27	25	25
Strompreis Österreich											
Base	€ je MWh	–	130	82	82	97	93	87	81	78	74
Peak	€ je MWh	–	134	90	81	95	99	94	88	85	85
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,11	1,16	1,08	1,13	1,16	1,16	1,16	1,17	1,16
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,2	1,8	2,2	3,6	2,2	2,0	2,1	2,2	2,3	2,3
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,1	1,6	2,6	2,3	2,6	2,6	2,5	2,6	2,8	2,7

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Abbildung 4: Wirtschaftswachstum in Österreich und im Euro-Raum

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

²⁾ Für die Jahre 2025/26 wurden die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft von Schiman-Vukan & Ederer (2025) übernommen. Für die Periode 2027 bis 2030 basieren sie auf einer durch das

WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 2. September 2025.

Die **USA** profitieren mittelfristig von Standortverlagerungen infolge der Zollpolitik, die im Besonderen energieintensive Industriezweige aus Übersee erwägen, und auch weiterhin von der Verschiebung der europäischen Energienachfrage von russischem Erdgas zu Flüssiggas (LNG). Gebremst wird das Wirtschaftswachstum in den USA von einer Verringerung des Arbeitskräftepotenzials

infolge des restriktiveren Zugangs zum dortigen Arbeitsmarkt. Am stärksten wird dies arbeitsintensive Produktionsbereiche (z. B. die Landwirtschaft) und die Dienstleistungen (z. B. persönliche Dienstleistungen, Beherbergung und Gastronomie) treffen. Alles in allem wird die Wirtschaft der USA im Zeitraum 2026/2030 um durchschnittlich rund 2% p. a. expandieren (Ø 2010/2019 +2,4% p. a.).

2. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

2.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Aufbauend auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2025/26 (Schiman-Vukan & Ederer, 2025, in diesem Heft) und auf Basis der Annahmen zur internationalen Entwicklung (Kapitel 1) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (Kapitel 2.5) für die Jahre 2027 bis 2030 wird die Wirtschaftsentwicklung bis 2030 prognostiziert. Es handelt sich um eine modellgestützte Expert:innenprognose unter Einsatz des WIFO-Macromod (Baumgartner et al., 2005). Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen in Österreich folgt das WIFO in seinen Prognosen einer semi-restriktiven "No-Policy-Change"-Annahme³⁾.

Das **real verfügbare Haushaltseinkommen** dürfte 2025 um ½% sinken. Ein Rückgang der im langjährigen Vergleich (Ø 2010/2019: 8,0%) hohen Sparquote der privaten Haushalte um 1 Prozentpunkt von 11,7% 2024 auf 10,7% ermöglicht dennoch eine Zunahme des **privaten Konsums** um ½%. (Schiman-Vukan & Ederer, 2025). Die private Konsumnachfrage wird im gesamten Prognosezeitraum 2026/2030 die wichtigste Wachstumsstütze darstellen. Ermöglicht wird dies durch die hohe Ersparnisbildung der Vorjahre und die etwas günstigere Konjunktur, die mit einem anhaltenden Rückgang der Arbeitslosigkeit einhergeht (siehe Kapitel 2.3). Die Sparquote geht bis 2030 auf 8¼% zurück und nähert sich damit wieder dem Vorkrisenniveau von 2019 (Übersicht 2, Abbildungen 5 und 6).

Die **Warenexporte** entwickeln sich üblicherweise im Einklang mit der internationalen

Konjunktur und der inländischen Industrieproduktion. Für 2026/2030 wird für die wichtigsten Zielregionen ein durchschnittliches jährliches Marktwachstum von 1¼% unterstellt (siehe Kapitel 1). Die Exporte (i. w. S.) nehmen jährlich um 2,0% zu (Ø 2010/2019 +4,4% p. a., Übersicht 3). Die **Importe** i. w. S. hängen von der Inlandskonjunktur, den Exporten sowie der Nachfrage nach Investitions- und dauerhaften Konsumgütern ab. Das Importwachstum wird in den Jahren 2026 bis 2030 voraussichtlich ebenfalls 2% p. a. betragen. Der Überschuss im Außenbeitrag verringert sich von 1¼% (2025) auf 1½% des nominellen BIP (2030).

Die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstiger Anlageinvestitionen) gingen 2024 um 2,8% zurück und stagnieren 2025. Darin spiegeln sich die Rezession, die Unsicherheit über die künftige Nachfrageentwicklung sowie die erschwerte Innenfinanzierung der Unternehmen infolge geringerer Bruttobetriebsüberschüsse und hoher Zinssätze. Mit der internationalen Konjunkturerholung, der Senkung des Körperschaftsteuersatzes sowie der Einführung eines (Öko-)Investitionsfreibetrages sollte sich verzögert auch das Investitionswachstum etwas beschleunigen. Der Umstieg auf eine CO₂-ärmere Produktionsweise erfordert zwar verstärkte Investitionen in die Energiewende, angesichts der geopolitischen Unsicherheit, der Verschlechterung der Lohnstückkostenposition gegenüber wichtigen europäischen Mitbewerbern (siehe Kapitel 2.4) und der im EU-Vergleich höheren Preise für Strom und Erdgas⁴⁾ dürfte jedoch insbesondere die heimische Industrie weiter zurückhaltend investieren (2026/2030 +2¼% p. a.).

Auf die Rezession und die Stagnation der Jahre 2023/2025 folgt eine fragile Erholung; das mittelfristige Wirtschaftswachstum beträgt voraussichtlich 1% p. a.

Gestützt vom Rückgang der Sparquote zieht der private Konsum nach der rezessionsbedingten Schwächephase wieder an und wächst über den Prognosehorizont 2026/2030 um durchschnittlich +1% p. a.

³⁾ Im Allgemeinen werden nur bereits beschlossene Gesetze und Verordnungen berücksichtigt. Unter bestimmten Umständen wird von dieser Regel abgewichen (daher semi-restriktiv): Erstens dann, wenn der Verhandlungs- oder Gesetzwerdungsprozess bereits weit fortgeschritten ist (Gesetzesentwürfe in Begutachtung, in manchen Fällen auch Ministerratsbeschlüsse, wenn für deren Umsetzung eine stabile Mehrheit im Parlament sehr wahrscheinlich erscheint) und zwei-

tens, wenn zur betreffenden Regelung sowohl ein klarer Zeitplan und auch hinreichend detaillierte Informationen vorliegen, die eine quantitative Einschätzung ermöglichen.

⁴⁾ Siehe die europäische Energiepreisstatistik von Eurostat für Unternehmen: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_205/default/table?lang=de und https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/nrg_pc_203/default/table?lang=de.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Veränderung in % p. a.										
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9
Nominell	+ 3,3	+ 6,1	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,0	+ 7,4	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,6
Pro Kopf, real ²⁾	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6
In %										
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,6	5,4	5,2	5,2	5,7	5,5	5,3	5,2	5,0	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,6	7,0	7,5	7,3	7,0	6,6	6,3	5,9
In % des BIP										
Außenbeitrag	3,2	1,3	1,6	2,5	1,8	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition										
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo	- 1,5	- 4,1	- 3,8	- 4,7	- 4,2	- 3,9	- 4,0	- 3,8	- 3,7	- 3,7
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,4	- 3,9	- 3,5 ⁷⁾	- 4,0	- 3,4	- 3,3	- 3,6	- 3,6	- 3,7	-
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,5	- 3,9	- 3,4	- 4,0	- 3,3	- 3,2	- 3,6	- 3,4	- 3,4	- 3,4
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,1	- 3,9	- 3,5 ⁷⁾	- 4,0	- 3,4	- 3,3	- 3,6	- 3,6	- 3,7	-
WIFO-Methode ⁸⁾	- 1,2	- 3,9	- 3,4	- 4,0	- 3,3	- 3,2	- 3,6	- 3,4	- 3,4	- 3,4
Staatsschuld	81,1	79,9	85,7	79,9	81,5	83,1	84,5	85,7	87,0	88,3
In % des verfügbaren Einkommens										
Sparquote der privaten Haushalte	8,0	10,3	9,5	11,7	10,7	10,3	9,9	9,4	9,1	8,8
Veränderung in % p. a.										
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8 ⁷⁾	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	-
WIFO-Methode ⁸⁾	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
In % des Trendoutputs										
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,1	- 0,5	- 0,6 ⁷⁾	- 1,3	- 1,5	- 1,1	- 0,8	- 0,4	± 0,0	-
WIFO-Methode ⁸⁾	- 0,0	- 0,4	- 0,8	- 1,3	- 1,6	- 1,2	- 0,8	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Veränderung in % p. a.										
Treibhausgasemissionen	- 0,0	- 2,3	- 3,0	- 2,6	- 0,5	- 1,8	- 2,9	- 3,2	- 3,4	- 3,6
Mio. t CO ₂ -Äquivalent	81,0	70,8	61,5	66,9	66,6	65,4	63,5	61,5	59,4	57,3

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ⁶⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025. – ⁷⁾ Ø 2026/2029. – ⁸⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Abschwächung der Baukonjunktur, die schon im 2. Halbjahr 2022 eingesetzt hatte, führte 2023 (-4,5%) und 2024 (-5,9%) zu einem Einbruch der **Bauinvestitionen**. Er traf vor allem den Wohnbau: durch die hohe Teuerung sanken die real verfügbaren Haushaltseinkommen und der Realwert der Ersparnisse, während die deutlich höheren Baupreise, die verschärften Kreditvergaberegeln und die gestiegenen Kreditzinssätze die

Finanzierung von Wohnraum erschwerten und somit die Wohnbaunachfrage dämpften (Baumgartner et al., 2023). Für 2025 erwartet das WIFO eine weitere Abnahme der Bauinvestitionen um ½%. Mit dem Rückgang der Zinsen, der allgemeinen Konjunkturbelebung und aufgrund von Nachholeffekten dürfte sich die Baunachfrage mittelfristig leicht erholen (2026/2030 +0,7% p. a.).

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben	+ 0,8	+ 2,4	+ 0,8	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,9	+ 2,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,0
Staat	+ 0,7	+ 2,6	+ 0,2	+ 3,8	+ 1,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,5	- 0,1	+ 1,6	- 4,3	- 0,3	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,2
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,8	+ 1,5	+ 2,3	- 2,8	- 0,1	+ 2,0	+ 2,6	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,6
Bauten	+ 1,1	- 1,8	+ 0,7	- 5,9	- 0,5	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7
Inländische Verwendung	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,1	- 0,8	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,9
Exporte	+ 4,4	+ 3,0	+ 2,0	- 2,3	- 0,4	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1
Importe	+ 4,2	+ 2,9	+ 2,0	- 2,6	+ 1,2	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,1
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

2.2 Trendoutput und Outputlücke

Das Wachstum des **Trendoutputs** ist jener Wertschöpfungszuwachs, den eine Volkswirtschaft bei durchschnittlicher Auslastung der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit mittelfristig erzielt. Der Trendoutput wird durch das Arbeitsvolumen, die Kapitalakkumulation und die Gesamtfaktorproduktivität (TFP) bestimmt. Die Trendentwicklung des Arbeitsvolumens ergibt sich aus der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der Erwerbsquote, der strukturellen Arbeitslosenquote und dem Stundeneinsatz je Beschäftigten. Die strukturelle Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU) geht mit einer konstanten Lohninflation einher und hängt von institutionellen und strukturellen Faktoren auf dem Arbeitsmarkt ab. Das TFP-Wachstum entspricht jenem Teil des Trendwachstums, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach Berücksichtigung konjunktureller Schwankungen nicht erklärt werden kann (Solow-Residuum, Abbildung 7).

Die **Outputlücke** als prozentuelle Abweichung des BIP vom Trendoutput ist ein Maß für die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung. Bei einer unterdurchschnittlichen Auslastung der Produktionsfaktoren ist die Outputlücke negativ und deutet auf einen sinkenden Inflationsdruck hin. Umgekehrt signalisiert eine positive Outputlücke eine überdurchschnittliche Auslastung und steigenden Preisdruck.

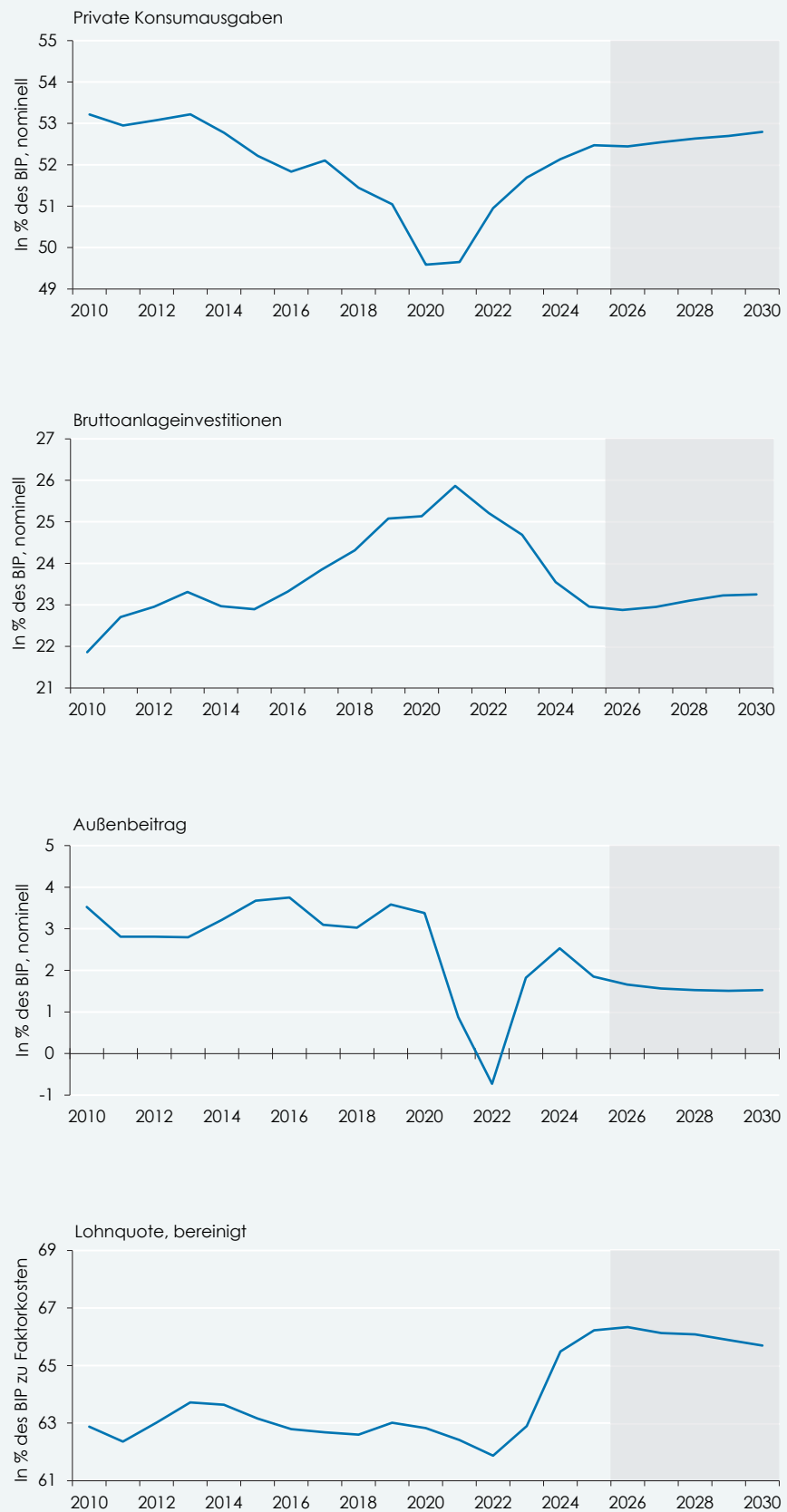
Der Trendoutput ist nicht direkt beobachtbar und wird daher mit ökonometrischen Verfahren auf Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für 1976/2024 und der WIFO-Prognose für 2025/26 geschätzt. Solche Schätzungen sind mit erheblicher Unsicherheit behaftet, da sowohl die VGR-Daten als auch Prognosen Revisionen unterliegen. Statistik Austria (2025a) revidierte im Zuge der VGR-Jahresrechnung für

das Jahr 2024 das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 2021/2023 um 0,1 Prozentpunkt p. a. nach oben. Für 2024 wurde das Wachstum des realen BIP gegenüber der vorläufigen vierteljährlichen VGR von März 2025 um ½ Prozentpunkt angehoben. Ausgehend von dieser Datenlage hat das WIFO seine Prognose des BIP-Wachstums für 2025 um ½ Prozentpunkt nach oben und für 2026 um 0,1 Prozentpunkte nach unten revidiert.

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der Konjunkturschwankungen auf dem Arbeitsmarkt und in der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014). Die WIFO-Schätzung nach der Methode der Europäischen Kommission ergibt für 2026/2029 ein durchschnittliches Trendwachstum von 0,8% p. a., was gegenüber der WIFO-Prognose vom März 2025 (Baumgartner & Kaniowski, 2025) einer Aufwärtsrevision um 0,2 Prozentpunkte entspricht. Die Revision ist einem höheren Beitrag der beiden Komponenten Arbeit und TFP von jeweils +0,1 Prozentpunkt geschuldet. Die Europäische Kommission schätzte in ihrer Prognose vom Mai 2025 das mittelfristige Trendwachstum in Österreich auf 0,6% p. a. (Ø 2026/2029; Europäische Kommission, 2025). Nach der Methode der Europäischen Kommission ist die Outputlücke seit 2024 negativ, was auf eine gesamtwirtschaftliche Unterauslastung hinweist. In den Jahren 2026 bis 2029 wird die Outputlücke gemäß der technischen Annahme der Kommission geschlossen.

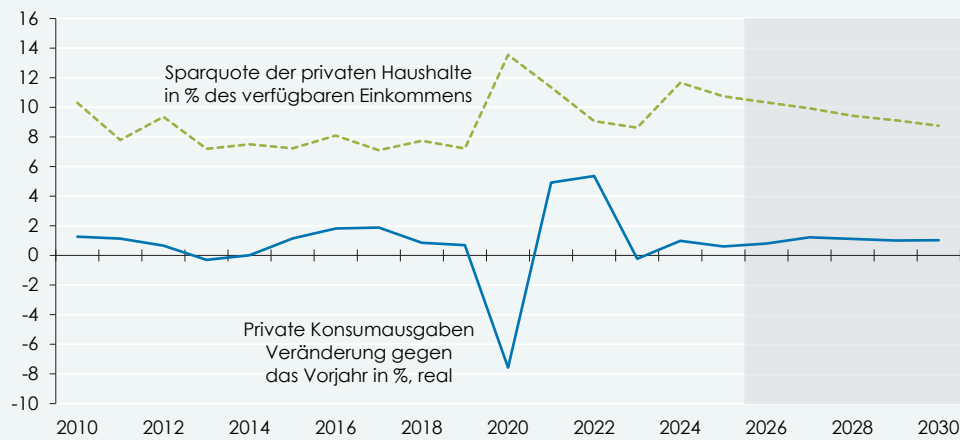
Übersicht 4 vergleicht die aktuelle WIFO-Schätzung laut der Methode der Europäischen Kommission mit deren eigener Schätzung vom Mai 2025, zerlegt in die Beiträge der TFP, der Arbeit und des Kapitals. Laut der WIFO-Schätzung ist der Beitrag der TFP im Ø 2026/2029 um 0,2 Prozentpunkte höher als laut der Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission.

Abbildung 5: **Nachfrage und Einkommen**



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: Konsumausgaben und Sparquote der privaten Haushalte



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Methode der Europäischen Kommission¹⁾											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,2 ²⁾	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,0	+ 0,8 ²⁾	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,9	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2 ²⁾	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3 ²⁾	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3 ²⁾	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,5	- 0,6 ²⁾	- 1,3	- 1,5	- 1,1	- 0,8	- 0,4	± 0,0	-
WIFO-Methode³⁾											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,1	- 0,7	+ 0,3	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,9
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,0	- 0,4	- 0,8	- 1,3	- 1,6	- 1,2	- 0,8	- 0,6	- 0,6	- 0,6
Schätzung der Europäischen Kommission (Frühjahr 2025)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,0 ²⁾	- 1,2	- 0,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1	-
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,6 ²⁾	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	-
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2 ²⁾	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2	-
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,3 ²⁾	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	-
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1 ²⁾	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	-
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,1	- 0,4	- 0,5 ²⁾	- 1,2	- 1,7	- 1,1	- 0,7	- 0,4	± 0,0	-

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025. – ²⁾ Ø 2026/2029. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

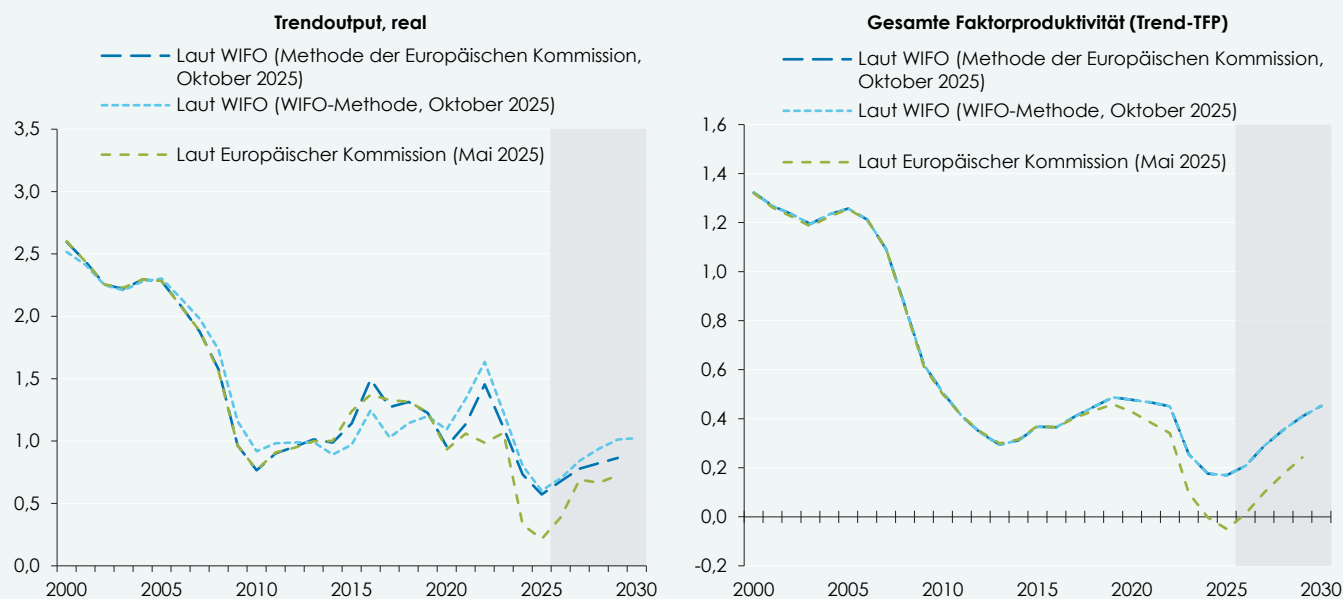
Die WIFO-Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt ausgehend von -1,5% (2025) eine Schließung der Outputlücke bis Ende 2030 (Abbildung 8). In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO eine Outputlücke, wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker ge-

glättet, um die Prozyklizität des geschätzten Produktionspotenzials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung gemäß **WIFO-Methode** ergibt ein durchschnittliches **Trendwachstum von 0,9% p. a. (2026/2030)**. Die **Outputlücke verringert sich** von -1,6% (2025) bis zum Ende des Prognosezeitraums auf -0,6%, **schließt sich jedoch nicht**.

Das WIFO erwartet für den Prognosezeitraum ein Trendwachstum von 0,9% pro Jahr (laut WIFO-Methode). Die Outputlücke (2025 -1,6%) verringert sich bis 2030 auf -0,6%, weil das erwartete reale BIP-Wachstum bis 2030 leicht über dem Trendwachstum liegt.

Abbildung 7: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

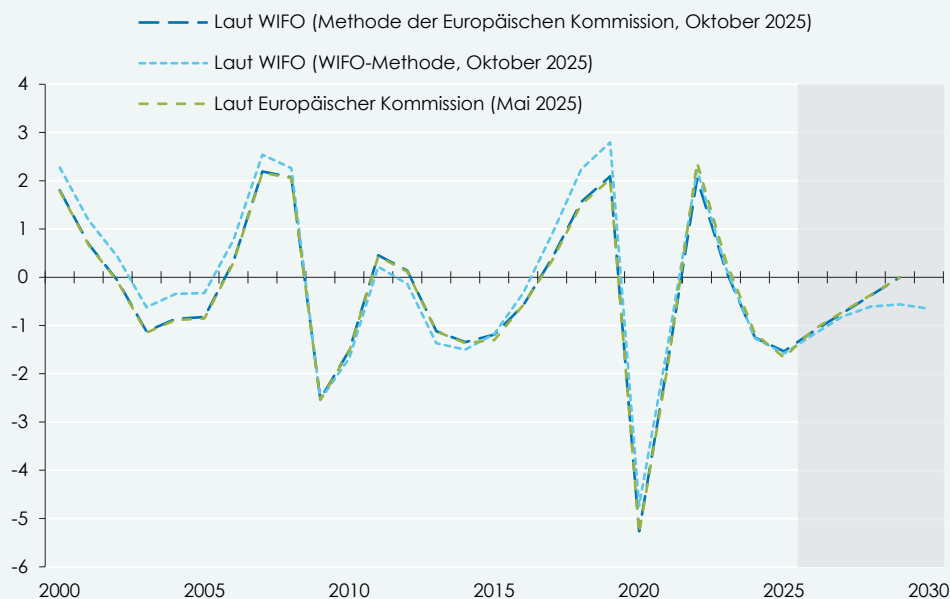
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025.

Abbildung 8: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025.

2.3 Arbeitsmarkt

Die Nachwirkung der Rezession lässt die unselbständige aktive **Beschäftigung** im laufenden Jahr beinahe stagnieren (+0,2%). Mit der Konjunkturerholung verstärkt sich der Zuwachs 2026/2030 auf ¾% p. a. (Übersicht 5). Der demografische Wandel verschärft im Prognosezeitraum die Arbeitskräfteknappheit. Die Erwerbsbevölkerung (15 bis 65 Jahre) schrumpft ab 2025 um durchschnittlich 0,4% p. a., wodurch sich das Wachstum des **Arbeitskräfteangebotes** von 0,6% (2025) auf 0,2% (2030) abschwächen wird. Dass das Arbeitskräfteangebot trotz der ungünstigen demografischen Entwicklung noch leicht wachsen wird, liegt an der Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren, die u. a. aus der schrittweisen

Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen ab 2024 und der Erhöhung des Eintrittsalters für die Korridorpension von 62 auf 63 Jahre folgt.

Zusätzlich unterstellt das WIFO einen anhaltenden Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes. Er wird u. a. durch Einpendler:innen aus dem angrenzenden Ausland und Vertriebene aus der Ukraine getragen, die zunehmend in den österreichischen Arbeitsmarkt integriert werden. Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen noch zunehmen bzw. sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis 2030 auf 29½% ansteigen (2010: 13,8%).

Die Arbeitslosenquote dürfte nach der wirtschaftlichen Schwächephase der letzten Jahre bis 2030 auf 5,9% zurückgehen (2025: 7½%), da sich die Konjunktur etwas belebt und das Arbeitskräfteangebot kaum mehr zunimmt.

Übersicht 5: Arbeitsmarkt, Einkommen, Preise

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
	In %									
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ¹⁾	5,6	5,4	5,2	5,2	5,7	5,5	5,3	5,2	5,0	4,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	7,8	7,0	6,6	7,0	7,5	7,3	7,0	6,6	6,3	5,9
	Veränderung in % p. a.									
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ²⁾	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte ³⁾	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6
Selbständige ⁴⁾	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Arbeitslose	+ 1,5	- 4,8	- 4,2	+10,0	+ 7,4	- 1,9	- 3,8	- 4,5	- 5,2	- 5,4
Produktivität ⁵⁾	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	- 1,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Lohn- und Gehaltssumme ⁶⁾	+ 3,5	+ 6,5	+ 3,0	+ 7,4	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,6
Pro Kopf, real ⁷⁾	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 3,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
Lohnstückkosten, Gesamtwirtschaft	+ 1,7	+ 4,5	+ 1,8	+ 8,0	+ 3,7	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 5,1	+ 2,2	+ 2,9	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0
BIP-Deflator	+ 1,7	+ 4,2	+ 2,0	+ 4,1	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,9

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Eurostat (Labour Force Survey). – ²⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ³⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁴⁾ Laut WIFO, einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ⁵⁾ BIP real pro Kopf (Erwerbstätige: unselbständige Beschäftigungsverhältnisse und Selbständige laut VGR). – ⁶⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁷⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI.

Da geburtenstarke Jahrgänge ins Pensionsalter vorrücken und jüngere Kohorten schwächer besetzt sind, wird der Abfluss aus der Beschäftigung den Zufluss an neuen Arbeitskräften deutlich übersteigen (Horvath et al., 2022). Neben dieser quantitativen Angebotsverknappung wird sich in vielen Branchen auch der qualitative Mismatch verschärfen: Während vornehmlich Beschäftigte mit mittlerer Ausbildung (z. B. Lehrabschluss und betrieblicher Weiterbildung) aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, verfügen die neu eintretenden Arbeitskräfte deutlich öfter über höhere Ausbildungsabschlüsse. Insbesondere im Handwerk und im Handel dürfte es damit immer schwieriger werden, geeignetes Personal bzw. Lehrlinge zu finden (Horvath et al., 2024). Sollte der seit rund 15 Jahren beobachtete Rückgang der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit je

Erwerbstätigen anhalten oder sich sogar verstärken, würde dies das Arbeitsangebot zusätzlich schmälern (Statistik Austria, 2025b).

Die mittelfristige Verknappung des Arbeitskräfteangebotes dämpft zwar das Trendwachstum, verringert aber auch die **Arbeitslosigkeit**: Die Arbeitslosenquote wird von 7,5% im Jahr 2025 bis 2030 auf voraussichtlich 5,9% zurückgehen.

2.4 Inflation und Löhne

Der Anstieg der **Verbraucherpreise** (gemäß VPI) wird **2025** mit **3½%** (III. Quartal 2025: 4%) wieder deutlich lebhafter ausfallen als noch zum Jahresende 2024 (IV. Quartal 2024: 2%) und erneut kräftiger sein als im Euro-Raum (2025: 2%). Dafür sind vor allem das Auslaufen von inflationsdämpfenden Maßnahmen

Die Inflation erreicht Mitte 2027 den Zielwert der EZB und dürfte bis 2030 bei 2% verharren.

Der Anstieg der Bruttoreallöhne pro Kopf verlangsamt sich von 0,5% im Jahr 2026 bis zum Ende der Prognoseperiode auf 0,1%.

im Bereich Haushaltsenergie (Strompreisbremse, Ökostromförderbeiträge, Energieabgaben) sowie eine markante Erhöhung der Netzentgelte für Strom und Gas verantwortlich, die über Basiseffekte die Inflationsrate im laufenden Jahr um rund 1 Prozentpunkt erhöhen. Daneben hat auch die öffentliche Hand bestimmte Tarife und Gebühren markant angehoben (Baumgartner, 2025). Zusätzlich ist in Österreich der Preisauftrieb bei Dienstleistungen deutlich ausgeprägter als in anderen Euro-Ländern, wofür neben den höheren Energiepreisen vor allem der wesentlich kräftigere Anstieg der Arbeitskosten verantwortlich ist.

Mit dem Wegfall der oben benannten Basiseffekte zu Jahresbeginn 2026 wird der Beitrag des Bereiches Strom zur Gesamtinflation um $\frac{1}{4}$ bis 1 Prozentpunkt zurückgehen. Andererseits ist 2026 ein weiterer Anstieg der öffentlichen Tarife und Gebühren zu erwarten. Teilweise wurden entsprechende Erhöhungen bereits angekündigt (Ticketpreise für den öffentlichen Personennahverkehr und Parkgebühren in Wien, E-Card-Gebühr). Das WIFO unterstellt, dass die Gebietskörperschaften aufgrund des Budgetkonsolidierungsdrucks ihre Spielräume bei der Gestaltung der Tarife und Gebühren größtmöglich ausreizen werden.

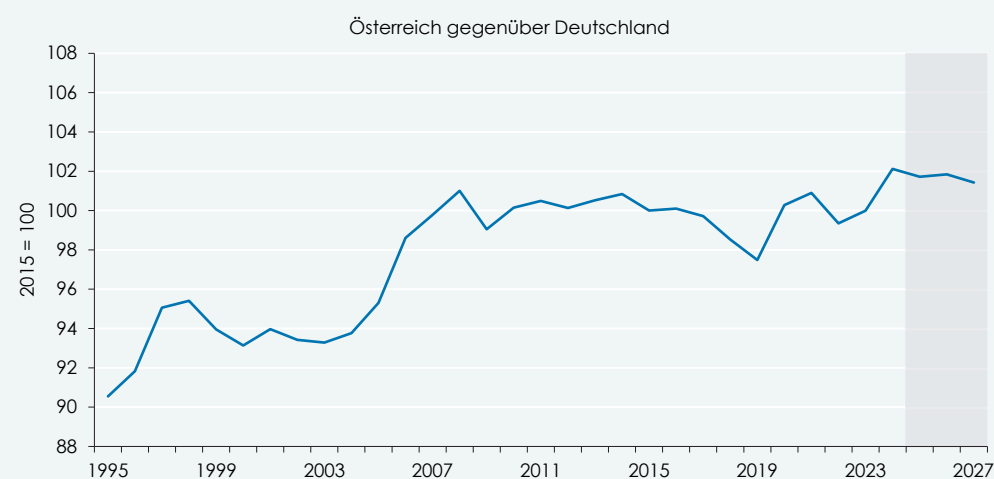
In Österreich liegt den zeitlich gestaffelten Tarifverhandlungen (Bittschi, 2023) üblicherweise die Inflationsrate der letzten 12 Monate (rollierende Inflation) zugrunde. Infolge der Abschwächung der Lohnsteigerungen dürften die arbeitsintensiven Dienstleistun-

gen 2026 weniger stark zur Teuerung beitragen. Die Gesamtinflation dürfte somit **2026** bei **2½%** zu liegen kommen, durch das weitere Nachlassen der Preis-Lohn-Preis-Überwälzungen bei Dienstleistungen bis **Mitte 2027** den EZB-Zielwert von **2%** erreichen und sich **mittelfristig stabilisieren** (Übersicht 5).

Für die Jahre 2025 (+0,5%) bis 2030 (+0,1%) erwartet das WIFO eine Verlangsamung der **Bruttoreallohnsteigerungen pro Kopf**, da der Preisauftrieb abnimmt und sich der Abstand zwischen der rollierenden Inflation (als Grundlage der Lohnforderungen) und der erwarteten Inflation im Folgejahr verkleinern wird. Zusätzlich dämpft der langfristige Strukturwandel, der einen Beschäftigungsabfluss von der güterproduzierenden Industrie (mit höherem durchschnittlichem Lohnniveau) zu den Dienstleistungen mit sich bringt, den Lohnzuwachs. Die Reallöhne (pro Kopf, 2026/2030 +¼% p. a.) dürften daher im Prognosezeitraum schwächer wachsen als die Produktivität (+½% p. a.).

Die Lohnzuwächse in den Jahren 2023/24 haben die **Lohnstückkosten** (2023/24 +8¼% p. a.) in Österreich markant und nachhaltig erhöht, wodurch sich die **relative Lohnstückkostenposition** gegenüber den europäischen Handelspartnern zwei Jahre in Folge deutlich verschlechtert hat (Bittschi & Meyer, 2025, in diesem Heft). Bis 2026 dürfte sie sich vor allem gegenüber Deutschland nicht verbessern, was die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrie anhaltend belasten wird (Abbildung 9)⁵⁾.

Abbildung 9: Entwicklung der relativen Lohnstückkosten



Q: Statistik Austria, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025), WIFO-Berechnungen.

⁵⁾ Diese Einschätzung fußt auf einem Vergleich der Lohnstückkosten auf der Basis der vorliegenden WIFO-Prognose und der Gemeinschaftsdiagnose (2025) für Deutschland. Für einen Vergleich mit einer größeren

Ländergruppe wären die Länderprognosen der Europäischen Kommission oder der OECD geeignete Quellen, diese werden aber erst nach der Fertigstellung dieses Beitrages veröffentlicht.

2.5 Öffentlicher Sektor

Die Entwicklung des **Staatshaushaltes** wird in den kommenden Jahren stark durch die notwendige fiskalische Konsolidierung im Rahmen des EU-Defizitverfahrens geprägt sein. Gleichzeitig erschweren die hohen, durch die demografische Entwicklung bedingten Transferausgaben und die notwendigen öffentlichen Investitionspakete im Zusammenspiel mit einer nur schwachen Konjunkturerholung einen raschen Konsolidierungserfolg. Wenngleich sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Prognosezeitraum deutlich verlangsamen wird, bleiben die budgetären Herausforderungen durch verschiedene strukturelle Faktoren (Alterung der Bevölkerung, Ausbau der Kinderbetreuung, Klimawandel, geopolitische Risiken) bestehen. Die Entlastung der öffentlichen Haushalte durch das Auslaufen der im Zuge der Teuerungs- und Energiepreiskrise ergriffenen Unterstützungsmaßnahmen und die bereits

im Doppelbudget 2025/26 beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen wird zwar spürbar sein, doch stehen einer nachhaltigen Verbesserung der Budgets hohe Belastungen durch die demografischen Trends und die steigenden Finanzierungskosten entgegen. Die gesamthaftlichen Finanzierungssalden dürften im Prognosezeitraum daher deutlich negativ bleiben.

Für das Jahr **2025** erwartet das WIFO einen **Finanzierungssaldo von –4,2% des BIP**, der sich 2026 moderat auf –3,9% verbessert. Ohne ein weiteres Gegensteuern durch die Fiskalpolitik wird Österreich die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes auch in den Folgejahren bis 2030 verfehlen, zumal auf Grundlage der bisher beschlossenen Maßnahmen lediglich eine Stabilisierung bei –3¼% des BIP zu erwarten ist (Abbildung 10). Die Staatsschulden werden bis 2030 88,3% der nominellen Wirtschaftsleistung erreichen.

Das gesamthaftliche Defizit liegt im Prognosezeitraum mit durchschnittlich 3¼% des nominellen BIP über den Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Die Staatsschuldenquote dürfte von 81½% (2025) bis 2030 auf 88¼% des BIP steigen.

Übersicht 6: Staat

	Ø 2010/ 2019	Ø 2021/ 2025	Ø 2026/ 2030	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
Veränderung in % p. a.										
Laufende Einnahmen	+ 3,4	+ 6,9	+ 3,1	+ 5,3	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,6	+ 3,6	+ 2,9	+ 2,9
Laufende Ausgaben	+ 2,2	+ 5,3	+ 2,9	+ 9,3	+ 3,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 6,1	+ 3,1	+ 3,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,9
In % des BIP										
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	– 1,5	– 4,1	– 3,8	– 4,7	– 4,2	– 3,9	– 4,0	– 3,8	– 3,7	– 3,7
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	– 1,4	– 3,9	– 3,5	– 4,0	– 3,4	– 3,3	– 3,6	– 3,6	– 3,7	–
WIFO-Methode ³⁾	– 1,5	– 3,9	– 3,4	– 4,0	– 3,3	– 3,2	– 3,6	– 3,4	– 3,4	– 3,4
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ¹⁾	– 1,1	– 3,9	– 3,5	– 4,0	– 3,4	– 3,3	– 3,6	– 3,6	– 3,7	–
WIFO-Methode ³⁾	– 1,2	– 3,9	– 3,4	– 4,0	– 3,3	– 3,2	– 3,6	– 3,4	– 3,4	– 3,4
Staatsschuld	81,1	79,9	85,7	79,9	81,5	83,1	84,5	85,7	87,0	88,3

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom Mai 2025. – ²⁾ Ø 2026/2029. – ³⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom Oktober 2025 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die **Staatsausgabenquote** wird sich nach einem sprunghaften Anstieg von 52,2% (2023) auf 55,2% des BIP (2024) bis 2030 auf einem hohen Niveau von etwa 54¼% der Wirtschaftsleistung einpendeln. Sie bleibt somit dauerhaft über dem Niveau der Staatseinnahmen, die sich stabil bei etwa 51% des BIP bewegen werden.

Auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen werden die Staatsausgaben in den kommenden Jahren durch die dringende fiskalische Konsolidierung bei weiterhin hohem Investitionsbedarf geprägt sein. Letzterer ergibt sich insbesondere durch die Wohnraum- und Bauoffensive, Klimaschutzmaßnahmen, Nachholbedarfe bei der Landesverteidigung sowie das kommunale Investitionspaket. Der prognostizierte Ausgaben-

pfad ab 2026 ist neben den genannten Investitionen auch auf das anhaltend dynamische Wachstum monetärer Sozialleistungen – insbesondere die Ausgaben für Pensionen und Pflege – zurückzuführen, die 2026/2030 trotz nachlassenden Preisauftriebs um durchschnittlich 3,5% pro Jahr bzw. bis 2030 auf 20,4% des BIP steigen werden (2024: 19,6%). Auch die Zinsausgaben, die von 1,5% (2024) bis 2030 auf 2,3% des BIP anwachsen, tragen zu den hohen Defiziten bei. Die gesamten Staatsausgaben steigen 2026/2030 um durchschnittlich 2,9% pro Jahr.

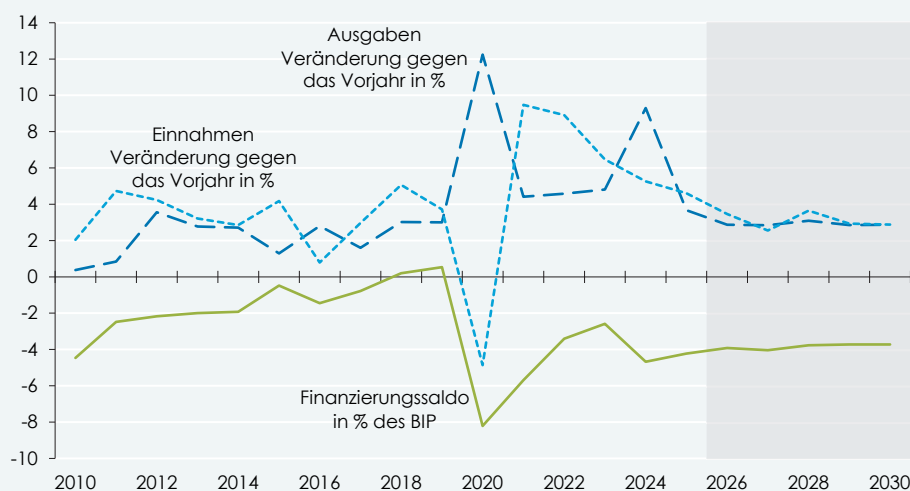
Auf der **Einnahmenseite** zeigen sich die dämpfenden Wirkungen der ab 2023 eingeführten Anpassung der Tarifgrenzen und Absetzbeträge in der Lohn- und Einkommenssteuer an die Inflation ("Ausgleich der kalten

Progression"), abgemildert durch die Aussetzung der Anpassung eines Drittels im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen. Die Einnahmen aus direkten Steuern (Einkommen- und Vermögenssteuern) wachsen 2026/2030 um durchschnittlich 3,5% p. a. und damit weit langsamer als im Zeitraum 2021/2025 (+8,0% p. a.). Das ist auch darauf zurückzuführen, dass die Körperschaftsteuereinnahmen angesichts der verhaltenen Gewinnentwicklung deutlich langsamer zulegen werden als in den vergangenen Jahren. Bei moderateren Lohnabschlüssen verringert sich auch die Einnahmendynamik bei den Sozialabgaben, die 2026/2030 nur mehr um 3,0% p. a. wachsen werden. Die Prognose der indirekten Steuern (Produktions- und Importabgaben) fällt mit +3,0% p. a. (2026/2030) ebenfalls verhalten aus. Hierbei fällt insbesondere der einmalige Einnahmenschwund aus den CO₂-Abgaben im Jahr 2027 ins Gewicht, welcher durch die Überführung in den EU-weiten Emissionshandel entsteht. Alles in allem werden die Staatseinnahmen über den Prog-

nosezeitraum 2026 bis 2030 um 3,1% p. a. wachsen.

Die prognostizierte budgetäre Dynamik stellt eine erhebliche Herausforderung dar, zumal die bisher beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen zwar zu einer Stabilisierung des Defizitpfades führen werden, aber noch nicht ausreichen, um die Vorgaben des EU-Defizitverfahrens einzuhalten. Der Konsolidierungsdruck betrifft allerdings nicht nur den Bund, sondern trotz ihrer derzeit noch vergleichsweise günstigen Verschuldungssituation auch die Bundesländer und Gemeinden, die mittelfristig mit erheblichen strukturellen Herausforderungen (hohe Ausgaben für Gesundheit, Pflege, Klimaschutz, Elementarbildung) konfrontiert sein werden. Die Sanierung der Budgets ist somit eine gesamtstaatliche Aufgabe, für deren nachhaltigen Erfolg das strategische Zusammenwirken aller gebietskörperschaftlichen Ebenen erforderlich ist.

Abbildung 10: **Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates**
Laut Maastricht-Definition



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

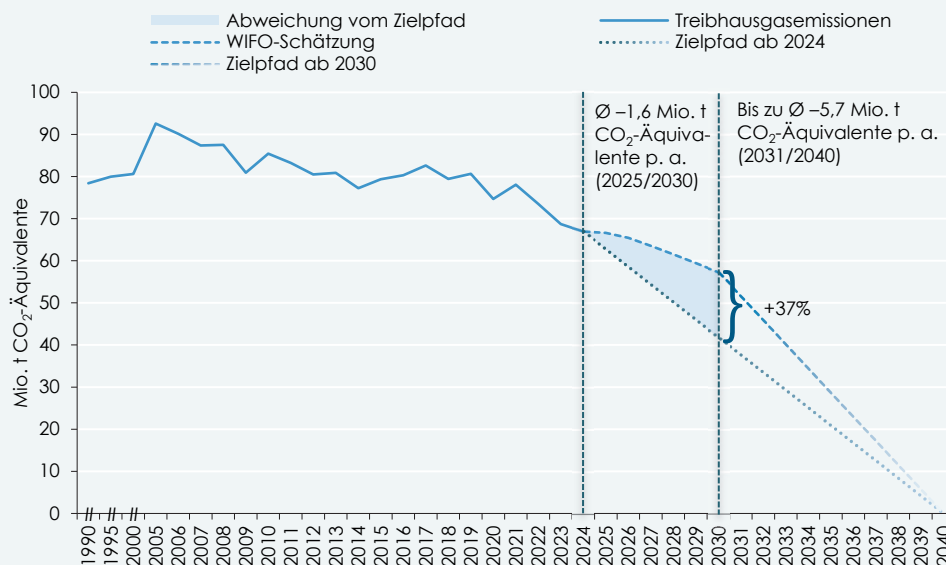
2.6 Treibhausgasausstoß

Für die Abschätzung der mittelfristigen Entwicklung der Treibhausgasemissionen wird das am WIFO entwickelte Modell ALICE (Sommer et al., 2021) verwendet, welches seit 2022 auch für die kurzfristige Prognostik eingesetzt wird.

2025 dürften die **Treibhausgasemissionen** im Vorjahresvergleich nur geringfügig sinken. Emissionserhöhend wirkten die kühleren Wit-

terung zu Jahresbeginn, ein erhöhter Verbrauch fossiler Energieträger in der Raumwärme- und Stromerzeugung, ungünstige Bedingungen für die Produktion von Strom aus Wind- und Wasserkraft sowie eine – im Vorjahresvergleich – stabilere Entwicklung der Stahlerzeugung, die den Kohleeinsatz erhöhte. Auch der Absatz von Benzin liegt bisher leicht über dem Vorjahresniveau. Demgegenüber dürften der Dieselsabsatz deutlich und die Prozessemissionen in der Zementherstellung leicht gesunken sein.

Abbildung 11: Entwicklung der Treibhausgasemissionen bis 2030 und Zielpfad bis 2040



Q: Umweltbundesamt (bis 2024), WIFO-Prognose (2025 bis 2030). Angedeuteter Pfad zur Klimaneutralität laut Regierungsprogramm.

Für die Jahre ab 2026 unterstellt das WIFO eine durchschnittliche Energiegewinnung aus Wind- und Wasserkraft, einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Strom- und Fernwärmeerzeugung und eine rückläufige Verstromung von Erdgas. Daneben dürfte der Anteil elektrisch betriebener Kfz und der Absatz nicht-fossiler Kraftstoffe zunehmen. Zusätzlich dämpfen eine höhere Energieeffizienz und die schwache Konjunktur die Gesamtemissionen. Der schrittweise Umstieg auf eine grüne Stahlproduktion mit Elektrolichtbogenöfen dürfte ab 2027 den Rückgang der Emissionen beschleunigen⁶⁾.

Insgesamt wird der Treibhausgasausstoß im Prognosezeitraum merklich um bis zu 3,6%

3. Prognoserisiken

Große Abwärtsrisiken bergen weiterhin der **Ukraine-Krieg** und der **Nahost-Konflikt**. So könnte eine weitere Verschärfung des Konfliktes mit dem Iran den gesamten Nahen Osten destabilisieren. Dies hätte über Lieferengpässe, höhere Transportkosten und eine deutliche Verteuerung von Rohöl negative Folgen für die Weltwirtschaft. Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. verstärkte Fluchtbewegungen, höhere Erdgaspreise und eine Ausweitung der EU-Sanktionen gegen Russland zur Folge haben.

Eine Ausweitung protektionistischer Maßnahmen in den bilateralen **Handelskonflikten** zwischen den USA, China und der EU hätte

p. a. abnehmen. Um die von der Bundesregierung angestrebte Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, müsste sich der Rückgang allerdings noch deutlich beschleunigen. Ausgehend vom berechneten Niveau 2030 (57 Mio. t CO₂-Äquivalente) müssten die Emissionen in den Folgejahren um knapp 6 Mio. t pro Jahr sinken. Das entspräche einer durchschnittlichen Reduktion um 13% bis 2035 (Abbildung 11). Um dem Zielpfad näher zu kommen, müssten bis zum Ende des Prognosehorizontes 2030 in zumindest vier Bereichen (Mobilität, Raum- und Prozesswärme, Landwirtschaft) stärkere Fortschritte erzielt werden als erwartet.

wegen der Verzahnung der Wertschöpfungsketten ebenfalls negative Folgen für die gesamte Weltwirtschaft.

China ringt weiterhin mit einer hohen Überschuldung von Unternehmen der Immobilienbranche und der Bauwirtschaft⁷⁾. Dies birgt nicht nur Risiken für die chinesische Konjunktur, sondern durch internationale Verflechtungen auch für die globalen Finanzmärkte.

Eine **Okkupation Taiwans durch China** hätte neben geostrategischen und sicherheitspolitischen auch drastische wirtschaftliche Folgen, vor allem für die Industrieländer (z. B.

Der Ukraine-Krieg, die Lage in Nahost und Handelskonflikte im Zusammenhang mit der Zollpolitik der USA bergen weiterhin bedeutende Abwärtsrisiken.

⁶⁾ Ein relevanter Unsicherheitsfaktor ist die Entwicklung der CO₂-Zertifikats- und der Energiepreise. Sie können merklichen Einfluss auf die Emissionsentwicklung haben.

⁷⁾ Zusammen machen diese beiden Sektoren etwa ein Viertel des chinesischen BIP aus.

hinsichtlich der Verfügbarkeit von Highend-Computerchips).

Ein **Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken** würde dazu führen, dass sich die **österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln** als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und die Einkommensentwicklung würden in diesem Fall ebenso gedämpft wie das Abgabenaufkommen, während die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen würden als angenommen.

Als Aufwärtsrisiko könnte eine verstärkte Konsumnachfrage im Euro-Raum und in Öster-

reich – getragen von einem deutlicheren Rückgang der Sparquote – das Wirtschaftswachstum beschleunigen.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme unterstellte das WIFO in der vorliegenden Prognose keine zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen, um die Neuverschuldung auf bzw. nachhaltig unter das 3%-Ziel zu senken. Abhängig von den getroffenen Maßnahmen hätte dies auch Rückwirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung; das BIP-Wachstum würde dadurch tendenziell niedriger ausfallen als in dieser Prognose dargestellt.

4. Literaturhinweise

- Baumgartner, J. (2025). WIFO-Inflationsprognose 2025/26 vom Oktober 2025. *WIFO Research Brief*, (12). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63049664>.
- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., & Bilek-Steindl, S. (2023). Hohe Unsicherheit prägt Einschätzungen privater Haushalte. Ergebnisse einer Befragung zu den Themen "Teuerung", "Heizen", "Kreditfinanzierung" und "Sparen". *WIFO-Monatsberichte*, 96(1), 45-62. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/29858508>.
- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86), (5).
- Baumgartner, J., & Kaniowski, S. (2025). Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 98(4), 179-190. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58155801>.
- Bittschi, B. (2023). Lohnführerschaft in Österreich: Relikt der Vergangenheit oder sozialpartnerschaftlicher Dauerbrenner?. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 49(29, S. 79-101). <https://journals.akkwien.at/index.php/wug/article/view/187/182>.
- Bittschi, B., & Meyer, B. (2025). Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 551-566. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63892340>.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2025). European Economic Forecast. Spring 2025. *European Economy, Institutional Papers*, (318).
- Felbermayr, G. (2024). Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität. *WIFO-Monatsberichte*, 97(9), 519-530. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54820544>.
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Kogler, M., Mahringer, H., Piribauer, P., Sommer, M., & Weingärtner, S. (2024). *Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Österreich und die Bundesländer. Berufliche und sektorale Veränderungen 2023 bis 2030*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55858191>.
- Horvath, T., Hyll, W., Mahringer, H., Lutz, H., & Spielauer, M. (2022). *Ältere am Arbeitsmarkt: Eine Vorausschau bis 2040 als Grundlage für wirtschaftspolitische Maßnahmen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/19098022>.
- Lui, Z. Z. (2024). China's Real Economic Crisis, Why Beijing Won't Give Up on a Failing Model. *Foreign Affairs*, 103(5). <https://www.foreignaffairs.com/china/chinas-real-economic-crisis-zongyuan-liu>.
- Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2025). Gemeinschaftsdiagnose #2-2025 – Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62904743>.
- Schiman-Vukan, S., & Ederer, S. (2025). Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Monatsberichte*, 98(10), 515-531. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/63892037>.
- Sommer, M., Sinabell, F., & Streicher, G. (2021). Ein Ausblick auf die Treibhausgasemissionen in Österreich 2021 und 2022. *WIFO Working Paper*, (628). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4497366>.
- Statistik Austria (2025a). Bruttoinlandsprodukt 2024 um 0,7% gesunken. Pressemitteilung: 14 005-198/25. <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/09/20250930BIP2024.pdf>.
- Statistik Austria (2025b). Detailtabellen zu geleisteter Arbeitszeit, Arbeitsvolumen, Überstunden – Zeitreihen, Arbeitskräfteerhebung 2024. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/264/13_Arbeitszeit_Arbeitsvolumen_Zeit_reihen_bis2024.ods.

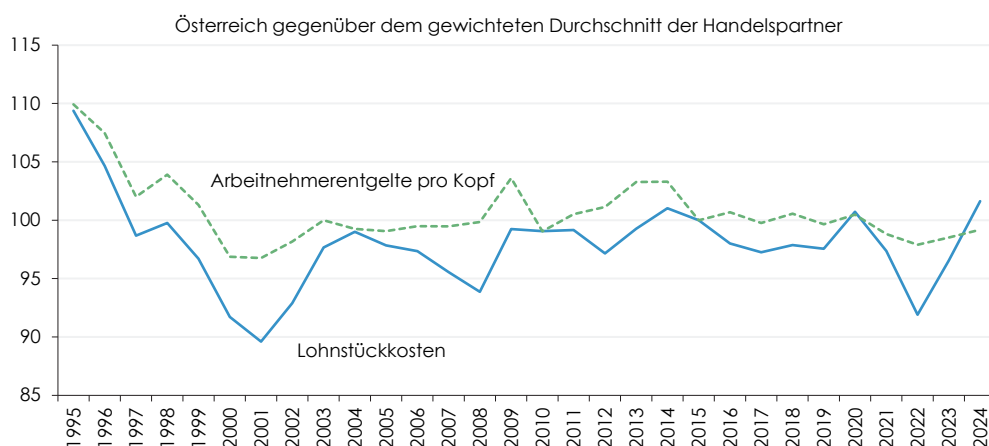
Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

- Der Beitrag untersucht die Entwicklung der lohnbezogenen Wettbewerbsfähigkeit anhand der Lohnstückkostenentwicklung in Österreich im Vergleich zu den wichtigsten Handelspartnern.
- Die relative Lohnstückkostenentwicklung ist ein zusammenfassendes Maß von Veränderungen der Arbeitskosten, der Produktivität und des Wechselkurses.
- Österreichs nominell-effektiver Wechselkurs mit den wichtigsten Handelspartnern stieg im Jahr 2024 um 0,2%.
- Die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung erhöhten sich 2024 abermals kräftig um 11,8%. Die relativen Lohnstückkosten verschlechterten sich damit sowohl gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+5,3 Prozentpunkte) als auch gegenüber den EU-Handelspartnern (+4,3 Prozentpunkte).
- In den letzten fünf Jahren wuchsen die Lohnstückkosten in der heimischen Warenherstellung um 0,8 Prozentpunkte p. a. schneller als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 1,5 bzw. 1,7 Prozentpunkte schneller als in Deutschland bzw. in Westeuropa.

Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren

In €, 2015 = 100



"Im Vergleich zu seinen Handelspartnern verzeichnete Österreich in den vergangenen zwei Jahren eine deutlich ungünstigere Entwicklung der Lohnstückkosten."

Relativ zu den Handelspartnern stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung 2024 erneut deutlich an (Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Handelspartner: EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan).

Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen

Benjamin Bittschi, Birgit Meyer

Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen

Im Jahr 2024 stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren um 11,8% gegenüber dem Vorjahr. Dies impliziert eine deutliche Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten, sowohl gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner (+5,3 Prozentpunkte) als auch gegenüber den EU-Handelspartnern (+4,3 Prozentpunkte). Auch verglichen mit dem wichtigsten Handelspartner Deutschland verschlechterten sich die relativen Lohnstückkosten (+3,2 Prozentpunkte). Beeinflusst wird die Entwicklung gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner vor allem durch eine schwächere Produktivitätsentwicklung in Kombination mit einer ungünstigen Entwicklung der Wechselkurse. Gegenüber Deutschland und den westeuropäischen Ländern resultiert die Verschlechterung hingegen vorrangig aus der dynamischeren Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte. In den letzten fünf Jahren wuchsen die Lohnstückkosten in der heimischen Warenherstellung um 0,8 Prozentpunkte p. a. schneller als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 1,5 bzw. 1,7 Prozentpunkte rascher als in Deutschland bzw. in Westeuropa. Aufgrund der staatlichen Hilfsmaßnahmen im Zuge der COVID-19-Pandemie bzw. zur Abfederung der hohen Inflation sind die Ergebnisse für die letzten fünf Jahre weiterhin mit Vorsicht zu interpretieren.

Marked Increase in Relative Unit Labour Costs in 2024

In 2024, unit labour costs in Austrian manufacturing rose by 11.8 percent year on year. This implies a marked deterioration in relative unit labour costs, both versus the trade-weighted average of all trading partners (+5.3 percentage points) and versus EU trading partners (+4.3 percentage points). Compared with Germany, Austria's most important trading partner, relative unit labour costs also worsened (+3.2 percentage points). The development relative to the trade-weighted partner average is driven mainly by weaker productivity performance combined with unfavourable exchange rate movements. Relative to Germany and Western Europe, the deterioration stems primarily from more dynamic growth in compensation of employees. Over the past five years, unit labour costs in domestic manufacturing grew by 0.8 percentage points per year faster than the average of all trading partners, and by 1.5 and 1.7 percentage points faster than in Germany and Western Europe, respectively. Owing to government support measures during the COVID-19 pandemic and to cushion high inflation, results for the past five years should still be interpreted with caution.

JEL-Codes: F16, F31, J3, L6 • **Keywords:** Lohnstückkosten, preisliche Wettbewerbsfähigkeit, Warenherstellung

Begutachtung: Werner Hölzl • **Wissenschaftliche Assistenz:** Doris Steininger (doris.steininge@wifo.ac.at), Stefan Weingärtner (stefan.weingaertner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 21. 10. 2025

Kontakt: Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Birgit Meyer (birgit.meyer@wifo.ac.at)

1. Die relativen Lohnstückkosten bilden die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Österreichs im Warenhandel ab

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften spielt das Zusammenspiel von Produktionskosten, Produktivität und Wechselkursen eine wichtige Rolle. Die Entwicklung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Waren kann anhand der Veränderung der relativen Lohnstückkosten über die Zeit abgebildet werden. Bei den relativen Lohnstückkosten handelt es sich um einen Index, in welchem Veränderungen der Arbeitskosten, der Produktivität und des Wechselkurses in einem Indikator zusammengefasst und mit den um Wechselkursveränderungen bereinigten Lohnstückkosten (d. h. den Arbeitskosten je produzierte Einheit) der wichtigsten Handelspartner verglichen werden.

Die Lohnstückkosten sind jedoch nur ein partielles Maß der internationalen Wettbewerbs-

fähigkeit eines Sektors oder gar einer gesamten Volkswirtschaft, da sie nur die preisliche bzw., genauer genommen, die lohnbezogene Dimension der Wettbewerbsfähigkeit abbilden. Wie einige ökonometrische Untersuchungen (z. B. Carlin et al., 2001; Köhler-Töglhofer et al., 2017) zeigen, trägt die Veränderung der relativen Lohnstückkosten mittelfristig erheblich zur Erklärung von Handelsströmen und Verschiebungen der Marktanteile zwischen Handelspartnern bei. Andere Untersuchungen betonen allerdings die Bedeutung weiterer Faktoren, z. B. der Technologie und der Organisationsstrukturen, für die Entwicklung der Exporte und Marktanteile, während sie Veränderungen der Lohnstückkosten nur eine begrenzte Erklärungskraft zuschreiben (Dosi et al., 2015).

Beim vorliegenden Beitrag handelt es sich um das jährlich erscheinende Update der Analyse der Lohnstückkostenentwicklung. Untersucht wird der Zeitraum von 1995 bis einschließlich 2024. Damit werden sowohl die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie als auch jene der Energie- und Inflationskrise auf die Entwicklung der Lohnstückkosten in Österreich relativ zu den wichtigsten Handelspartnern erfasst. Die Ergebnisse für die Krisenjahre 2020 bis 2023 sind allerdings sowohl im Zeitvergleich als auch im Vergleich mit den wichtigsten Partnerländern mit Vorsicht zu interpretieren, da sie durch länderspezifische Unterschiede in der Ausgestaltung, Umsetzung und zeitlichen Verbuchung staatlicher Krisenmaßnahmen verzerrt sein können.

Die Auswahl der Vergleichsländer ist durch die Verfügbarkeit von längeren Zeitreihen zu den Lohnstückkosten bzw. ihren einzelnen Komponenten eingeschränkt. Der Vergleich beschränkt sich deshalb auf die EU-Mit-

gliedsländer (mit Ausnahme Maltas) sowie Norwegen, die USA, das Vereinigte Königreich, Japan und Kanada. Diese 30 Länder decken rund zwei Drittel der österreichischen Importe und Exporte ab. China wird gesondert betrachtet.

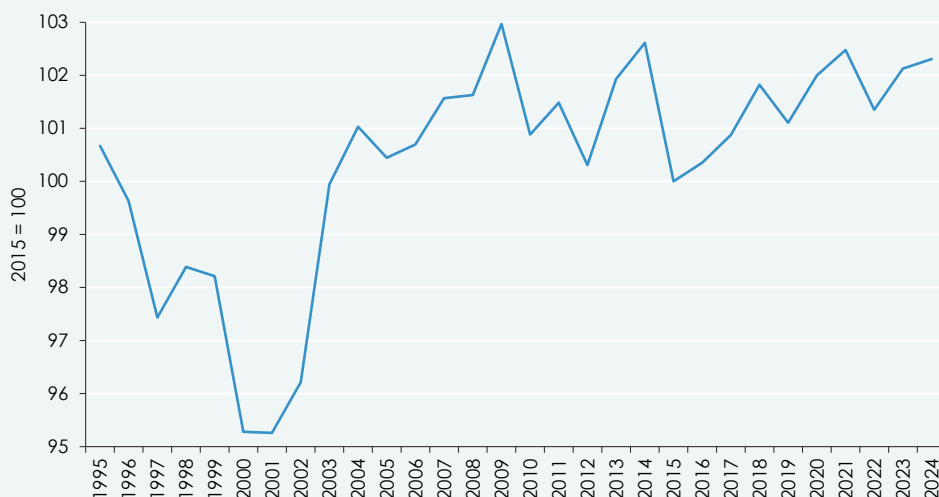
Mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für das Jahr 2024, die Ende September 2025 veröffentlicht wurde, wurden auch die Daten für die Jahre 2021 bis 2023 revidiert. Zudem wurde die Berechnung der Gewichte für die relativen Lohnstückkosten aktualisiert, um die Handelsverflechtungen möglichst zutreffend und aktuell abzubilden. Die Revision und die Anpassung der Gewichtsberechnung hatten eine Korrektur einzelner Werte zur Folge, die Tendenz der Lohnstückkostenentwicklung blieb jedoch unverändert. Gegenüber der Analyse des Vorjahres (Bittschi & Meyer, 2024) zeigen die revidierten Daten eine ungünstigere Entwicklung der relativen Lohnstückkosten in der österreichischen Industrie im Jahr 2023.

2. Der nominell-effektive Wechselkurs stieg 2024 um 0,2%

Ausgangspunkt für die Betrachtung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und somit der relativen Lohnstückkostenposition ist der nominell-effektive Wechselkurs. Dieser vergleicht den Wert der nationalen Währung mit einem Währungskorb, der anhand eines Gewichtungsschemas die Bedeutung der einzelnen Handelspartner widerspiegelt¹⁾. Durch das Deflationieren des nominell-effektiven Wechselkurses mit den Lohnstück-

kosten kann die Lohnstückkostenposition der inländischen Sachgütererzeugung bestimmt werden. Die Lohnstückkostenposition bildet somit den realen Außenwert der nationalen Währung im internationalen Wettbewerb ab und entspricht einem real-effektiven Wechselkurs dieser Währung (siehe Kasten "Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich").

Abbildung 1: Entwicklung des nominell-effektiven Wechselkursindex für Industriewaren



Q: WIFO-Berechnungen. Gewichteter Durchschnitt der Ländergruppe laut Lohnstückkostenberechnung.

¹⁾ Da im verwendeten Gewichtungsschema des Währungskorbes etwas mehr als 70% auf Euro-Länder entfallen, spielen Wechselkursveränderungen in der

Berechnung des nominell-effektiven Wechselkurses nur eine untergeordnete Rolle für die österreichische Exportwirtschaft.

Berechnungsmethode und Datenbasis für den Lohnstückkostenvergleich

Die Lohnstückkosten in Landeswährung (*LSK*) einer Branche, eines Sektors oder der Gesamtwirtschaft sind definiert als das Verhältnis der nominellen Lohnsumme (*LS*), gemessen anhand der Arbeitnehmerentgelte, zur realen Bruttowertschöpfung (*BWS*):

$$LSK = \frac{LS}{BWS}.$$

Dividiert man sowohl Lohnsumme als auch Bruttowertschöpfung durch ein Maß des Arbeitseinsatzes, so ergeben sich die beiden Komponenten der Lohnstückkosten: Arbeitskosten je Arbeitseinheit und Arbeitsproduktivität.

Eine Veränderung des Anteils der Selbständigen an den Erwerbstätigen kann durch die Darstellung der Lohnstückkosten als Quotient von Arbeitskosten je unselbständige Arbeitskraft (*AN*) und Bruttowertschöpfung gemessen an den Erwerbstätigen (*EW*) berücksichtigt werden:

$$LSK = \frac{\frac{LS}{AN}}{\frac{BWS}{EW}}.$$

Das WIFO berechnet die Lohnstückkosten anhand dieser Formeln und mit Daten, die nach dem Erhebungskonzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelt werden. Zur Ermittlung der Lohnstückkosten in der österreichischen Herstellung von Waren wird anstelle des Personenkonzeptes (Beschäftigte und Erwerbstätige) die Zahl der Beschäftigungs- bzw. Erwerbstätigenverhältnisse verwendet.

Für internationale Vergleiche müssen die Lohnstückkosten in einer gemeinsamen Währung ausgedrückt werden, weil Wechselkursverschiebungen die Kostenposition eines Landes ebenso verändern können wie die Lohnstückkostenentwicklung. Die **relative Lohnstückkostenposition** eines Landes ergibt sich somit als Quotient der Lohnstückkosten beider Handelspartner, gemessen in einheitlicher Währung. Für einen Vergleich mit mehreren Ländern muss ein Gewichtungsschema herangezogen werden, da die einzelnen Märkte im Außenhandel meist unterschiedliche Bedeutung haben. Unabhängig vom methodischen Ansatz basiert ein solches Gewichtungsschema auf Daten der Außenhandelsstatistik und bildet somit die Außenhandelsverflechtung einer Volkswirtschaft ab.

Das WIFO stützt sich auf eine harmonisierte Methode, die auch die Zentralbanken des Euro-Raumes zur Messung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nutzen. Das Gewichtungsschema besteht aus einfachen (bilateralen) Importgewichten und doppelten (multilateralen) Exportgewichten für Industriewaren (SITC 5 bis 8; zur Methode siehe im Detail Turner & Van 't dack, 1993). Durch die doppelte Exportgewichtung wird neben dem Wettbewerb mit den Handelspartnern auf den jeweils heimischen Märkten auch jener auf allen anderen Exportmärkten berücksichtigt. Die doppelten Exportgewichte werden seit 2022 basierend auf den "Trade in Value Added"-Informationen der OECD für jedes Jahr separat ermittelt und angewandt. Für die Jahre 2023 bis 2024 wurde aufgrund fehlender Daten der Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2022 fortgeschrieben. Die Umstellung des Gewichtungsschemas auf jährliche, variable Gewichte erlaubt es, Marktanteilsverschiebungen sowie Veränderungen des Wettbewerbs mit Drittländern auf ausländischen Märkten zu berücksichtigen. Die Neuberechnung der Gewichte gewährleistet somit eine möglichst korrekte und aktuelle Abbildung der länderspezifischen Handelsverflechtungen.

Die internationalen Daten zu Arbeitnehmerentgelte, Produktivität und Lohnstückkosten der Herstellung von Waren und der Gesamtwirtschaft entstammen vorwiegend der Eurostat-Datenbank. Nur wenn diese keine aktuellen Werte enthielt, wurde auf Zahlen aus der AMECO-Datenbank und auf nationale Statistiken der jeweiligen Länder zurückgegriffen (das betrifft die USA, Kanada, Japan und das Vereinigte Königreich).

Zur Länderauswahl

Das Aggregat "EU-Handelspartner" umfasst alle EU-Handelspartner Österreichs ohne Malta, das Aggregat "alle Handelspartner" zusätzlich das Vereinigte Königreich, Norwegen, die USA, Kanada und Japan. Um den heterogenen Dynamiken innerhalb der EU Rechnung zu tragen, wurden mit den "EU-Mitgliedsländern vor 2004" und den "neuen EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004)" zwei weitere Ländergruppen unterschieden. Malta und das Vereinigte Königreich sind auch darin nicht enthalten.

Trotz einer leichten Aufwertung im Jahr 2024 blieb der nominell-effektive Wechselkurs in der jüngeren Vergangenheit weitgehend stabil.

Im Jahr 2024 setzte sich aus österreichischer Sicht, die im Vorjahr beobachtete, leichte Aufwertung des nominell-effektiven Wechselkurses für Industriewaren fort (+0,2%)²⁾. Sie war das Ergebnis einer Kombination aus Auf- und Abwertungen des Euro gegenüber den Landeswährungen der unterschiedlichen Handelspartner (Abbildung 1). So wertete der Euro gegenüber dem Japanischen Yen (+7,82%), dem Kanadischen Dollar (+1,53%), der Norwegischen Krone (+1,77%), dem Rumänischen Lei (+0,56%), der Dänischen Krone (+0,11%), dem Ungarischen Forint (+3,58%) und dem Dollar (+0,04%) auf, was

die österreichischen Exporte in diese Länder verteuerte. Diesen Aufwärtstendenzen standen Abwertungsbewegungen gegenüber dem Polnischen Zloty (-5,20%), dem Britischen Pfund (-2,68%) und der Schwedischen Krone (-0,37%) gegenüber.

Langfristig ist der nominell-effektive Wechselkursindex seit 2004 weitgehend stabil und schwankt nur geringfügig³⁾. Seit 2015 ist eine leichte Aufwärtstendenz erkennbar (2024 +2,3% gegenüber 2015), die 2019 und 2022 etwas gebremst wurde.

²⁾ Ein Rückgang des nominell-effektiven Wechselkurses entspricht einer Abwertung der Referenzwährung (Euro bzw. vor 1999 Schilling), ein Anstieg einer Aufwertung.

³⁾ Die Schwankungsbreite wäre größer, wenn mehr Nicht-Euro-Länder in die Betrachtung einbezogen werden könnten, als das hier aufgrund der Datenverfügbarkeit möglich ist.

3. Inflation und Rezession dämpften die dynamische Entwicklung von Arbeitskosten und Produktivität in Österreich

Die Entwicklung der Arbeitskosten in der Herstellung von Waren wird auf Basis der Arbeitnehmerentgelte je unselbständige Arbeitskraft in Landeswährung beurteilt (Übersicht 1). Diese Kennzahl aus der VGR erfasst die Lohn- und Gehaltssumme einschließlich Sozialabgaben der Arbeitgeber pro Kopf. Durch die COVID-19-Hilfen und Stützungsmaßnahmen im Rahmen der Energiekrise verschob sich die Finanzierung der Arbeitnehmerentgelte ab 2020 teilweise von den Unternehmen hin zur öffentlichen Hand. Da diese Umstände in der VGR nicht immer abgebildet werden, geben die Daten zu den Arbeitskosten für die Jahre ab 2020 nur eingeschränkt Aufschluss über den tatsächlichen Aufwand der Unternehmen. Sie sind daher als Determinante der preislichen Wettbewerbsfähigkeit mit Vorsicht zu interpretieren. Dies gilt – wie bereits in den Vorjahren – in ähnlicher Weise auch für die Vergleichsländer. Zudem wurden in den Vergleichsländern unterschiedliche Stützungsmaßnahmen ergriffen, was den Vergleich der Arbeitskosten sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb einzelner Länder über die Zeit erschwert.

Nominell stiegen die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf in der österreichischen Warenherstellung 2024 um 6,4% im Vergleich zum Vorjahr. Damit legten die Arbeitskosten in Österreich schwächer zu als 2023 (+6,8%). Aufgrund einer Revision der VGR-Daten ist das in Übersicht 1 ausgewiesene Wachstum der Arbeitskosten pro Kopf für 2023 etwas höher als im Vorjahresbeitrag errechnet (+6,5% laut Bittschi & Meyer, 2024). Im Jahr 2024 stiegen die Arbeitskosten pro Kopf bei den wichtigsten Handelspartnern etwas schwächer als in Österreich. Im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner betrug der Anstieg der Arbeitskosten je Beschäftigten in der Herstellung von Waren 5,9% (EU-Handelspartner +6,1%). In Deutschland legten die Arbeitskosten um 1,5 Prozentpunkte schwächer zu als in Österreich.

Längerfristig entwickelten sich die Arbeitskosten pro Kopf in Österreich etwas weniger dynamisch als im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. In den vergangenen zehn Jahren stiegen sie in Österreich um 3,3% p. a., im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner um 3,7% p. a. und im gewichteten Durchschnitt der EU-Handelspartner um 4,0% pro Jahr. Diese Gegenüberstellung (Übersicht 1) beruht auf Zahlen in Landeswährung und berücksichtigt noch keine Wechselkursschwankungen.

In einheitlicher Währung, also unter Berücksichtigung von Wechselkursschwankungen, verteuerte sich die Arbeitsleistung in Österreich relativ zu den Vergleichsländern vor allem im Krisenjahr 2009 und dann erneut zwischen 2011 und 2014 (Abbildung 2). Ab 2015 gingen die relativen Arbeitskosten in Österreich wieder zurück und schwankten in den folgenden Jahren nur geringfügig. In den Krisenjahren ab 2020 (COVID-19-Pandemie, Inflationskrise) waren die Arbeitskosten in Österreich relativ zum gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner ebenfalls rückläufig. Seit 2022 steigen die Arbeitnehmerentgelte allerdings wieder an, insbesondere im Vergleich zu den "alten" EU-Mitgliedsländern.

Der gewichtete Durchschnitt aller Handelspartner ergibt sich aus teils sehr unterschiedlichen Arbeitskostenverläufen in den einzelnen Ländern bzw. Ländergruppen. So stiegen z. B. infolge der Abwertung des Euro gegenüber dem Polnischen Zloty und dem Britischen Pfund die Arbeitskosten in Euro in Polen (+13,2%) und im Vereinigten Königreich (+9,3%) deutlich stärker als in Österreich, während die Aufwertung des Euro gegenüber dem Japanischen Yen oder dem Kanadischen Dollar in Japan (–4,7%) bzw. Kanada (+1,9%) die Arbeitskostendynamik bremste.

2024 wuchsen die Arbeitskosten pro Kopf in der österreichischen Warenherstellung in nationaler Währung um 0,5 Prozentpunkte schneller als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Unter Berücksichtigung der Wechselkursdynamiken war der Abstand noch etwas größer (+0,7 Prozentpunkte).

Als wichtigster Handelspartner spielt Deutschland für den internationalen Vergleich der Arbeitskosten pro Kopf eine besondere Rolle. In den 2000er-Jahren und bis zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2009 stiegen die Arbeitskosten pro Kopf in der deutschen Warenherstellung sehr mäßig und weit langsamer als in Österreich (Abbildung 2). Dieses Muster änderte sich nach Ausbruch der Krise 2009. Zwischen 2010 und 2019 war keine eindeutige Verschiebung der Kostenrelation zwischen den beiden Ländern festzustellen. Seit 2019 ist jedoch in Österreich, beschleunigt durch die COVID-19-Krise, die Energie- und Inflationskrise, eine kräftigere Zunahme der Arbeitnehmerentgelte pro Kopf als in Deutschland bei gleichzeitig stärkerer Arbeitskostendynamik beobachtbar. Dies deutet auf einen Kostennachteil Österreichs hin.

Übersicht 1: Entwicklung der Arbeitskosten pro Kopf (Beschäftigte) in der Herstellung von Waren

In Landeswährung

	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	Ø 2014/ 2024	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 2,3	+ 4,3	+ 3,3	+ 5,3	+ 6,8	+ 6,4
Belgien	+ 1,6	+ 3,8	+ 2,7	+ 5,9	+ 7,7	+ 3,0
Dänemark	+ 1,9	+ 3,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 4,8	+ 5,7
Deutschland	+ 2,6	+ 3,2	+ 2,9	+ 3,7	+ 6,3	+ 4,8
Irland	+ 4,4	+ 4,0	+ 4,2	+ 5,6	+ 9,0	+ 6,3
Griechenland	+ 0,0	+ 2,2	+ 1,1	+ 3,7	+ 2,2	+ 6,6
Spanien	+ 0,3	+ 3,8	+ 2,1	+ 3,9	+ 4,4	+ 3,6
Frankreich	+ 1,0	+ 2,5	+ 1,7	+ 3,7	+ 5,0	+ 3,7
Italien	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,8	+ 3,5
Luxemburg	+ 2,1	+ 3,4	+ 2,8	+ 3,2	+ 6,7	+ 3,1
Niederlande	+ 1,6	+ 4,2	+ 2,9	+ 3,0	+ 5,5	+ 6,0
Portugal	+ 3,1	+ 6,6	+ 4,8	+ 7,4	+ 10,4	+ 7,9
Finnland	+ 0,9	+ 3,0	+ 2,0	+ 3,4	+ 4,9	+ 1,0
Schweden	+ 2,7	+ 3,0	+ 2,8	- 1,7	+ 4,7	+ 4,2
Bulgarien	+ 9,2	+ 13,7	+ 11,4	+ 12,9	+ 16,5	+ 23,7
Tschechien	+ 6,2	+ 6,3	+ 6,3	+ 8,1	+ 8,3	+ 7,5
Estland	+ 5,1	+ 7,9	+ 6,5	+ 5,6	+ 8,2	+ 13,3
Kroatien	+ 1,3	+ 9,0	+ 5,1	+ 13,7	+ 16,3	+ 12,8
Zypern	+ 2,7	+ 3,6	+ 3,1	+ 5,9	+ 2,9	+ 6,2
Lettland	+ 9,1	+ 9,4	+ 9,3	+ 14,4	+ 14,5	+ 7,9
Litauen	+ 7,8	+ 7,9	+ 7,9	+ 15,7	+ 4,6	+ 8,6
Ungarn	+ 6,8	+ 11,0	+ 8,9	+ 11,9	+ 17,7	+ 11,6
Polen	+ 5,3	+ 9,6	+ 7,4	+ 11,2	+ 12,8	+ 7,3
Rumänien	+ 10,6	+ 10,9	+ 10,8	+ 13,2	+ 18,7	+ 13,1
Slowenien	+ 3,3	+ 6,8	+ 5,0	+ 7,1	+ 9,2	+ 7,4
Slowakei	+ 5,6	+ 6,6	+ 6,1	+ 6,7	+ 9,5	+ 8,3
Vereinigtes Königreich	+ 1,8	+ 4,4	+ 3,1	+ 2,7	+ 7,9	+ 6,4
Norwegen	+ 2,3	+ 4,2	+ 3,2	+ 3,9	+ 6,9	+ 5,1
USA	+ 2,0	+ 3,9	+ 2,9	+ 2,9	+ 3,4	+ 4,9
Japan	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,8
Kanada	+ 1,3	+ 4,6	+ 2,9	+ 5,5	+ 6,5	+ 3,5
Alle Handelspartner ^{1) 5)}	+ 2,8	+ 4,7	+ 3,7	+ 5,2	+ 6,9	+ 5,9
EU-Handelspartner ^{2) 5)}	+ 3,0	+ 4,9	+ 4,0	+ 5,8	+ 7,5	+ 6,1
EU-Mitgliedsländer vor 2004 ^{3) 5)}	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,6	+ 3,6	+ 5,5	+ 4,4
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) ^{4) 5)}	+ 6,3	+ 9,2	+ 7,7	+ 10,9	+ 13,2	+ 10,0
	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.			Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich im Verhältnis zu . . .						
Allen Handelspartnern ^{1) 5)}	- 0,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,1	+ 0,5
EU-Handelspartnern ^{2) 5)}	- 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,7	+ 0,2
EU-Mitgliedsländern vor 2004 ^{3) 5)}	+ 0,3	+ 1,0	+ 0,6	+ 1,7	+ 1,2	+ 1,9
"Neuen" EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004) ^{4) 5)}	- 3,7	- 4,5	- 4,1	- 5,0	- 5,7	- 3,3
Deutschland	- 0,2	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,5

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Japan: aufgrund fehlender Daten wurde für 2024 die Veränderungsrate der Gesamtwirtschaft angeführt. – ¹⁾ EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – ²⁾ Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – ³⁾ Ohne Vereinigtes Königreich. – ⁴⁾ Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. – ⁵⁾ Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren.

Ähnliches ergibt sich auch bei Betrachtung des gewichteten Durchschnitts der Handelspartner, die bereits vor 2004 der EU angehörten. Im Jahr 2024 stiegen die Arbeitskosten pro Kopf im gewichteten Durchschnitt dieser 13 Länder um 4,4%. Die Arbeitskostendynamik war in diesen Ländern somit um 1,9 Prozentpunkte geringer als in Österreich. Auch über die letzten zehn Jahre (2014/2024) legten die Arbeitskosten pro Kopf in Österreich um durchschnittlich 0,6 Prozentpunkte pro Jahr rascher zu als in vergleichbaren westlichen EU-Ländern.

Geprägt von der Inflationsentwicklung verzeichneten in den letzten fünf Jahren (2019/2024) die meisten EU-Länder eine Beschleunigung der Arbeitskostendynamik. Dies war insbesondere in Osteuropa zu beobachten. Dort vollzieht sich seit den 1990er Jahren in Hinblick auf die Arbeitskosten ein Aufholprozess gegenüber den westeuropäischen Hochlohnländern. Nach dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise kam dieser Prozess zwar in einigen Ländern ins Stocken, etwa in Polen oder Ungarn. In den folgenden Jahren und vor allem zuletzt wurden allerdings wieder Steigerungsraten deutlich über dem EU-Durchschnitt verzeichnet, die auf eine Fortsetzung des Aufholprozesses hindeuten. Für das Jahr 2024 zeigt sich ein kräftiger Anstieg der Arbeitskosten pro Kopf (in Landeswährung), insbesondere in Bulgarien (+23,7%), Estland (+13,3%), Rumänien (+13,1%) und Kroatien (+12,8%), wo ein dynamisches Lohnwachstum mit hohem Inflationsausgleich sowie eine Anhebung des Mindestlohns die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf stark steigen ließen. Im gewichteten Aggregat der "neuen" EU-Handelspartner (Beitritt ab 2004) erhöhten sich die Arbeitskosten pro Kopf 2024 um 10,0% im Vergleich zum Vorjahr.

Neben den Arbeitskosten je Beschäftigten ist die Arbeitsproduktivität die zweite wichtige Komponente zur Berechnung der relativen Lohnstückkosten. Diese wird als reale Bruttowertschöpfung pro Kopf (Erwerbstätige) gemessen. Übersicht 2 stellt die Entwicklung der Produktivität je Erwerbstätigen in der Herstellung von Waren im internationalen Vergleich in nationaler Währung dar.

Die Produktivitätsentwicklung in der österreichischen Warenherstellung offenbart eine Verschlechterung der Wettbewerbsposition. 2019 bis 2024 sank die Arbeitsproduktivität in der heimischen Warenherstellung um durchschnittlich 0,3% pro Jahr, nachdem sie in den Jahren 2014 bis 2019 moderat gewachsen war (+1,4% pro Jahr). Der starke Produktivitätsrückgang pro Kopf um 6,8% im COVID-19-Krisenjahr 2020 wurde in den Jahren 2021 und 2022 mehr als ausgeglichen (+9,9% und +5,9%). Infolge der Energie- und der Inflationskrise schrumpfte die Pro-Kopf-Produktivität

2023 allerdings abermals um 4,7%. 2024 mündeten die anhaltend hohe Inflation und die Rezession in Österreich in einem weiteren Rückgang um 4,8%.

Die hartnäckige Konjunkturschwäche und die hohe Inflation bremsten nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen westlichen EU-Mitgliedsländern die Erholung von den multiplen Krisen. Die Produktivität pro Kopf sank jedoch in den Vergleichsländern schwächer als in Österreich, da in diesen Ländern vielfach auch die Rezession in der Warenherstellung etwas schwächer ausfiel (Schiman-Vukan & Ederer, 2025). In Deutschland, wo die Pro-Kopf-Produktivität im Jahr 2021 kräftig um 10,8% angestiegen war, folgten 2022 nur ein zaghaftes Produktivitätswachstum von 1,8% und in den beiden Folgejahren Rückgänge (-1,6% bzw. -3,3%). Auch in Ungarn (2024 -2,5%, nach -4,2% 2023), Kanada (-1,9% nach -2,6%), Irland (-1,8% nach -20,0%), den Niederlanden (-1,3% nach -3,8%), Lettland (-1,3% nach -2,7%), Italien (-1,3% nach -1,9%) und Belgien (-0,1% nach -1,3%) schrumpfte die Produktivität 2024 ein weiteres Jahr in Folge. Die Muster deuten auf ein Zusammenspiel zyklischer und struktureller Faktoren hin. 2022 profitierten viele Länder von einem kräftigen Nachholimpuls nach Überwindung der COVID-19-Krise. 2023 und 2024 belasteten dagegen der Energiepreisschock, die hohe Inflation und eine schwache Auslandsnachfrage besonders in export- und energieintensiven Wertschöpfungsketten (u. a. in Deutschland, Österreich, Italien) die Produktivität. Gleichzeitig hielten Unternehmen vielfach die Beschäftigung und die Zahl an Fachkräften trotz rückläufiger Produktion stabil, was kurzfristig die Produktivität pro Kopf dämpfte.

Im Gegensatz dazu erweisen sich die Produktivitätszuwächse in der Warenherstellung besonders für Dänemark und die USA als robust. Die USA verzeichneten 2024 ein Produktivitätswachstum von 3,9%, begünstigt durch eine hohe Binnennachfrage, Investitionen und eine geringere Belastung durch die Energiepreise als in Europa. Die außergewöhnlichen Produktivitätsgewinne in der dänischen Warenherstellung (2019/2024 Ø +8,1% pro Jahr, 2024 +14,4%) werden wiederum primär von der stark expandierenden Pharma- und Biotechbranche getragen. Da diese sehr produktiven Sektoren bei nur moderater Beschäftigungsausweitung immer stärker zur Wertschöpfung beitragen, steigt die durchschnittliche Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen deutlich an. Auch die weniger energieintensive Industriestruktur sowie hohe Investitionen in kapital- und F&E-intensiver Produktion tragen zur robusten Produktivitätsentwicklung in den nordischen Ländern bei.

Die Arbeitskosten pro Kopf stiegen in den Jahren 2014 bis 2024 in Österreich stärker als in den "alten" EU-Mitgliedsländern, jedoch deutlich schwächer als in den Ländern, die ab 2004 der EU beitraten.

2024 drückten die hohe Inflation und die Rezession die Pro-Kopf-Produktivität in Österreich deutlich ins Negative.

Übersicht 2: Entwicklung der Produktivität pro Kopf (Erwerbstätige) in der Herstellung von Waren

In Landeswährung

	Ø 2014/ 2019	Ø 2019/ 2024	Ø 2014/ 2024	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Österreich	+ 1,4	- 0,3	+ 0,5	+ 5,9	- 4,7	- 4,8
Belgien	+ 1,3	- 0,5	+ 0,4	+ 10,9	- 1,3	- 0,1
Dänemark	+ 3,3	+ 8,1	+ 5,7	+ 9,1	+ 11,1	+ 14,4
Deutschland	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 1,8	- 1,6	- 3,3
Irland	+ 13,0	+ 4,1	+ 8,5	+ 13,2	- 20,0	- 1,8
Griechenland	+ 1,0	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,3	+ 3,0	+ 3,6
Spanien	- 0,3	+ 1,1	+ 0,4	+ 3,9	- 1,1	+ 0,2
Frankreich	+ 1,3	- 0,7	+ 0,3	- 5,3	+ 1,7	+ 1,6
Italien	+ 1,4	- 0,1	+ 0,7	+ 1,2	- 1,9	- 1,3
Luxemburg	+ 2,8	+ 3,9	+ 3,4	- 10,2	+ 21,5	+ 8,4
Niederlande	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,4	+ 2,9	- 3,8	- 1,3
Portugal	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 3,0	- 0,3	+ 0,9
Finnland	+ 2,5	- 1,8	+ 0,4	- 8,7	- 1,5	+ 3,7
Schweden	+ 2,6	+ 0,2	+ 1,4	+ 4,4	- 10,1	+ 0,0
Bulgarien	+ 3,2	+ 6,3	+ 4,7	+ 27,5	+ 8,3	+ 5,5
Tschechien	+ 4,2	+ 1,2	+ 2,7	+ 8,3	+ 5,3	- 2,0
Estland	+ 2,5	- 2,3	+ 0,1	- 13,5	- 5,2	+ 3,6
Kroatien	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,4	- 2,7
Zypern	+ 8,3	- 3,4	+ 2,3	- 14,2	+ 0,7	+ 1,0
Lettland	+ 4,9	+ 0,0	+ 2,4	- 5,4	- 2,7	- 1,3
Litauen	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,0	+ 5,8	- 5,8	+ 2,2
Ungarn	+ 1,1	- 0,5	+ 0,3	+ 2,6	- 4,2	- 2,5
Polen	+ 2,4	+ 2,9	+ 2,6	+ 10,3	+ 8,6	- 1,3
Rumänien	+ 3,5	- 1,0	+ 1,2	- 10,1	- 0,6	+ 2,6
Slowenien	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,2	- 4,4	+ 0,9	+ 5,5
Slowakei	+ 3,5	- 2,0	+ 0,7	+ 2,3	- 2,9	+ 2,7
Vereinigtes Königreich	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,6	- 8,5	+ 1,4	- 0,2
Norwegen	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	- 1,0	- 1,3	+ 0,8
USA	+ 0,7	+ 1,1	+ 0,9	- 4,8	- 0,3	+ 3,9
Japan	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,0	- 2,4
Kanada	- 0,1	- 0,5	- 0,3	+ 0,4	- 2,6	- 1,9
Alle Handelspartner ^{1) 5)}	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	- 0,7	- 0,5
EU-Handelspartner ^{2) 5)}	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 2,3	- 0,9	- 1,1
EU-Mitgliedsländer vor 2004 ^{3) 5)}	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,7	- 1,9	- 1,4
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) ^{4) 5)}	+ 2,8	+ 1,1	+ 1,9	+ 4,3	+ 2,8	- 0,2
	Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.			Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich im Verhältnis zu . . .						
Allen Handelspartnern ^{1) 5)}	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	+ 5,0	- 4,0	- 4,3
EU-Handelspartnern ^{2) 5)}	- 0,1	- 0,8	- 0,5	+ 3,5	- 3,8	- 3,7
EU-Mitgliedsländern vor 2004 ^{3) 5)}	+ 0,2	- 0,7	- 0,2	+ 4,1	- 2,8	- 3,4
"Neuen" EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004) ^{4) 5)}	- 1,4	- 1,4	- 1,4	+ 1,6	- 7,3	- 4,6
Deutschland	+ 0,6	- 0,5	+ 0,0	+ 4,1	- 3,1	- 1,6

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Japan: aufgrund fehlender Daten wurde für 2024 die Veränderungsrate der Gesamtwirtschaft angeführt. – ¹⁾ EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – ²⁾ Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – ³⁾ Ohne Vereinigtes Königreich. – ⁴⁾ Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. – ⁵⁾ Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren.

Der Vergleich der Produktivitätsentwicklung mit den Handelspartnern fällt für Österreich mittelfristig negativ aus: 2024 wuchs die Pro-Kopf-Produktivität in Österreich deutlich um 4,3 Prozentpunkte langsamer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Die seit 2023 beobachtbare EU-weite Produktivitätsschwäche trifft Österreich stärker als den Durchschnitt der EU-Länder, während Teile Mittel- und Osteuropas ihre Aufholprozesse fortsetzen. Verglichen mit den "neuen" EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004) wuchs die Produktivität pro Kopf in Österreich 2019/2024 um durchschnittlich 1,4 Prozent-

punkte pro Jahr langsamer; 2023 und 2024 vergrößerte sich der Abstand auf -7,3 bzw. -4,6 Prozentpunkte.

Über den Zeitraum 2014 bis 2024 erzielte Österreich mit durchschnittlich +0,5% p. a. nur ein halb so hohes Produktivitätswachstum pro Kopf wie der gewichtete Durchschnitt aller Handelspartner bzw. die EU-Handelspartner (jeweils +1,0% pro Jahr). Damit entwickelte sich die Produktivität in Österreich mittel- bis langfristig deutlich weniger dynamisch als bei den wichtigsten Handelspartnern.

Österreichs Produktivität wuchs im Zehnjahresdurchschnitt langsamer als im gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner, der EU-Mitgliedsländer und insbesondere der EU-Beitrittsländer ab 2004.

4. Erneut deutliche Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten in der Warenherstellung

Aus der Veränderung der Arbeitskosten pro Kopf (Arbeitnehmerentgelte je unselbständig Beschäftigten) und der Produktivität (reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) ergibt sich die Entwicklung der Lohnstückkosten (Arbeitskosten je Produktionseinheit), die in den vergangenen beiden Jahren erheblich gestiegen sind. 2022 waren die Lohnstückkosten in der Warenherstellung noch leicht rückläufig (-0,6%). Der Energiepreisschock infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine führte ab 2023 allerdings zu deutlichen Anstiegen der Lohnstückkosten. Im Jahr 2023 legten sie um 12% zu (Übersicht 3), gegenüber Bittschi und Meyer (2024) impliziert dieser Wert eine Aufwärtsrevision von 2,3 Prozentpunkten. 2024 setzte sich der Anstieg in ähnlicher Größenordnung fort und betrug 11,8%. Im mittelfristigen Durchschnitt der Jahre 2019/2024 beträgt die jährliche Steigerung 4,6%, im längerfristigen Durchschnitt 2014/2024 2,7%.

Die Analyse der Lohnstückkosten als Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist nur im Vergleich mit der Entwicklung in anderen Ländern aussagekräftig. Übersicht 3 bietet einen detaillierten Überblick über die Dynamik der Lohnstückkosten bei den einzelnen Handelspartnern sowie über die Entwicklung der österreichischen Lohnstückkostenposition, d. h. des mit den Lohnstückkosten deflationierten real-effektiven Wechselkurses im Verhältnis zu den Handelspartnern. 2024 verschlechterte sich Österreichs Lohnstückkostenposition um 5,3 Prozentpunkte gegenüber dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Ins Gewicht fällt dabei insbesondere die ungünstige Entwicklung gegenüber wichtigen Handelspartnern wie

den USA und Italien, die 2024 nur eine Zunahme der Lohnstückkosten um 0,9% bzw. 4,9% verzeichneten. Insgesamt war 2024 der Anstieg der Lohnstückkosten in Österreich nahezu doppelt so hoch wie in den "alten" EU-Mitgliedsländern (Beitritt vor 2004), die im Durchschnitt einen Zuwachs von +6,1% aufwiesen. Die Wachstumsdifferenz zu Österreich beträgt somit 5,3 Prozentpunkte. Etwas günstiger war die relative Lohnstückkostenentwicklung gegenüber den ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004). Dort nahmen die Lohnstückkosten im gewichteten Durchschnitt mit +9,8% ebenfalls deutlich zu, wodurch die Wachstumsdifferenz nur 1,8 Prozentpunkte beträgt.

Die merkliche Verschlechterung der relativen Lohnstückkostenposition Österreichs geht hauptsächlich auf die schwächere Produktivitätsentwicklung zurück, da die Wachstumsdifferenz bei den Arbeitnehmerentgelten relativ gering war.

Die deutlichen Anstiege der Jahre 2023 und 2024 beeinflussen auch den langfristigen Trend. Während im Vorjahr (Bittschi & Meyer, 2024) der Zehnjahresdurchschnitt des Lohnstückkostenwachstums im Vergleich zum gewichteten Durchschnitt aller bzw. der EU-Handelspartner noch Vorteile ausgewiesen hatte (-0,4 bzw. -0,2 Prozentpunkte), ergeben sich auf Basis der revidierten VGR-Daten und einschließlich 2024 nachteilige Werte (jeweils +0,1 Prozentpunkte p. a.). In der Zehnjahresbetrachtung sind die Zuwächse gegenüber Deutschland (+0,3 Prozentpunkte) und Westeuropa ("alte" EU-Mitgliedsländer, +0,9 Prozentpunkte) nochmals markanter.

Gegenüber den Handelspartnern stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung 2024 das zweite Jahr in Folge deutlich an.

Übersicht 3: **Entwicklung der Lohnstückkosten pro Kopf (Beschäftigte bzw. Erwerbstätige) in der Herstellung von Waren und in der Gesamtwirtschaft**

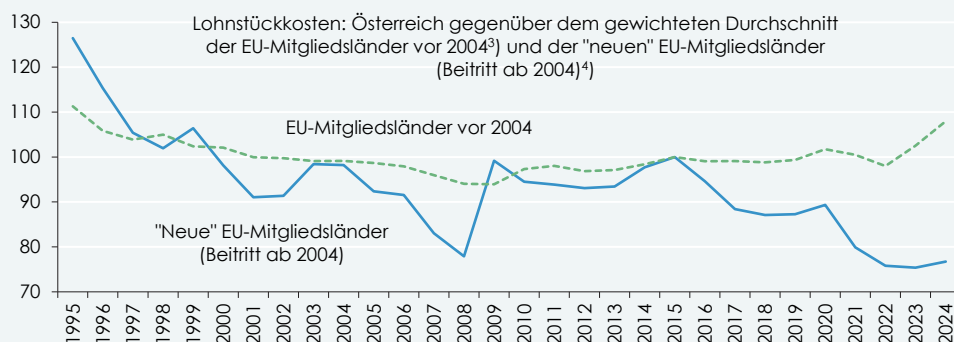
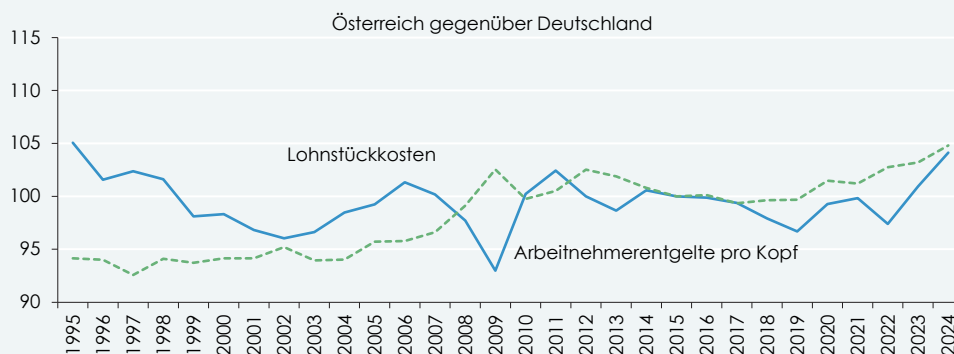
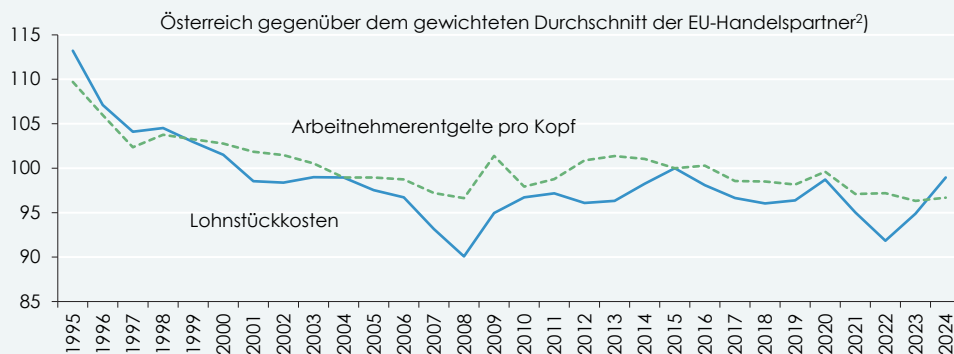
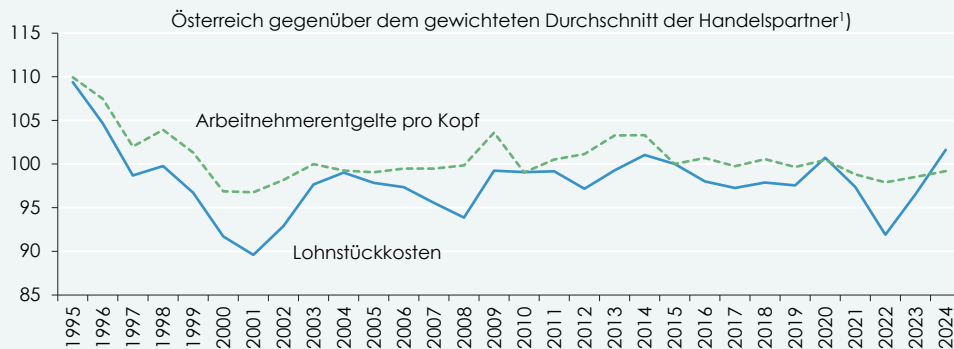
In €

	Ø 2014/2019	Ø 2019/2024	Ø 2014/2024	2022	2023	2024
	Veränderung in % p. a.			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Herstellung von Waren						
Österreich	+ 0,9	+ 4,6	+ 2,7	– 0,6	+12,0	+11,8
Belgien	+ 0,3	+ 4,4	+ 2,3	– 4,5	+ 9,1	+ 3,1
Dänemark	– 1,4	– 4,0	– 2,7	– 5,6	– 5,8	– 7,7
Deutschland	+ 1,7	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,9	+ 8,1	+ 8,4
Irland	– 7,6	– 0,1	– 3,9	– 6,7	+36,3	+ 8,3
Griechenland	– 1,0	– 0,4	– 0,7	+ 2,4	– 0,9	+ 2,9
Spanien	+ 0,6	+ 2,7	+ 1,7	+ 0,0	+ 5,5	+ 3,4
Frankreich	– 0,4	+ 3,1	+ 1,4	+ 9,5	+ 3,2	+ 2,2
Italien	+ 0,3	+ 2,7	+ 1,5	+ 2,1	+ 4,8	+ 4,9
Luxemburg	– 0,6	– 0,5	– 0,6	+14,9	–12,2	– 4,8
Niederlande	+ 0,0	+ 2,9	+ 1,5	+ 0,1	+ 9,7	+ 7,4
Portugal	+ 1,8	+ 5,7	+ 3,7	+ 4,3	+10,8	+ 6,9
Finnland	– 1,5	+ 4,9	+ 1,6	+13,2	+ 6,6	– 2,5
Schweden	– 2,8	+ 1,2	– 0,8	–10,1	+ 7,8	+ 4,6
Bulgarien	+ 5,8	+ 7,0	+ 6,4	–11,5	+ 7,6	+17,2
Tschechien	+ 3,4	+ 5,6	+ 4,5	+ 4,2	+ 5,3	+ 4,8
Estland	+ 2,6	+10,5	+ 6,5	+22,1	+14,1	+ 9,3
Kroatien	+ 0,6	+ 6,8	+ 3,7	+ 7,8	+15,8	+15,9
Zypern	– 5,3	+ 7,3	+ 0,8	+23,4	+ 2,2	+ 5,2
Lettland	+ 4,0	+ 9,3	+ 6,7	+21,0	+17,7	+ 9,3
Litauen	+ 5,5	+ 6,0	+ 5,7	+ 9,3	+11,1	+ 6,3
Ungarn	+ 4,5	+ 7,2	+ 5,9	– 0,1	+25,9	+10,5
Polen	+ 2,3	+ 6,4	+ 4,3	– 1,8	+ 7,2	+14,7
Rumänien	+ 5,4	+11,1	+ 8,2	+25,7	+19,1	+ 9,7
Slowenien	+ 1,0	+ 4,7	+ 2,8	+12,1	+ 8,2	+ 1,9
Slowakei	+ 2,0	+ 8,8	+ 5,4	+ 4,2	+12,7	+ 5,4
Vereinigtes Königreich	– 0,4	+ 4,4	+ 2,0	+13,2	+ 4,3	+ 9,5
Norwegen	– 1,3	+ 0,7	– 0,3	+ 5,5	– 4,2	+ 2,4
USA	+ 4,8	+ 3,4	+ 4,1	+21,4	+ 1,0	+ 0,9
Japan	+ 3,2	– 5,1	– 1,0	– 4,9	– 6,6	– 2,3
Kanada	+ 1,1	+ 5,1	+ 3,1	+13,8	+ 2,6	+ 3,9
Alle Handelspartner ¹⁾ ⁵⁾	+ 1,7	+ 3,7	+ 2,7	+ 5,3	+ 6,7	+ 6,2
EU-Handelspartner ²⁾ ⁵⁾	+ 1,3	+ 4,0	+ 2,7	+ 2,9	+ 8,4	+ 7,2
EU-Mitgliedsländer vor 2004 ³⁾ ⁵⁾	+ 0,8	+ 2,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 7,1	+ 6,1
"Neue" EU-Mitgliedsländer (Beitritt ab 2004) ⁴⁾ ⁵⁾	+ 3,3	+ 7,3	+ 5,3	+ 4,8	+12,7	+ 9,8
Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten p. a.				Wachstumsdifferenz in Prozentpunkten		
Österreich im Verhältnis zu . . .						
Allen Handelspartnern ¹⁾ ⁵⁾	– 0,7	+ 0,8	+ 0,1	– 5,6	+ 5,0	+ 5,3
EU-Handelspartnern ²⁾ ⁵⁾	– 0,4	+ 0,5	+ 0,1	– 3,4	+ 3,3	+ 4,3
EU-Mitgliedsländern vor 2004 ³⁾ ⁵⁾	+ 0,2	+ 1,7	+ 0,9	– 2,5	+ 4,6	+ 5,3
"Neuen" EU-Mitgliedsländern (Beitritt ab 2004) ⁴⁾ ⁵⁾	– 2,2	– 2,5	– 2,4	– 5,1	– 0,6	+ 1,8
Deutschland	– 0,8	+ 1,5	+ 0,3	– 2,4	+ 3,6	+ 3,2

Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. Lohnstückkosten: Quotient aus Bruttoentgelten pro Kopf (unselbständig Beschäftigte) und realer Bruttowertschöpfung bzw. BIP real pro Kopf (Erwerbstätige). Japan: aufgrund fehlender Daten wurde für 2024 die Veränderungsrate der Gesamtwirtschaft angeführt. – ¹⁾ EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – ²⁾ Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – ³⁾ Ohne Vereinigtes Königreich. – ⁴⁾ Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei. – ⁵⁾ Gewichteter Durchschnitt der Handelspartner gemäß WIFO-Berechnungen der einfachen Importgewichtung und doppelten Exportgewichtung für Industriewaren bzw. für die Gesamtwirtschaft.

Abbildung 2: **Entwicklung der relativen Lohn- und Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren**

In €, 2015 = 100



Q: Statistik Austria, Eurostat, AMECO, nationale statistische Ämter, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ EU-Handelspartner (ohne Malta), Norwegen, Vereinigtes Königreich, USA, Kanada und Japan. – ²⁾ Ohne Malta, Vereinigtes Königreich. – ³⁾ Ohne Vereinigtes Königreich. – ⁴⁾ Bulgarien, Tschechien, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei.

Österreich weist im Durchschnitt der letzten fünf Jahre eine deutlich ungünstigere Entwicklung der Lohnstückkosten auf als die meisten Handelspartner.

In der grafischen Darstellung werden Trendwenden und langfristige Veränderungen deutlicher sichtbar (Abbildung 2). Demnach verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Warenherstellung in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre erheblich gegenüber dem Durchschnitt aller Handelspartner. Nach einer gegenläufigen Entwicklung in den frühen 2000er-Jahren war bis zum Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus österreichischer Sicht erneut eine Verbesserung zu verzeichnen. Die Wirtschaftskrise löste eine weitere Trendwende aus und führte 2009/10 zu einer Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten der österreichischen Industrie. Von 2010 bis 2020 war die Entwicklung gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner zwar schwankend, aber weitgehend stabil. Die Jahre 2021 und 2022 brachten deutliche Verbesserungen der heimischen Lohnstückkosten. Im Jahr 2023 folgte allerdings abermals eine Trendwende. Die relativen Lohnstückkosten näherten sich wieder dem längerfristigen Durchschnitt an, wobei gegenüber allen Handelspartnern weiterhin Indexwerte unter dem Durchschnitt der 2010er-Jahre verzeichnet wurden. 2024 notierte der Index erstmals seit 2014 wieder über dem Durchschnitt der Handelspartner. Besonders augenfällig ist der Anstieg im Vergleich zu Deutschland und Westeuropa.

Die Gegenüberstellung der relativen Lohnstückkosten und der relativen Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je unselbständig Beschäftigten, Abbildung 2) zeigt implizit, wie sich die Produktivität in Österreich im Vergleich mit den Handelspartnern entwickelte. Wenn die Lohnstückkosten stärker zurückgingen als die relativen Bruttoentgelte, entwickelte sich die Produktivität in Österreich vorteilhafter als in den anderen Ländern. Ein paralleler Verlauf der beiden Zeitreihen signalisiert einen gleichmäßigen Produktivitätsfortschritt, ein stärkerer Rückgang der Brutto-

entgelte als der relativen Lohnstückkosten eine Verschlechterung der Produktivität in Österreich relativ zu den Handelspartnern. Wie die stabile Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte bei steigenden Lohnstückkosten zeigt, war im Vergleich mit dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner die schwächere Produktivitätsentwicklung (siehe Kapitel 3) für den Lohnstückkostenanstieg verantwortlich. Gegenüber Deutschland und den anderen "alten" EU-Ländern sind die steigenden Lohnstückkosten der letzten Jahre dagegen vor allem auf den stärkeren Anstieg der Arbeitnehmerentgelte zurückzuführen.

In den einzelnen Vergleichsländern entwickelten sich die Lohnstückkosten durchwegs heterogen und der Verlauf ist auch von institutionellen Besonderheiten geprägt⁴⁾. Dies gilt vor allem für die Entwicklung in den letzten fünf Jahren, welche sowohl von umfangreichen staatlichen Eingriffen im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie als auch von den hohen Inflationsraten infolge des russischen Angriffskrieges geprägt war. Vergleicht man Österreich mit Volkswirtschaften, welche hinsichtlich ihrer Bevölkerung und ihres BIP pro Kopf ähnlich sind, zeigte sich in den letzten fünf Jahren (2019/2024) lediglich in Finnland (+4,9% p. a.) eine ungünstigere Entwicklung der Lohnstückkosten. In anderen skandinavischen Ländern wie Dänemark (–4,0% p. a.) oder Schweden (+1,2% p. a.) und in den Benelux-Ländern (z. B. Niederlande +2,9%) war die Entwicklung günstiger als in Österreich (+4,6% p. a.). In den ostmitteleuropäischen Ländern beschleunigte sich die Lohnstückkostendynamik in den letzten fünf Jahren hingegen spürbar ("neue" EU-Länder +7,3% p. a.) und war deutlich stärker als in Österreich, da die Produktivität trotz vergleichsweise robuster Wachstumsraten nicht mit den Arbeitskosten Schritt hielt.

Veränderung der Lohnstückkosten in China – Abschätzung auf Basis verfügbarer Daten

Die Bedeutung Chinas für den internationalen Handel und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs hat in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Aufgrund der eingeschränkten Datenverfügbarkeit können die Lohnstückkosten im Falle Chinas jedoch nur näherungsweise bestimmt werden. Die Annäherung basiert auf Daten der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), genauer auf den Löhnen und Gehältern in der Warenherstellung ("Wages and salaries"; Schätzungen für die Jahre ab 2017, sowie für 1995 bis 2002 und 2011 bis 2012; in Dollar, umgerechnet in Euro), der Zahl der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe ("Employees, Total manufacturing", Schätzungen ab 2019, sowie für 2011 und 2012) und der realen Bruttowertschöpfung der Herstellung von Waren ("Manufacturing Value Added"; zu konstanten Preisen von 2015 in Dollar). Die UNIDO-Daten weichen von den standardisierten Daten der anderen Länder ab, da sie die Arbeitnehmerentgelte nur approximieren, keine Informationen zu Erwerbstätigen bieten, Wechselkursschwankungen nur indirekt berücksichtigen und Schätzwerte enthalten. Die auf dieser Basis geschätzten chinesischen Lohnstückkosten sind daher nicht direkt mit den standardisierten Lohnstückkosten anderer Länder vergleichbar. Anhaltspunkte für die Entwicklung der Lohnstückkosten in der chinesischen Warenherstellung lassen sich daraus dennoch gewinnen.

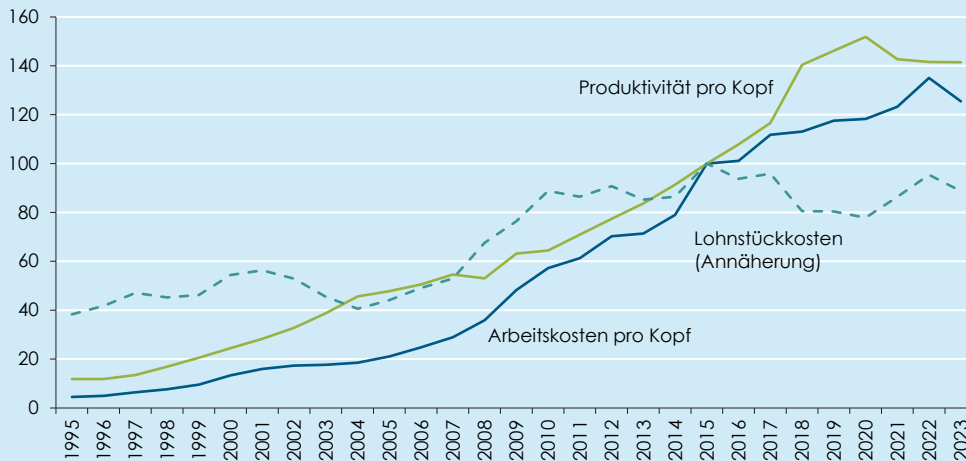
⁴⁾ In Irland z. B. führte eine Korrektur der VGR 2015 zu einem überdimensionierten Produktivitätsanstieg. Die neuen VGR-Bestimmungen sehen vor, die Einkünfte aus intellektuellen Eigentumsrechten, die in Irland gehalten werden, dem irischen BIP zuzurechnen (OECD, 2016). Dies betrifft vor allem die Herstellung von Waren, spiegelt dadurch die wirtschaftliche Aktivität in Irland korrekter wider, verzerrt aber die Einschätzung

der Lohnstückkosten. Die Darstellung der Lohnstückkostenentwicklung in der Sachgütererzeugung kann intellektuelle Eigentumsrechte nur dann vollständig berücksichtigen, wenn die Produktion und die Zuteilung dieser Rechte im selben Land stattfinden. Dies ist in weltweiten Wertschöpfungsketten jedoch nicht unbedingt der Fall.

Abbildung 3 zeigt die näherungsweise Entwicklung der Lohnstückkosten, der Arbeitskosten und der Pro-Kopf-Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe Chinas.

Abbildung 3: Entwicklung der Lohnstückkosten, der Arbeitskosten pro Kopf und der Produktivität pro Kopf im verarbeitenden Gewerbe Chinas

In €, 2015 = 100



Q: United Nations Industrial Development Organization (UNIDO), WIFO-Berechnungen. Pro Kopf: Beschäftigte.

Die Produktivität, gemessen als reale Bruttowertschöpfung pro Kopf, stieg über den gesamten Beobachtungszeitraum von 1995 bis 2023 kräftig und wuchs in den fünf Jahren vor der COVID-19-Pandemie um mehr als 60%.

Die Arbeitskosten pro Kopf sind insbesondere seit Mitte der 2000er-Jahre deutlich angestiegen. Die unterschiedlichen Wachstumsgeschwindigkeiten von Produktivität und Arbeitskosten ließen die Lohnstückkosten in China wellenartig zunehmen. Bis etwa Mitte der 2000er-Jahre wuchs die Produktivität schneller als die Löhne; die Lohnstückkosten sanken zeitweise oder verharrten auf niedrigen Niveaus, ein typischer Hinweis auf einen raschen Effizienzgewinn in einer sich industrialisierenden Wirtschaft. Mit dem Erstarren des chinesischen Außenhandels nach dem Beitritt zur WTO zogen die Arbeitskosten zwischen 2005 und 2015 deutlich an, während die Produktion weniger dynamisch anstieg. Treiber der Arbeitskosten waren kräftige Lohnzuwächse in der Aufhol- und Urbanisierungsphase, Aufwertungseffekte sowie zyklische Dämpfer der Wertschöpfung in der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. In der Folge stiegen die Lohnstückkosten in China zwischen 2005 und 2015 um durchschnittlich 8,5% pro Jahr. Ab 2016 verbesserte sich die Lohnstückkostenposition wieder dank stetiger Produktivitätszuwächse, u. a. infolge zunehmender Automatisierung. Dies drückte die Lohnstückkosten bis 2020 unter das Niveau von 2015.

Die COVID-19-Pandemie sorgte 2021/22 für eine Gegenbewegung: Störungen der Lieferketten dämpften zusammen mit der "Null-COVID-Politik" die Produktivität pro Kopf (2021 –6,1%, 2022 –0,8%), während steigende Lohnsummen (+4,2% bzw. +9,6%) die Lohnstückkosten kräftig um geschätzt 10,9% bzw. 10,5% anstiegen ließen.

5. Abermals kräftiger Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten auch im internationalen Vergleich

Die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft wird neben den Lohnstückkosten der Warenerzeugung auch teilweise von jenen der Gesamtwirtschaft bestimmt: Soweit Dienstleistungen und nicht handelbare Güter als Vorleistungen benötigt werden, hat ihre Kostenentwicklung Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der am Außenhandel beteiligten Sektoren (Deutsche Bundesbank, 1998). Allerdings werden die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten auch maßgeblich von Sektoren beeinflusst, in welchen das Produktivitätswachstum konzeptionell schwer messbar ist, wie z. B. dem öffentlichen Sektor. Dementsprechend sollten die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten mit

Vorsicht interpretiert werden. Dies gilt auch deshalb, da die rezentesten Daten immer noch Revisionen unterliegen und sich die staatlichen Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung international unterscheiden. Damit ergibt sich auch eine beträchtliche Heterogenität hinsichtlich der Überwälzung der Inflation auf die Arbeitnehmerentgelte.

In Österreich nahmen 2024 die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten um 8,0% zu, um 2,1 Prozentpunkte stärker als in Deutschland, während der Unterschied zum gewichteten Durchschnitt der EU-Handelspartner bzw. aller Handelspartner +1,8 bzw. +2,4 Prozentpunkte beträgt.

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten stiegen 2024 in Österreich deutlich schneller als bei den meisten Handelspartnern.

Langfristig (2014/2024) wuchsen die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten in Österreich um 0,2 Prozentpunkte p. a. schneller als im Durchschnitt der EU-Handelspartner und etwa gleich rasch wie in Deutschland.

Längerfristig ist sowohl in Österreich als auch bei den Handelspartnern die Dynamik der

Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft deutlich kräftiger als in der Warenproduktion. Dies entspricht den Erwartungen, da in der Herstellung von Waren das größte Potenzial zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch Mechanisierung und Automatisierung besteht.

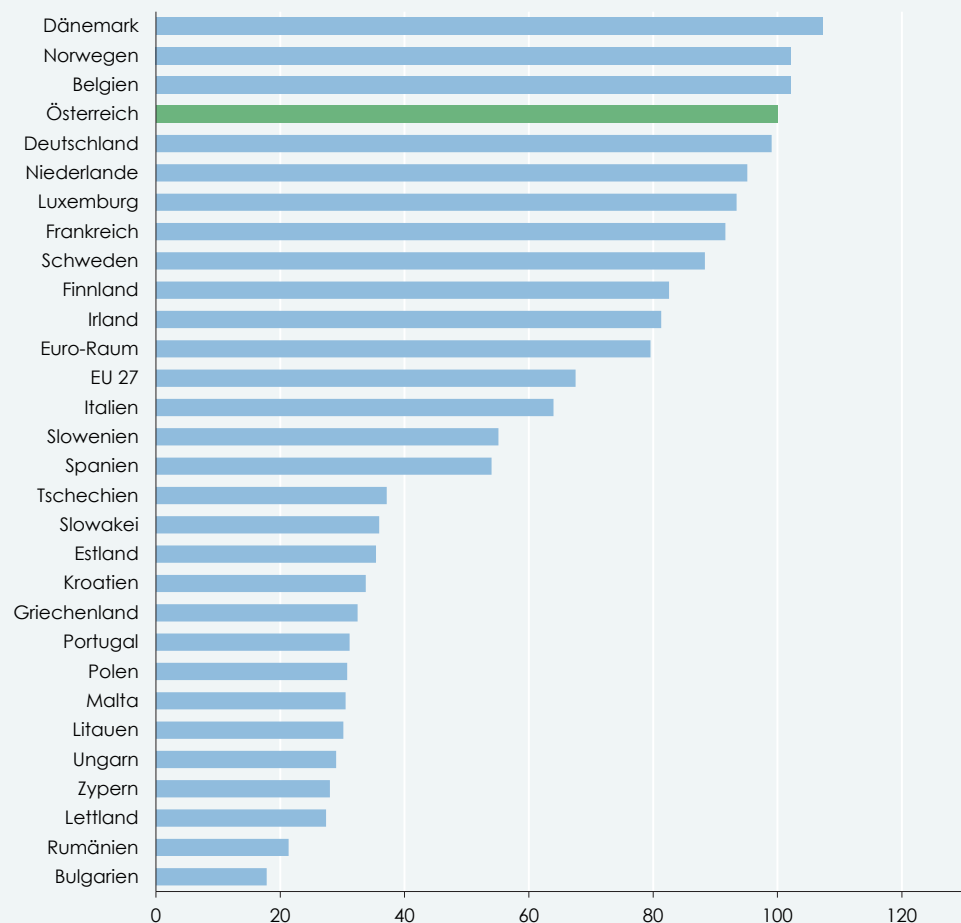
6. Zusammenfassung

Die verfügbaren Daten zeigen nach 2023 auch für 2024 einen deutlichen Anstieg der relativen Lohnstückkosten in Österreich. Im Vergleich zum gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner folgt diese ungünstige Entwicklung vor allem aus den schwächeren Produktivitätszuwächsen, im Vergleich zu Westeuropa und auch aus einem höheren Wachstum der Arbeitnehmerentgelte.

Konkret stiegen die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf in der österreichischen Herstellung von Waren 2024 um 0,5 Prozentpunkte stärker als im gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. Demgegenüber wuchs die Bruttowertschöpfung pro Kopf in der Warenherstellung um 4,3 Prozentpunkte langsamer als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 1,6 Prozentpunkte langsamer als beim wichtigsten Handelspartner Deutschland.

Abbildung 4: **Arbeitskosten in der Herstellung von Waren im internationalen Vergleich**

Arbeitskosten je Stunde in €, 2024, Österreich = 100



Q: Eurostat, Arbeitskostenerhebung 2020, Arbeitskostenindex, WIFO, WIFO-Berechnungen. Ohne Auszubildende.

Insgesamt stiegen die Lohnstückkosten in der österreichischen Warenherstellung mit +11,8% um 5,3 Prozentpunkte kräftiger als im

gewichteten Durchschnitt der Handelspartner. Zu Deutschland beträgt der Abstand 3,2 Prozentpunkte.

Im langfristigen Vergleich lagen die Lohnstückkosten im Jahr 2024 erstmals seit 2014 wieder über dem gewichteten Durchschnitt aller Handelspartner. Dies ergab sich vor allem durch eine stärkere Zunahme der Arbeitnehmerentgelte in Österreich als in Deutschland und den anderen "alten" EU-Mitgliedsländern.

Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten wuchsen 2024 um 2,4 Prozentpunkte schneller als im Durchschnitt aller Handelspartner und um 1,8 Prozentpunkte rascher als bei den EU-Handelspartnern. Auch gegenüber Deutschland ergab sich eine Verschlechterung (+2,1 Prozentpunkte).

Der Verschlechterung der relativen Lohnstückkosten lag auch eine ungünstige Wechselkursentwicklung zu Grunde. Der nominell-effektive Wechselkurs stieg 2024 um 0,2% an, da der Euro u. a. gegenüber dem Dollar und dem Japanischen Yen aufwertete.

Bei der Interpretation der Ergebnisse sind weiterhin mögliche Verzerrungen zu berücksichtigen. Sie ergeben sich sowohl durch Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als auch durch länderspezifische Eingriffe zur Abfederung der COVID-19-Krise sowie der Inflation.

7. Anhang: Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren

Während für die Berechnung von aktuellen, international vergleichbaren Lohnstückkosten in der Herstellung von Waren nur Daten zu den Arbeitskosten je Arbeitskraft verfügbar sind, können für die europäischen Länder auch Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde betrachtet werden. Sie basieren auf der Arbeitskostenerhebung, die in den EU-

Ländern alle vier Jahre durchgeführt wird. Die jährliche Entwicklung zwischen zwei Erhebungen wird anhand eines Arbeitskostenindex fortgeschrieben. Die hier veröffentlichten Ergebnisse beruhen auf dem Arbeitskostenindex von Eurostat und der Arbeitskostenerhebung des Jahres 2020.

Übersicht 4: **Arbeitskosten je Stunde in der Herstellung von Waren**

	2019	2020	2021	2022	2023	2024	Ø 2019/2024 Veränderung in %
	In €						
Bulgarien	5,15	5,41	5,79	6,85	7,99	8,99	+11,8
Rumänien	6,60	7,00	7,30	8,29	9,64	10,77	+10,3
Lettland	9,51	10,12	10,31	11,27	12,43	13,80	+ 7,7
Zypern	12,42	12,24	12,31	12,68	13,34	14,12	+ 2,6
Ungarn	10,46	10,32	10,78	11,13	13,58	14,62	+ 6,9
Litauen	9,31	9,79	11,03	12,50	13,86	15,20	+10,3
Malta	11,93	11,15	11,36	13,12	14,34	15,40	+ 5,2
Polen	9,86	10,07	10,60	11,48	13,18	15,53	+ 9,5
Portugal	11,83	12,75	13,12	13,78	14,60	15,72	+ 5,8
Griechenland	14,37	14,28	13,94	14,77	15,21	16,36	+ 2,6
Estland	12,59	12,98	13,58	15,51	16,47	17,86	+ 7,2
Slowakei	12,92	13,37	14,20	15,66	17,02	18,12	+ 7,0
Tschechien	13,75	14,32	15,19	16,66	18,41	18,73	+ 6,4
Spanien	23,29	24,23	24,01	24,57	25,97	27,23	+ 3,2
Slowenien	20,09	20,42	21,77	23,59	26,04	27,79	+ 6,7
Italien	28,70	29,41	28,82	29,70	31,00	32,26	+ 2,4
EU 27	28,38	28,96	29,19	30,67	32,41	34,06	+ 3,7
Euro-Raum	34,21	34,84	34,87	36,48	38,36	40,14	+ 3,2
Irland	33,58	33,12	34,81	36,70	38,62	41,00	+ 4,1
Finnland	37,13	36,98	38,46	39,72	41,08	41,64	+ 2,3
Schweden	41,98	42,03	45,54	44,72	42,92	44,54	+ 1,2
Frankreich	41,06	41,94	41,61	42,90	44,54	46,21	+ 2,4
Luxemburg	40,73	40,98	41,18	43,19	46,02	47,13	+ 3,0
Niederlande	38,48	40,13	40,61	42,66	45,55	48,00	+ 4,5
Deutschland	42,83	43,22	43,31	45,60	47,80	49,96	+ 3,1
Österreich	39,78	40,84	41,45	43,86	47,33	50,44	+ 4,9
Belgien	42,01	42,74	43,30	46,29	49,75	51,46	+ 4,1
Norwegen	50,21	47,10	51,10	52,21	49,44	51,53	+ 0,5
Dänemark	46,63	47,37	49,38	50,84	52,23	54,06	+ 3,0

Q: Eurostat, Arbeitskostenerhebung 2020, Arbeitskostenindex, WIFO, WIFO-Berechnungen. Ohne Auszubildende. Länder aufsteigend gereiht nach den Arbeitskosten im Jahr 2024.

Anders als die Arbeitskostenerhebung wird der Arbeitskostenindex nicht in allen Ländern nach demselben statistischen Konzept ermittelt. Damit ist die internationale Vergleichbarkeit etwas eingeschränkt. Die Werte des Arbeitskostenindex sind daher mit Vorsicht zu interpretieren. Für Österreich basiert der Index neben der Arbeitskostenerhebung unter anderem auf der Konjunkturstatistik des Produzierenden Bereichs sowie Lohnsteuer- und Sozialversicherungsdaten. Diese Daten können zum Teil spürbar von den VGR-Werten zur Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte abweichen, die den Lohnstückkostenberechnungen zugrunde liegen. Dies kann auch damit zusammenhängen, dass die Arbeitskosten, anders als die Arbeitnehmerentgelte, zusätzlich zu den Sozialversicherungsbeiträgen lohnabhängige Steuern der Arbeitgeber:innen einschließen. Zu beachten ist auch, dass die Arbeitskosten eine Maßzahl für die Belastung des Faktors Arbeit sind, aber keine Rückschlüsse darauf zulassen, von wem diese Kosten letztlich getragen

werden. Für die Jahre seit 2020 sind weiters mögliche Verzerrungen durch staatliche Hilfsmaßnahmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie sowie der Teuerungskrise zu berücksichtigen, welche den Faktor Arbeit betreffen.

Übersicht 4 gibt die auf Basis des Arbeitskostenindex ermittelten Arbeitskosten je Stunde für den Zeitraum 2019/2024 wieder. 2024 kostete die Arbeitsstunde in Österreichs Warenherstellung durchschnittlich 50,44 €. Österreich nahm damit im europäischen Vergleich den 4. Rang ein. Seit 2019 wachsen die Arbeitskosten je Stunde in Österreich um durchschnittlich 4,9% p. a. und somit um 1,2 Prozentpunkte schneller als im Durchschnitt der EU 27 (+3,7% p. a.), um 1,7 Prozentpunkte rascher als im Euro-Raum (+3,2% p. a.) und um 1,8 Prozentpunkte rascher als in Deutschland. Gegenüber 2023 betrug der Anstieg in Österreich 6,6%, im EU-Durchschnitt 5,1% und in Deutschland 4,5%.

8. Literaturhinweise

- Bittschi, B., & Meyer, B. (2024). Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 96(10), 571-585. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55114166>.
- Carlin, W., Glyn, A., & Van Reenen, J. (2001). Export market performance of OECD countries: An empirical examination of the role of cost competitiveness. *The Economic Journal*, 111(468), 128-162.
- Deutsche Bundesbank (1998). Zur Indikatorqualität unterschiedlicher Konzepte des realen Außenwerts der D-Mark. *Deutsche Bundesbank Monatsberichte*, 41-55.
- Dosi, G., Grazzi, M., & Moschella, D. (2015). Technology and costs in international competitiveness: From countries and sectors to firms. *Research Policy*, 44(10), 1795-1814.
- Köhler-Töglhofer, W., Url, T., & Glauning, U. (2017). Revised competitiveness indicators for Austria reflect a comparatively stable competitiveness development of the Austrian economy over the longer horizon. *Monetary Policy & the Economy*, (Q2/17), 73-107.
- OECD (2016). *Irish GDP up by 26.3% in 2015*. <https://www.oecd.org/sdd/na/Irish-GDP-up-in-2015-OECD.pdf>.
- Schiman-Vukan, S., & Ederer, S. (2025). Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Konjunkturprognose*, (3). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62935266>.
- Turner, P., & Van 't dack, J. (1993). Measuring international price and cost competitiveness. *BIS Economic Papers*, 39. <https://www.bis.org/publ/econ39.htm>.

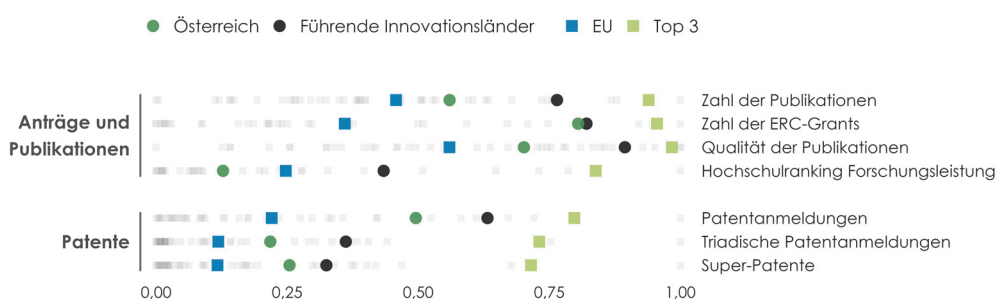
Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich

Jürgen Janger, Tim Slickers

- Innovationsfähigkeit ist ein zentraler Baustein einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Angesichts des globalen technologischen Wettlaufs, Österreichs sinkender Wettbewerbsfähigkeit, Verschlechterungen in Innovationsrankings und der notwendigen Budgetkonsolidierung sind Strukturreformen zentral.
- Investitionen in Bildung sowie Forschung und Entwicklung (F&E) zählen zu den Triebkräften von Innovation. Während Österreichs F&E-Quote und öffentliche F&E-Finanzierung im internationalen Spitzenfeld liegen, besteht bei den Hochschulausgaben, den Kompetenzen (laut PISA) und dem Anteil an Hochschulabsolvent:innen Rückstand.
- In Indikatoren der Wissensproduktion und -verwertung liegt Österreich über dem EU-Durchschnitt, aber meist hinter den führenden Innovationsländern und deutlich hinter den weltweiten Top 3.
- Um eine Leistungssteigerung zu erreichen, sollte sich Österreich an der globalen Spitze orientieren. Prioritäre Ansatzpunkte sind z. B. Evaluierungen, um Mittel wirkungsorientiert umzuschichten, Reformen zur Steigerung der Forschungsleistung des Hochschulsystems sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Bereitstellung von Wachstumskapital für Start-ups.

Indikatoren für die Wissensproduktion im internationalen Vergleich

Normierte Werte, jeweils letzstverfügbares Jahr



"Die Wissensproduktion in Hochschulen und Unternehmen, gemessen an Publikationen bzw. Patenten, ist in Österreich nach wie vor und teils deutlich vom globalen Spitzenniveau entfernt."

Der Indikator "Anträge und Publikationen" misst die Leistungsfähigkeit von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der Indikator "Patente" die Leistung von Unternehmen. In beiden Bereichen der Wissensproduktion weist Österreich ein deutliches Aufholpotenzial zu den führenden Innovationsländern der EU auf (Q: Scimago, European Research Council, European Innovation Scoreboard, CWTS Leiden Ranking 2024, PATSTAT Frühling 2025, Weltbank, WIFO-Berechnungen).

Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich

Jürgen Janger, Tim Slickers

Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich

Österreich hat die monetären Ressourcen für Forschung, Technologie und Innovation in den letzten Jahrzehnten auf ein Niveau über jenem der führenden Innovationsländer der EU gesteigert. Hinsichtlich der Wirkung dieser Mittel, gemessen etwa anhand von Publikationen, Patenten und innovationsintensiven Start-ups, schneidet Österreich aber nach wie vor deutlich schwächer ab als die führenden EU-Länder; weltweit ist der Rückstand noch ausgeprägter. In europäischen und globalen Innovationsrankings verschlechtert sich Österreich. Die anhaltenden Leistungsprobleme, der Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und budgetäre Restriktionen legen strukturelle Reformen nahe, um die Leistungsfähigkeit bei effizientem Mitteleinsatz zu steigern.

JEL-Codes: O31, O33 • **Keywords:** Innovationsleistung, FTI-Politik, Innovationsranking

Der vorliegende Beitrag ist eine Aktualisierung von Jürgen Janger, Tim Slickers (2023). Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich. *WIFO-Monatsberichte*, 96(10), 699-714. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/49288572>.

Wissenschaftliche Assistenz: Fabian Gabelberger (fabian.gabelberger@wifo.ac.at), Peter Reschenhofer (peter.reschenhofer@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 29. 9.2025

Kontakt: Jürgen Janger (juergen.janger@wifo.ac.at), Tim Slickers (tim.slickers@wifo.ac.at)

Austria's Innovation Performance in International Comparison

Over the past few decades, Austria has increased its monetary resources for research, technology, and innovation to a level above that of the leading innovation countries in the EU. However, the performance or impact of these funds, measured in terms of publications, patents, and innovation-intensive start-ups, for example, remains well below that of the leading EU countries, and the gap is even more pronounced globally. The ongoing performance problems, Austria's generally declining competitiveness, and budgetary restrictions call for structural reforms to increase performance through the efficient use of resources.

Forschung, Technologie und Innovation sind zentrale Bausteine einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Die Analyse der Leistungsfähigkeit in diesen Bereichen ist daher eine wichtige Basis für die Wirtschaftspolitik.

1. Innovationsfähigkeit als zentrale Zukunftsherausforderung

Der vorliegende Beitrag bestimmt die Leistungsfähigkeit Österreichs bei Forschung, Technologie und Innovation (FTI)¹⁾. Sie sind grundlegende Säulen wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit in wissensbasierten, einkommensstarken Volkswirtschaften wie Österreich und können maßgeblich zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie dem Klimawandel beitragen. Die Bedeutung von FTI hat in den letzten Jahren weiter beträchtlich zugenommen. Global findet ein Wettlauf um Schlüsseltechnologien wie künstliche Intelligenz oder Hochleistungs-Chips statt, auch um einseitige technologische Abhängigkeiten zu vermeiden (Hofmann et al., 2024; Janger, 2023). Infolge der COVID-19-Pandemie, des Ukraine-Krieges und der Wiederwahl Donald Trumps rückte in Österreich und der EU insgesamt die technologische Wettbewerbsfähigkeit stärker in den Fokus. Der Wettbewerbsfähigkeitsbericht Mario Draghis (Draghi, 2024) zeichnet ein düsteres Bild einer in der

Innovationsleistung gegenüber den USA und China zurückfallenden EU. Von dieser Entwicklung kann sich Österreich als kleines Land nicht abkoppeln.

Österreichs Ausgangslage wird durch die bescheidenen wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven erschwert. Zudem hat Österreich durch den inflationsbedingten Kostenschock an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Das WIFO erwartet in seiner mittelfristigen Prognose für die Jahre 2025 bis 2029 nur ein verhaltenes Wachstum (Baumgartner et al., 2024). Regelmäßige Analysen und darauf aufbauende Reformen zur Steigerung der Innovationsleistung sind deshalb bedeutender denn je und sollten einen wichtigen Schwerpunkt innerhalb der politischen Agenda bilden.

Zur Bestimmung der Innovationsfähigkeit werden hier nach Janger et al. (2017) neben **Treibern** von FTI (Bestimmungs- oder **Inputfaktoren**) die **Leistungen** Österreichs in

¹⁾ Der Beitrag erscheint jährlich, um eine regelmäßige und systematische Analyse der Innovationsleistungsfähigkeit Österreichs zu ermöglichen.

Wissensproduktion beschreibt den Aufbau neuen Wissens, gemessen durch Publikationen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften oder geistige Eigentumsrechte auf Erfindungen (Patente). Die höchste Leistungsfähigkeit in der Produktion von Publikationen wird als "Wissenschaftsfrontier", in jener von Patenten als "Technologiefrontier" bezeichnet. Für Publikationen ist die Forschungsleistung von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen wichtiger, für Patente jene von Unternehmen³⁾. Für beide Leistungsdimensionen werden jeweils Quantitäts- und Qualitätsindikatoren ausgewiesen. Ein wichtiger Teil der Wissensproduktion, der Aufbau von implizitem oder stillem Wissen etwa in Form von Kompetenzerwerb, kann natur-

Eine Wirkung auf Wertschöpfung oder Produktivität setzt die effektive Verwertung des neuen Wissensbestandes (Innovation i. e. S.) voraus. Unternehmen investieren in Forschung und Entwicklung sowie in weitere Innovationsaktivitäten, um sich damit einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, etwa durch neue Produkte oder durch niedrigere Kosten aufgrund neuer Produktionsprozesse. In hochentwickelten Volkswirtschaften, an der Produktivitätsfrontier, ist Innovation mittlerweile die bestimmende Wettbewerbsstrategie von Unternehmen (Aghion & Howitt, 2006; Hölzl & Janger, 2014), da über Imitation oder Kostensenkungen kaum mehr Wettbewerbsvorteile zu erzielen sind.

```
graph TD; subgraph "Wissensökonomie"; direction TB; subgraph "Wissensverarbeitung"; IF[Innovationsfrontier]; end; subgraph "Wissensproduktion"; TF[Technologische Frontier]; WF[Wissenschaftsfrontier]; end; end; IF --> W[Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft]; TF --> G[Gesellschaftliche Problemlösungen]; WF --> G;
```

Das Diagramm stellt die Wissensökonomie dar, unterteilt in Wissensverarbeitung und Wissensproduktion. Die Wissensverarbeitung umfasst die Innovationsfrontier. Die Wissensproduktion umfasst die Technologische Frontier und die Wissenschaftsfrontier. Pfeile verdeutlichen den Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und gesellschaftliche Problemlösungen.

Die "Innovationsfrontier" bezeichnet die höchste Leistungsfähigkeit, Wissen und Technologie in ökonomische Erfolge umzuwandeln, und wird hier durch zwei Arten von Indikatoren gemessen: **Indikatoren zum Strukturwandel** bilden die Entwicklung des Anteils wissens-, technologie- oder innovationsintensiver Branchen an der Gesamtwertschöpfung einer Volkswirtschaft ab. **Upgrading-**

anmelden (Reinstaller, 2020b), der Anteil an der Gesamtproduktion ist aber jeweils gering. Häufiger sind hingegen Patente und Publikationen, die sich aus Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen ergeben.

2) Das Messkonzept ist nicht zu verwechseln mit einem linearen Innovationsmodell, in dem alle Innovationen ihren Ursprung in der Grundlagenforschung haben, sondern erfasst lediglich die für Innovationen relevanten Ressourcen, Aktivitäten und Ergebnisse mit dem Ziel, sie für eine Messung transparent zu machen.

WIFO ■ Monatsberichte 10/2025, S. 567-582

Wissensproduktion und -verwertung stehen längst nicht mehr nur im Dienst der Wohlstandsmaximierung, sondern sind ebenso ein unverzichtbarer Bestandteil der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen wie etwa des Klimawandels oder der Digitalisierung. Angesichts der Brisanz der Entwicklungen reicht es Foray und Phelps (2011) zufolge nicht mehr aus, die Geschwindigkeit des technologischen Fortschrittes themenoffen, d. h. gleichgültig in welche Richtung, zu fördern. Die FTI-Politik stehe vielmehr vor der Aufgabe, das Tempo des Fortschrittes in eine bestimmte Richtung, themenspezifisch,

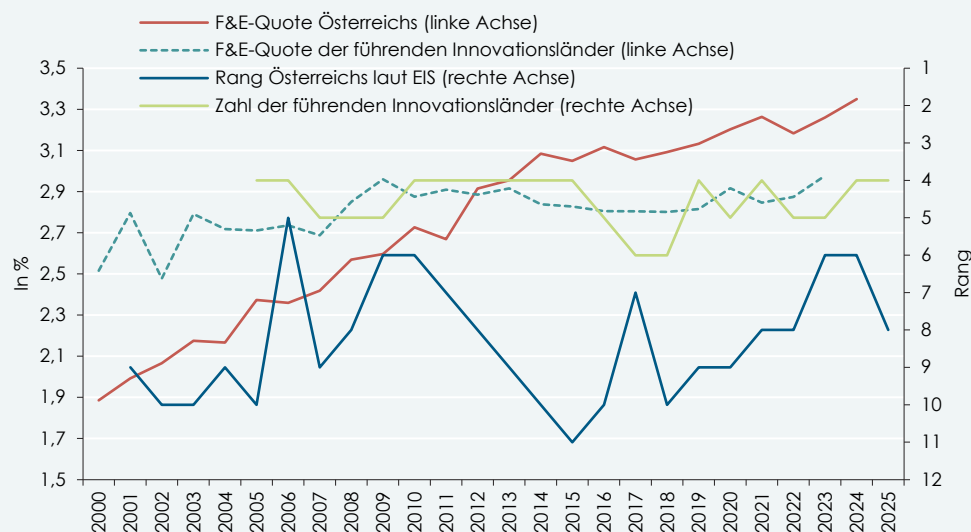
zu erhöhen. Aus Platzmangel muss hinsichtlich der Leistungsmessung in diesen spezifischen Feldern auf die Literatur verwiesen werden (Hofmann et al., 2025; Bock-Schappelwein et al., 2021; Feichtinger et al., 2021; Hölzl et al., 2019; Janger & Strauss-Kollin, 2020; Hofmann et al., 2024); dieser Beitrag konzentriert sich auf die über alle Themen oder Branchen aggregierte Leistung⁵⁾. Wenn sich Österreich die nachhaltige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel setzt, dann erfordert dies eine entsprechend hohe Innovationsleistung.

2. Bestimmungsfaktoren von Forschung, Technologie und Innovation

Ein zentraler Hebel zur Steigerung der Innovationsleistung sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E). Die FTI-Strategie 2030 der Österreichischen Bundesregierung (2020) zielt u. a. darauf ab, bei der F&E-Quote weltweit und im European Innovation Scoreboard (EIS) in die Gruppe der führenden vier Länder (2025: Dänemark, Finnland, Niederlande und Schweden) vorzustoßen. Abbildung 2 zeigt auf der linken Achse die Entwicklung der F&E-Quote in Österreich und im Durchschnitt der führenden Innovationsländer der EU. Die rechte Achse zeigt die Rangentwicklung Österreichs im EIS sowie jenen Rang, der für eine Zugehörigkeit zur Gruppe der führenden Innovationsländer

ausgereicht hätte. Lag Österreichs F&E-Quote im Jahr 2000 noch deutlich unter jener der "Innovation Leaders", so übertrifft sie diese seit 2012 durchgängig. Im EIS 2025 fiel Österreich wieder auf den achten Rang in der EU bzw. Rang 11 in Europa zurück, den es zuletzt in den Jahren 2021/22 belegt hatte. Die Ausweitung der F&E-Ausgaben, die zu den Indikatoren des EIS zählen⁶⁾, reichte demnach bisher nicht aus, um in die Gruppe der führenden Länder vorzudringen und sich in der Wissensproduktion und -verwertung nachhaltig zu verbessern. Auch im Global Innovation Index verschlechterte sich Österreich.

Abbildung 2: Entwicklung der F&E-Quote und Österreichs Rang im European Innovation Scoreboard



Q: European Innovation Scoreboard, Eurostat, Statistik Austria.

⁵⁾ Der vom WIFO konzipierte und mit Daten befüllte FTI-Monitor (<https://fti-monitor.forwit.at/de/O/system>) des Rats für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT) misst die Leistungsfähigkeit bei Digitalisierung, künstlicher Intelligenz, grüner Transformation, Kreislaufwirtschaft, Souveränität und Geschlechtergerechtigkeit, sowie in Schlüsseltechnologien.

⁶⁾ Die Methodik des EIS wurde über die Jahre stark verändert, sodass die Abbildung nicht als Entwicklung der Innovationsleistung Österreichs über die Zeit zu interpretieren ist. Sie zeigt jedoch, dass Österreich nach unterschiedlichen Methoden und Indikatorensets noch nie zu den führenden Ländern zählte.

Abbildung 3 zeigt eine breitere Auswahl an direkten Bestimmungsfaktoren, die neben monetären auch Humanressourcen sowie Innovationskooperationen umfassen. Jeder Indikator veranschaulicht die Werte aller verfügbaren Länder, die zwischen 0 und 1 normiert wurden⁷⁾. Die Länderabdeckung schwankt je nach Indikator, es wurde aber grundsätzlich versucht, alle EU- und OECD-Länder sowie aufstrebende Volkswirtschaften wie z. B. China zu erfassen. Als Aggregate finden sich die EU, die führenden Innovationsländer laut EIS 2025 sowie die jeweiligen globalen Top 3 pro Indikator. Aktuelle Absolutwerte für Österreich und die jeweiligen Top 3 werden gemeinsam mit der Zahl der verfügbaren Länder und der Zeitreihe in Übersicht 1 ausgewiesen; Übersicht 2 erläutert die Indikatoren näher. Für Österreich wurde ein langfristiger Trend berechnet, der aufgrund der Normalisierung der Werte die Entwicklung Österreichs relativ zur Leistung der anderen Länder darstellt, dem Konzept einer Frontier folgend. Der Datenpunkt für Österreich ist entsprechend dem Trend rot oder grün gefärbt.

Gemessen an den Ausgaben für F&E und Innovation liegt Österreich mit Ausnahme der Risikokapitalintensität in sämtlichen Indikatoren über dem Durchschnitt der EU und der führenden Innovationsländer. Die F&E-Quote entwickelte sich in den letzten Jahren vor allem in Belgien dynamischer als in Österreich. Österreich wurde daher von Belgien überholt und liegt bezüglich der F&E-Quote – abhängig von der Entwicklung der Schweiz⁸⁾ – derzeit an 7. oder 8. Stelle weltweit. Gemessen an der gesamten öffentlichen F&E-Finanzierung sowie der Grundlagenforschungsquote zählt Österreich sogar zu den Top 3 weltweit⁹⁾. Deutlich unterdurchschnittlich, selbst gegenüber der EU 27, ist dagegen Österreichs Risikokapitalintensität, die sich über die Zeit kaum verbessert hat¹⁰⁾.

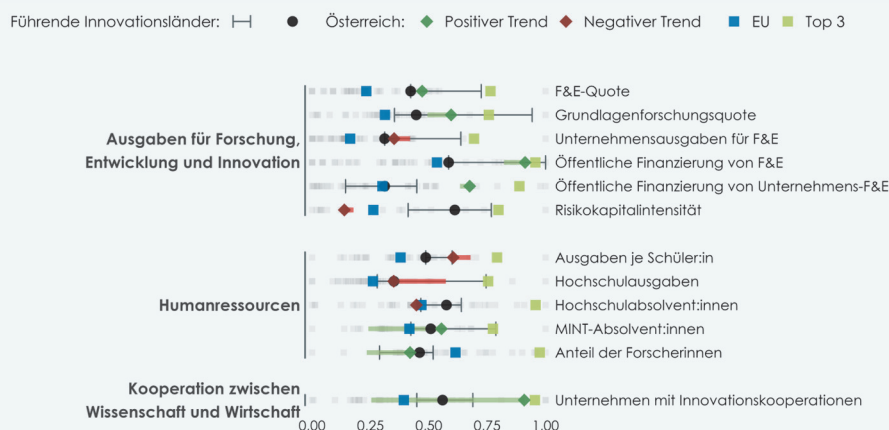
Die Humanressourcen bieten ein wesentlich differenzierteres Bild. Gemessen an den Ausgaben je Schüler:in im Sekundarbereich liegt Österreich deutlich über dem Niveau der führenden Innovationsländer, mit leicht rückläufigem Trend. Die Leistungen gemessen an den PISA-Ergebnissen sind jedoch in allen Fächern schwächer als in den führenden Ländern (Janger & Slickers, 2024).

Eine Steigerung der F&E-Ausgaben allein reicht nicht für eine nachhaltige Verbesserung der Innovationsleistung aus.

Die Ausgaben für F&E und das Sekundarbildungssystem sind in Österreich hoch, jene für Hochschulen bzw. Universitäten dagegen unterdurchschnittlich. Bei der Risikokapitalintensität, dem Kompetenzerwerb im Bildungssystem und dem Anteil der Hochschulabsolvent:innen, mit Ausnahme der MINT-Fächer, schneidet Österreich weiterhin relativ schwach ab.

Abbildung 3: Bestimmungsfaktoren für die Leistungsfähigkeit in der Wissensproduktion und Wissensverwertung

Normierte Werte, jeweils letzter verfügbares Jahr



Q: Quellen, Indikatorendetailwerte und -erläuterung in den Übersichten 1 und 2.

Im tertiären Bereich des Bildungssystems sind die Hochschulausgaben je Studierende:n in Österreich in etwa gleich hoch wie in den führenden EU-Ländern – bei rückläufigem Trend. Die Durchschnittsbetrachtung verdeckt allerdings die beträchtlichen Unter-

schiede in den Pro-Kopf-Ausgaben; hier liegt Österreich insbesondere gegenüber führenden europäischen Voll- und technischen Universitäten deutlich zurück (Hofmann & Janger, 2023).

⁷⁾ Die Normalisierung wird in Janger und Strauss-Kollin (2020) beschrieben.

⁸⁾ Die Schweiz veröffentlicht F&E-Daten nur alle zwei bis drei Jahre.

⁹⁾ Die gesamte öffentliche Finanzierung von F&E enthält zusätzlich zur Finanzierung von Unternehmens-F&E

etwa auch die Finanzierung von F&E an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

¹⁰⁾ Für Ursachenanalysen und Reformvorschläge siehe Gassler und Sellner (2015), Keuschnigg und Sardadvar (2019) sowie Peneder (2013).

Übersicht 1: Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation in Österreich im internationalen Vergleich – Bestimmungsfaktoren

	Zeitbereich	Ausgangs- wert	Aktuellster Wert	Vergleichsländergruppen = 100 ¹⁾			Veränderung über den Zeitbereich		Top 3	Verfügbare Länder
				EU	Führende Innova- tionsländer	Top 3	In % p. a.	Differenz zu den führen- den Inno- vations- ländern in Prozent- punkten		
Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation ²⁾										
F&E-Quote	2000/2023	1,89	3,26	174,6	109,6	65,7	1,38	1,20	IL, KR, SE	39
Grundlagenforschungsquote	2002/2021	0,36	0,61	168,5	112,5	0,0	0,25	0,20	CH, KR, AT	14
Unternehmensausgaben für F&E	2002/2023	1,39	2,27	187,0	111,2	54,2	2,35	1,91	IL, KR, JP	39
Öffentliche Finanzierung von F&E	2000/2023	0,72	1,07	132,3	139,8	97,2	0,35	0,37	KR, AT, DE	39
Öffentliche Finanzierung von F&E in Unternehmen	2002/2021	0,18	0,32	221,9	215,0	0,0	0,14	0,12	IS, PT, FR	15
Risikokapitalintensität ³⁾	2007/2024	0,02	0,03	56,1	25,1	19,4	0,01	– 0,03	UK, DK, CH	22
Humanressourcen										
Ausgaben je Schüler:in ⁴⁾	2012/2022									
		21.474	24.610	144,1	119,0	79,7	1,37	– 0,21	LU, NO, CH	31
Hochschulausgaben pro Kopf (Studierende) ⁵⁾	2012/2022	21.294	24.209	125,2	84,7	52,1	1,29	1,76	LU, UK, CH	34
Hochschulabsolvent:innen ⁵⁾	2004/2024	30,5	44,4	97,8	87,9	64,7	13,90	– 4,89	KR, CA, IE	41
MINT-Absolvent:innen ⁴⁾	2000/2023	7,2	24,6	122,9	106,6	77,0	17,40	5,53	IE, FI, FR	32
Anteil der Forscherinnen ²⁾	2002/2021	20,7	31,3	83,4	96,0	0,0	10,54	3,92	LV, LT, HR	11
Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ⁶⁾										
Unternehmen mit Innovationskooperationen	2004/2020									
		10,0	17,9	178,8	142,6	96,2	7,89	14,56	UK, FI, AT	32

Q: WIFO-Darstellung. – ¹⁾ Werte über 100 . . . höhere Leistung Österreichs, Werte unter 100 . . . niedrigere Leistung Österreichs. Dunkelgrün: ab 110, Mittelgrün: 100 bis unter 110, Hellgrün: 90 bis unter 100, Hellblau: 75 bis unter 90, Dunkelblau: unter 75. – ²⁾ Q: OECD MSTI. – ³⁾ Q: Invest Europe. – ⁴⁾ Q: Eurostat. – ⁵⁾ Q: OECD. – ⁶⁾ Q: Eurostat CIS.

Der Anteil der Hochschulabsolvent:innen an der Bevölkerung ist in Österreich selbst in einer breiten Definition, die auch die letzten zwei Stufen der Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) einschließt, seit langem niedriger als im EU-Durchschnitt. Wesentlich besser schneidet Österreich hinsichtlich des breit definierten Anteils der MINT-Absolvent:innen ab, vor allem aufgrund der Schulform der Höheren Technischen Lehranstalten (HTL). Die Entwicklung war hier zudem sehr dynamisch. Ohne Berücksichtigung von BHS-Absolvent:innen würde Österreich allerdings wesentlich schlechter abschneiden und nur etwa 78% des Niveaus der führenden Innovationsländer erreichen. Die eigentlichen MINT-Studiengänge absolvieren in Österreich somit deutlich weniger Personen als in den führenden EU-Ländern¹¹⁾.

Der Anteil der Forscher:innen am gesamten Forschungspersonal ist sowohl in Österreich, das hierin jedoch aufholt, als auch in den führenden Innovationsländern niedrig. Einen

Spitzenwert unter den Top 3 erzielt Österreich in Bezug auf den Anteil der Unternehmen, die mit Hochschulen kooperieren. Wurde hier Ende der 1990er-Jahre eine Schwäche Österreichs diagnostiziert (Lundvall, 2010; Stampfer, 2000), so wandelte sich diese in eine Stärke, wohl nicht zuletzt durch beständige und intensive Förderung, etwa über Förderprogramme wie z. B. K-plus oder den Nachfolger COMET.

Die Bestimmungsfaktoren der Wissensproduktion und -verwertung sind noch wesentlich zahlreicher als die hier gezeigten und werden wohl am umfassendsten in der Theorie der Nationalen Innovationssysteme bestimmt (Lundvall, 2010). So fehlen aus Platzgründen wichtige Rahmenbedingungen wie die Produkt- und Kapitalmarktregulierung¹²⁾ oder die Entwicklung der immateriellen Investitionen (neben F&E auch Investitionen in Software, Lizenzen usw.). Hier liegt Österreich gegenüber den führenden Ländern zurück (Friesenbichler et al., 2023).

¹¹⁾ <https://fti-monitor.forwit.at/B/B.L>, Indikator MINT-Absolvent:innen ISCED 5 bis 8 (einschließlich BHS) versus ISCED 6 bis 8 (ohne BHS).

¹²⁾ Eine Übersicht bieten Janger und Strauss-Kollin (2020).

Übersicht 2: Indikatoren zur Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation im internationalen Vergleich – Bestimmungsfaktoren

	Beitrag zur Wissensproduktion	Quelle	Definition
Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Innovation			
F&E-Quote	Input	OECD MSTI	F&E-Ausgaben (GERD) in % des BIP
Grundlagenforschungsquote	Input	OECD MSTI	Grundlagenforschungsausgaben in % des BIP, laut Definition des OECD Frascati-Manual
Unternehmensausgaben für F&E	Input	OECD MSTI	F&E-Ausgaben im Sektor Unternehmen in % des BIP
Öffentliche Finanzierung von F&E	Input	OECD MSTI	Öffentliche Finanzierung von FTI im internationalen Vergleich (Anteil GERD finanziert von öffentlichen Stellen) in % des BIP
Öffentliche Finanzierung von F&E in Unternehmen	Input	OECD R&D Tax Incentives database	Direkte öffentliche Finanzierung und steuerliche Unterstützung von F&E in Unternehmen, in % des BIP
Risikokapitalintensität	Input	Invest Europe	Risikokapital in % des BIP, laut Marktstatistik
Humanressourcen			
Ausgaben je Schüler:in	Input	Eurostat	Öffentliche Ausgaben für Bildung pro Kopf (Schüler:innen der Sekundarstufe) basierend auf Vollzeitäquivalenten, in 1.000 Kaufkraftstandards
Hochschulausgaben pro Kopf (Studierende)	Input	OECD Education at a Glance	Öffentliche und private Ausgaben für Hochschulen (ISCED 6 bis 8) pro Kopf (Studierende), in 1.000 Kaufkraftstandards
Hochschulabsolvent:innen	Output	OECD Education at a Glance	Anteil der 25- bis 34-jährigen Hochschulabsolvent:innen (ISCED 5 bis 8) an der gleichaltrigen Bevölkerung in %
MINT-Absolvent:innen	Output	Eurostat	20- bis 29-Jährige mit Tertiärabschluss in naturwissenschaftlichen und technologischen Fachrichtungen (ISCED 5 bis 8) in % der gleichaltrigen Bevölkerung
Anteil der Forscherinnen	Input	OECD MSTI	Anteil der Frauen am wissenschaftlichen Forschungspersonal in allen Wirtschaftsbereichen in %
Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft			
Unternehmen mit Innovationskooperationen	Input	Eurostat CIS	Anteil der Unternehmen, die mit Hochschulen oder außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Innovationsprojekten kooperieren, an allen Unternehmen in %

Q: WIFO-Darstellung.

3. Wissensproduktion im Vergleich

Im Wissenschaftsbereich liegt die Leistung Österreichs, gemessen an bewilligten Anträgen beim Europäischen Forschungsrat (European Research Council – ERC) sowie der Zahl und Qualität von Journalpublikationen über dem Durchschnitt der EU, aber hinter den führenden Innovationsländern, mit großem Abstand zu den weltweiten Top 3. Eine Ausnahme ist der Indikator "Hochschulranking Forschungsleistung", bei dem Österreich selbst unter dem Durchschnitt der EU 27 liegt. Dieses schwache Ergebnis spiegelt die zersplitterte Struktur der akademischen Forschung in Österreich wider: keine der für ein kleines Land wie Österreich zahlreichen Universitäten¹³⁾ erreicht einen hohen Anteil hochzitierteter Publikationen, während außeruniversitäre Forschungseinrichtungen mit hoher Forschungsleistung wie das IST Austria (Institute of Science and Technology Austria)

oder Institute der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wie z. B. das IMBA (Institute of Molecular Biotechnology) zu klein sind, um im Leiden-Ranking aufzuscnein.

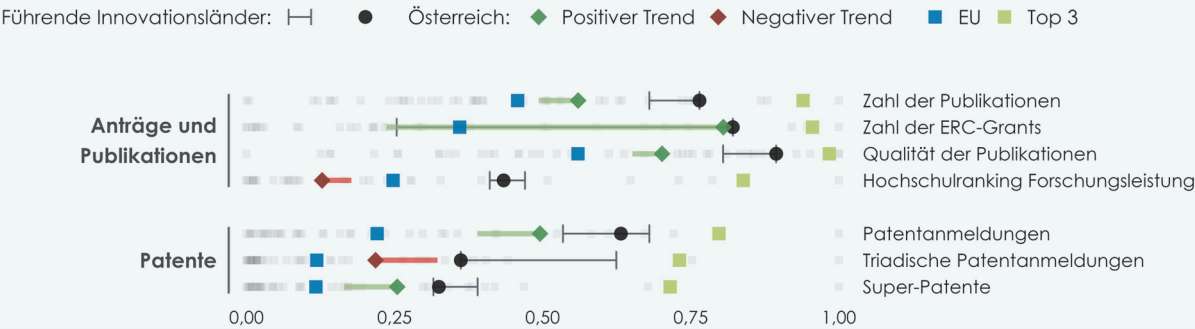
Sichtbar sind diese Einrichtungen im Bereich der ERC-Grants, wo Österreich zu den führenden Innovationsländern aufgeschlossen hat. Indikatoren, für die die Gesamtleistung des Systems ausschlaggebend ist, wie z. B. die Qualität der Publikationen insgesamt, bescheinigen Österreich zwar hervorragende Forschungsgruppen, diese stellen aber einen zu geringen Anteil am wissenschaftlichen Personal, um in den auf Länderebene aggregierten Kennzahlen sichtbar zu sein. Während sich die Zahl der Publikationen relativ zu anderen Ländern tendenziell verbessert, nimmt die Qualität etwas ab.

¹³⁾ 23 öffentliche und 19 private Universitäten (https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/bildung_und_ausbildung/hochschulen/universitaet/Seite.160302). Im Vergleich Niederlande

13 Universitäten bei doppelt so hoher Bevölkerungszahl, Schweiz 11 Universitäten, Dänemark 7 Universitäten laut ETER-Daten. Ein Grund dafür ist die Trennung der Haupt- und Medizinuniversitäten in Österreich.

Abbildung 4: Leistungsfähigkeit in der Wissensproduktion

Normierte Werte, jeweils letztverfügbares Jahr



Q: Quellen, Indikatorendetailwerte und -erläuterung in den Übersichten 3 und 4.

Übersicht 3: Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation in Österreich im internationalen Vergleich – Wissensproduktion

	Zeitbereich	Ausgangs- wert	Aktuellster Wert	Vergleichsländergruppen = 100 ¹⁾			Veränderung über den Zeitbereich		Top 3	Verfügbare Länder
				EU	Führende Innova- tionsländer	Top 3	In % p. a.	Differenz zu den füh- renden Innovations- ländern in Prozent- punkten		
Anträge und Publikationen										
Zahl der Publikationen ²⁾	2005/2024	1,6	3,4	120,6	74,4	61,1	3,95	0,33	CH, DK, IS	43
Zahl der ERC-Grants ³⁾	2009/2024	1,7	4,7	222,3	98,1	84,3	7,08	0,29	IL, NL, DK	33
Qualität der Publikationen ⁴⁾	2017/2024	112,4	106,7	124,8	78,7	71,6	– 5,68	– 2,46	AU, NL, UK	41
Hochschulranking Forschungsleistung ⁵⁾	2009/2022			48.548	42.716	51,7	29,5	15,3	– 0,98	– 1,60
Patente ⁶⁾										
Patentanmeldungen	2000/2021	0,1	0,2	224,0	78,4	62,2	2,34	0,97	CH, SE, DK	41
Triadische Patentanmeldungen	2000/2021	0,038	0,037	182,9	60,3	29,9	– 0,14	0,38	CH, JP, KR	41
Super-Patente	2000/2022	1,1	1,6	215,2	78,5	35,8	1,80	2,49	KR, JP, CH	43

Q: WIFO-Darstellung. – ¹⁾ Werte über 100 ... höhere Leistung Österreichs, Werte unter 100 ... niedrigere Leistung Österreichs. Dunkelgrün: ab 110, Mittelgrün: 100 bis unter 110, Hellgrün: 90 bis unter 100, Hellblau: 75 bis unter 90, Dunkelblau: unter 75. – ²⁾ Q: Scimago. – ³⁾ Q: European Research Council. – ⁴⁾ Q: European Innovation Scoreboard. – ⁵⁾ Q: CWTS Leiden Ranking 2024, WIFO-Berechnungen. – ⁶⁾ Q: PATSTAT, Frühling 2025, Weltbank, WIFO-Berechnungen.

Die Technologiefrontier wird anhand der Zahl der Patentanmeldungen und ihrer Qualität definiert. Für Qualität bürgen triadische Patente, die bei allen drei großen Patentämtern in den USA, Japans und der EU angemeldet werden¹⁴⁾, sowie technologisch besonders bedeutsame "Super-Patente".

Gemessen an der Zahl der Patentanmeldungen nur beim Europäischen Patentamt und an den "Super-Patenten" (Reinstaller & Reschenhofer, 2017)¹⁵⁾ weist Österreich einen positiven Trend auf. Die Zahl der kommerziell besonders bedeutsamen "triadischen" Patente ist allerdings rückläufig.

¹⁴⁾ Die Anmeldung an drei großen Patentämtern weist auf eine besonders große potenzielle kommerzielle Bedeutung triadischer Patente hin, die die hohen

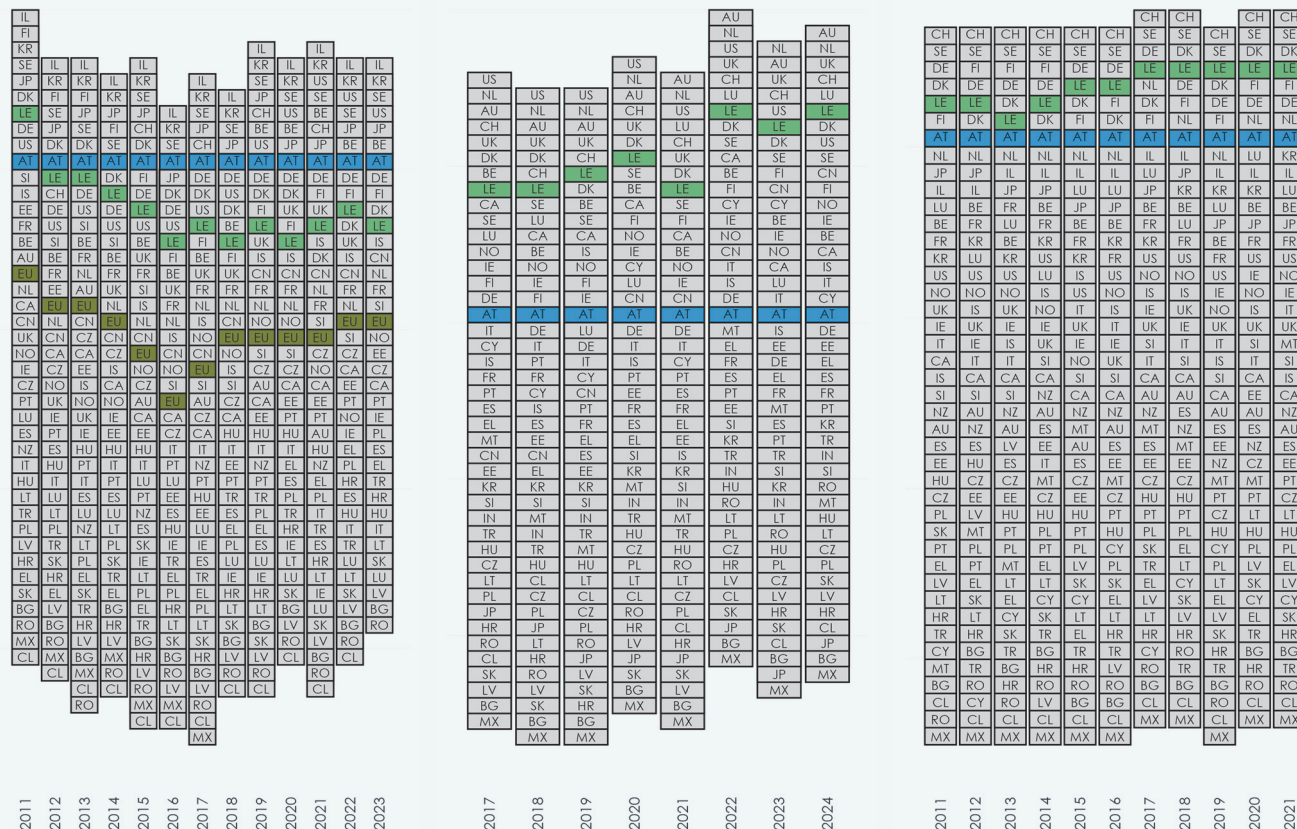
Kosten solcher Anmeldungen rechtfertigt (Unterlass et al., 2013).
¹⁵⁾ Wir bedanken uns bei Peter Reschenhofer für die Zurverfügungstellung der Berechnungsroutine.

Abbildung 5: Österreichs Rang hinsichtlich der F&E-Quote, Qualität der Publikationen und Patentanmeldungen im Zeitverlauf

F&E-Quote

Qualität der Publikationen

Patentanmeldungen



Q: OECD; European Innovation Scoreboard; PATSTAT, Frühling 2025; Weltbank; WIFO-Berechnungen. LE . . . Durchschnitt der führenden Innovationsländer.

Zu den jeweiligen Top 3 zählt sowohl in Bezug auf Publikationen als auch auf Patente sehr oft die Schweiz, die sowohl forschungsstarke Universitäten als auch eine hohe Spezialisierung auf wissensintensive Branchen wie z. B. die Pharmaindustrie aufweist. Die Niederlande zählen häufig zu den Top 3 bezüglich Publikationen, während im Bereich der Patente Länder mit bedeutender Industrie wie z. B. Schweden, Deutschland und Japan voranliegen. Die USA zählen relativ zur Landesgröße nicht zu den Top 3, würden jedoch in einer nicht größenskalierten Betrachtungsweise in den meisten Indikatoren (außer ERC-Grants) den ersten Platz einnehmen.

Angesichts der in Österreich sehr hohen öffentlichen F&E-Finanzierung (Kapitel 2) wurde in den letzten Jahren die Wirkung der Ausgaben bzw. ihre Effizienz und Effektivität diskutiert (Janger & Kügler, 2018; OECD,

2018). Abbildung 5 stellt einen Input-Indikator, die F&E-Quote, der Entwicklung zweier zentraler Outputindikatoren, der Zahl der Patentanmeldungen und der Qualität der Publikationen, gegenüber. In Bezug auf die F&E-Quote holte Österreich in den letzten Jahren stärker auf als bei der Qualität der Publikationen und den Patentanmeldungen. Andere Outputindikatoren würden teils ein anderes Bild ergeben, z. B. die Zahl der triadischen Patente ein schlechteres als jene der Anmeldungen beim Europäischen Patentamt, die Zahl der ERC-Grants ein besseres als die Qualität der Publikationen insgesamt. Effizienzanalysen benötigen daher umfassende Untersuchungen, die eigene statistische Verfahren einsetzen, um Bündel an Input- und Outputindikatoren berücksichtigen zu können. In solchen Analysen zeigt sich in der Regel eine durchschnittliche Effizienz Österreichs im Mittelfeld der EU-Länder (Janger & Kügler, 2018).

Österreich liegt in einem Vergleich von Indikatoren für die Wissensproduktion über dem EU-Durchschnitt, unter dem Durchschnitt der führenden Innovationsländer und deutlich hinter den weltweiten Top 3.

Übersicht 4: Indikatoren zur Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation im internationalen Vergleich – Wissensproduktion

	Beitrag zur Wissensproduktion	Quelle	Definition
Anträge und Publikationen			
Zahl der Publikationen	Output	Scimago	Zahl der zitierfähigen Publikationen je 1.000 Einwohner:innen
Zahl der ERC-Grants	Output	European Research Council	Zahl der ERC-Grants je Einwohner:in ¹⁾
Qualität der Publikationen	Output	European Innovation Scoreboard	Zahl der Publikationen unter den meistzitierten 10% weltweit
Hochschulranking Forschungsleistung	Output	CWTS-Leiden-Ranking 2024, WIFO-Berechnungen	Zahl der Hochschulen Österreichs in groben Ranggruppen (1 bis 50, 51 bis 100, 101 bis 200, 201 bis 300) im Leiden-Ranking relativ zur Landesgröße (Zahl der Hochschulen je 10 Mio. Einwohner:innen, gewichtet mit den Ranggruppen: je besser die Ranggruppe, desto höher das Gewicht)
Patente			
Patentanmeldungen	Output	PATSTAT, Frühling 2025; Weltbank; WIFO-Berechnungen	Patentanmeldungen am EPA nach Wohnsitz des:der Erfinders:in, je 1.000 Einwohner:innen
Triadische Patentanmeldungen	Output	PATSTAT, Frühling 2025; Weltbank; WIFO-Berechnungen	Patentanmeldungen an EPA, JPO und USPTO nach Wohnsitz des:der Erfinders:in, je 1.000 Einwohner:innen
Super-Patente	Output	PATSTAT, Frühling 2025; Weltbank; WIFO-Berechnungen	Bahnbrechende Erfindungen, Rangwerte (Pagerank), relativ zur EU

Q: WIFO-Darstellung. EPA . . . Europäisches Patentamt, JPO . . . Japan Patent Office, USPTO . . . United States Patent and Trademark Office. – ¹⁾ Die Anzahl der ERC-Grants richtet sich nach der "host institution", die im Projektantrag vermerkt ist.

4. Ökonomische Wirkung im Vergleich – Wissensverwertung

Um ökonomische Effekte der Wissensproduktion – die Innovationsleistung im engeren Sinn -international zu vergleichen, werden Effekte, die ein Upgrading bestehender Branchen bzw. Unternehmen bewirken, von solchen unterschieden, die einen Strukturwandel in Richtung wissensintensiverer Branchen mit sich bringen (Janger, Schubert et al., 2017). Neues Wissen kann dazu eingesetzt werden, in bestehenden Branchen auf der "Qualitätsleiter" höher zu steigen, etwa durch eine Modernisierung der Produkte oder eine Steigerung des Technologiegehaltes¹⁶⁾. Neues Wissen kann aber auch das Wachstum wissensintensiver Branchen bewirken, etwa über innovationsintensive Start-ups.

Österreichs Industriestruktur war bisher von einer Spezialisierung auf traditionellere, weniger innovationsintensive Branchen geprägt. Sein makroökonomischer Erfolg gemessen an Einkommen und Produktivität in "alten Strukturen" (Janger, 2012; Peneder, 2001) wurde auch als österreichisches Paradoxon bezeichnet. Erfolgreiches Upgrading ist ein Erklärungsansatz. Umgekehrt war in Österreich der Strukturwandel in Richtung wissensintensiver Aktivitäten eher schwach ausgeprägt, mit einer selbst im europäischen

Vergleich geringen Dynamik innovationsintensiver Jungunternehmen.

Upgrading wird hier durch Indikatoren zur Exportqualität (Anteil des hochpreisigen Segments innerhalb der Exporte einer Branche)¹⁷⁾ und -komplexität (Komplexität des exportierten Warenkorbs, z. B. Seltenheit der Exportprodukte)¹⁸⁾ gemessen. Beide Indikatoren sind in Österreich zwar höher als in den führenden Innovationsländern, haben sich aber zuletzt verschlechtert. Es scheint wegen der Konkurrenz aufstrebender Volkswirtschaften weniger als früher zu gelingen, zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit in noch höhere Preis- bzw. Qualitätssegmente vorzustoßen (Reinstaller & Friesenbichler, 2020). Allerdings ist Österreichs Abstand zu den weltweiten Top 3, deren Leistungsniveau jenem der führenden EU-Innovationsländer ähnelt, geringer als in vielen anderen Bereichen. Trotzdem ist die Leistungsver schlechterung bedenklich, weshalb zur Ursachenforschung tiefergehende Analysen nötig wären.

Die Indikatoren zum Strukturwandel zeigen ein sehr gemischtes Bild, wobei sie durch die Produktion in internationale Wertschöpfungsketten teils stark verzerrt sein können. So zählt die Produktion von Automotoren in Ungarn statistisch als Hightech-Aktivität, auch

¹⁶⁾ So entwickelte sich etwa die voestalpine aufgrund des intensiven Einsatzes von Forschung, Entwicklung und Innovation von einem traditionellen Stahlhersteller zu einem Technologiekonzern.

¹⁷⁾ Siehe dazu z. B. Aiginger (1997), Janger (2012).
¹⁸⁾ Siehe dazu Janger, Schubert et al. (2017).

wenn das Know-how zumindest teilweise aus Deutschland stammt (Janger, Schubert et al., 2017). Die Start-up-Dynamik ist schwierig zu messen, da robust vergleichbare internationale Daten fehlen. Der Austrian Startup Monitor¹⁹⁾ zeigt auf der Basis von Primärrecherchen eine positive Dynamik, stellt aber keine internationalen Vergleiche an. Die Risikokapitalintensität als Inputindikator der Start-up-Dynamik ist in Österreich weiter unterdurchschnittlich (Kapitel 2), wobei Risikokapitalinvestitionen in der Regel stark zyklisch sind.

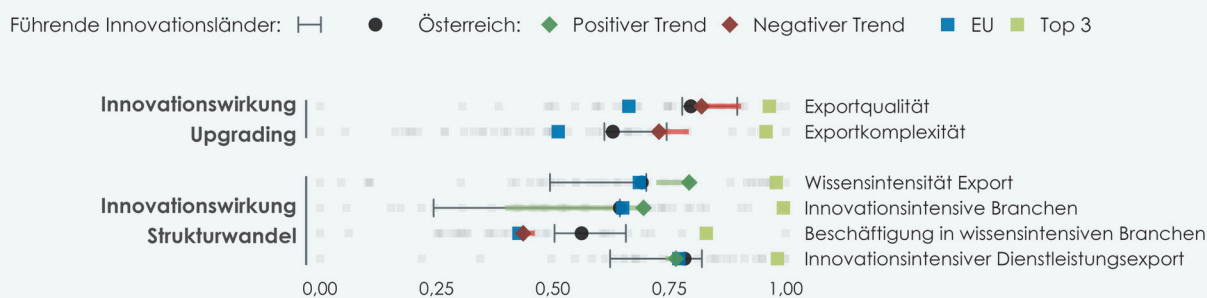
Über den Werten der führenden Innovationsländer liegt Österreich in der Wissensintensität des Exports und im Anteil innovationsintensiver Branchen. Bei der Wissensintensität des Exports verbessert sich Österreich gegenüber den führenden Ländern, weil diese hierzulande weniger stark sinkt. Der Anteil innovationsintensiver Branchen blieb de facto

unverändert. Die Beschäftigung in wissensintensiven Branchen und der wissensintensive Dienstleistungsexport sind in Österreich geringer als in führenden Innovationsländern.

Wie eingangs erläutert, ist die Wissensverwertung nicht nur für wirtschaftliche Zwecke wichtig, sondern auch für gesellschaftliche Anliegen wie Umweltschutz und Klimawandel. Die ökonomische Wissensverwertung wurde in diesem Beitrag zudem branchenunabhängig, d. h. ohne thematischen Schwerpunkt, dargestellt, obwohl die Umwälzungen in einigen Branchen viel schneller erfolgen als in anderen. Hier wird auf einschlägige Publikationen verwiesen (siehe Kapitel 1). Entwicklungen im Bereich Umweltschutz und Digitalisierung gehen oft mit wirtschaftlichen Konsequenzen einher, etwa durch die Anwendung neuer Technologien für Energieproduktion und -speicherung, Mobilität, Gebäude, Landwirtschaft usw.

Abbildung 6: Indikatoren zur Leistungsfähigkeit in der Wissensverwertung

Normierte Werte, jeweils letztverfügbares Jahr



Q: Quellen, Indikatorendetailwerte und -erläuterung in den Übersichten 5 und 6.

Übersicht 5: Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation in Österreich im internationalen Vergleich – Wissensverwertung

	Zeitraum	Ausgangs- wert	Aktueller Wert	Vergleichslandgruppen = 100 ¹⁾			Veränderung über den Zeitraum		Top 3	Verfügbare Länder
				EU	Führende Innovations- länder	Top 3	In % p. a.	Differenz zu den führenden Innovations- ländern in Prozent- punkten		
Innovationswirkung Upgrading										
Exportqualität ²⁾	2010/2023	89,7	86,7	109,0	101,2	92,9	– 3,09	– 0,67	IE, DE, SE	28
Exportkomplexität ³⁾	2007/2023	1,6	1,6	144,8	116,5	75,3	0,20	0,69	JP, CH, KR	43
Innovationswirkung Strukturwandel										
Wissensintensität Export ²⁾	2002/2024	56,5	58,2	114,4	113,6	81,9	1,66	– 1,01	KR, HU, JP	43
Innovationsintensive Branchen ²⁾	2008/2023	0,3	0,3	105,1	105,8	54,0	– 0,05	0,01	CL, KR, JP	41
Beschäftigung in wissens- intensiven Branchen ⁴⁾	2008/2024	13,9	16,5	101,2	86,2	66,5	2,60	– 0,75	LU, IE, CH	32
Innovationsintensiver Dienstleistungsexport ²⁾	2012/2023	81,3	76,4	99,5	98,3	83,4	– 4,95	– 5,45	EL, IS, LU	30

Q: WIFO-Darstellung. – ¹⁾ Werte über 100 . . . höhere Leistung Österreichs, Werte unter 100 . . . niedrigere Leistung Österreichs. Dunkelgrün: ab 110, Mittelgrün: 100 bis unter 110, Hellgrün: 90 bis unter 100, Hellblau: 75 bis unter 90, Dunkelblau: unter 75. – ²⁾ Q: Eurostat. – ³⁾ Q: BACI. – ⁴⁾ Q: European Innovation Scoreboard.

¹⁹⁾ <https://austrianstartupmonitor.at/>.

Übersicht 6: Indikatoren zur Leistungsfähigkeit von Forschung und Innovation im internationalen Vergleich – Wissensverwertung

	Beitrag zur Wissensproduktion	Quelle	Definition
Innovationswirkung Upgrading			
Exportqualität	Output	Eurostat	Anteil der Exporte im Hochpreissegment am Gesamtexport in %
Exportkomplexität	Output	BACI	Komplexitätsscore der exportierten Produkte: Produktraumindikator ¹⁾ , der den technologischen Entwicklungsgrad einer Produktlinie anhand der Komplexität der zugrundeliegenden Wissensbestände misst
Innovationswirkung Strukturwandel			
Wissensintensität Export	Output	Eurostat	Anteil von Exporten mit mittelhoher bis hoher Technologieintensität am Gesamtexport in %
Innovationsintensive Branchen	Output	Eurostat	Anteil innovationsintensiver Branchen an der Wertschöpfung in %
Beschäftigung in wissensintensiven Branchen	Output	European Innovation Scoreboard	Anteil wissensintensiver Branchen an der Beschäftigung in %
Innovationsintensiver Dienstleistungsexport	Output	Eurostat	Anteil innovationsintensiver Branchen am Dienstleistungsexport in %

Q: WIFO-Darstellung. – ¹⁾ Hausmann und Hidalgo (2011), Hidalgo und Hausmann (2009), Tacchella et al. (2012).

Neue Rahmenbedingungen wie Österreichs sinkende Wettbewerbsfähigkeit, Budgetrestriktionen und das Streben nach technologischer Souveränität rufen nach strukturellen Reformen.

5. Schlussfolgerungen

Die Ergebnisse dieser Analyse der Innovationsleistung Österreichs sind mit Vorsicht zu betrachten. Für die Bestimmungsfaktoren liegen zwar einige verlässliche Indikatoren vor, da die Erfassung von monetären oder Humanressourcen durch viele statistische Standards etwa der OECD gewährleistet ist. Die Herausforderung liegt allerdings in der Vielzahl der möglichen Einflussfaktoren. Nicht abgebildet sind etwa Indikatoren zur Art der Mittelvergabe (z. B. über Basisfinanzierung oder im Wettbewerb). Robuste Kennzahlen liegen für die kodifizierte Produktion von Wissen vor, nicht jedoch für den Aufbau von implizitem Wissen. Indikatoren der Wissensverwertung leiden unter Verzerrungen, die sich aus der Einbindung der Produktion in internationale Wertschöpfungsketten ergeben. Aus Platzgründen wurde zu spezifischen Themenbereichen, wie z. B. Umweltschutz oder Digitalisierung, auf Publikationen verwiesen²⁰⁾.

Österreichs Leistungsfähigkeit im Bereich Innovation liegt vereinfacht über dem Durchschnitt der EU, meist unter dem Durchschnitt der führenden Innovationsländer und in der Regel deutlich unter dem Durchschnitt der weltweiten Top 3. Um die Leistungsfähigkeit Österreichs adäquat einschätzen und verbessern zu können, gilt es daher, sich nicht nur an der EU, sondern an weltweit führenden Ländern zu orientieren.

Bei den Bestimmungsfaktoren der Innovationsleistung, zu denen z. B. die Unternehmensausgaben, die öffentliche Finanzierung von F&E, die Ausgaben je Schüler:in im Sekundarbereich sowie Innovationskooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen zählen, rangiert Österreich teils auf dem

Niveau der führenden Innovationsländer oder sogar darüber. Die F&E-Aufwendungen Österreichs in % des BIP übertreffen schon seit 13 Jahren jene der führenden Innovationsländer.

Uneinheitlicher ist das Bild, wenn das Ergebnis dieser Aufwendungen, die Wissensproduktion und -verwertung (Innovation), im Fokus steht. Zwar zeigen sich in einigen Bereichen deutliche Leistungssteigerungen, wie z. B. bei der Zahl von Publikationen und Patenten, ERC-Grants und "Super"-Patenten, selbst wenn Österreich dort nach wie vor hinter den führenden Innovationsländern liegt. In anderen Bereichen (triadische Patente, Publikations- oder Exportqualität, Exportkomplexität) fällt Österreich dagegen tendenziell zurück oder liegt, wie etwa beim investierten Risikokapital als Maß für die Start-up-Dynamik, weit hinter den führenden Innovationsländern. In wichtigen Innovationsrankings wie dem EIS und dem Global Innovation Index ist Österreich zuletzt zurückgefallen und befindet sich nunmehr auf Rang 11 in Europa bzw. dem 8. Rang innerhalb der EU.

Österreichs Innovationsleistung entspricht damit noch nicht den hohen F&E-Aufwendungen, wird aber künftig weiter an Bedeutung gewinnen, um im globalen Technologiewettlauf nicht zurückzufallen und dem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit entgegenzuwirken. Der budgetäre Spielraum ist jedoch aufgrund der fiskalischen Lage über die nächsten Jahre absehbar klein (Baumgartner et al., 2024). FTI-politische Maßnahmen zur Steigerung der Innovationsleistung könnten sich deshalb auf einen möglichst effektiven Einsatz bestehender Mittel und

²⁰⁾ Eine ausführliche Diskussion von Messproblemen sowie zusätzliche Indikatoren aus vielen Bereichen präsentieren Janger und Strauss-Kollin (2020); siehe

auch Hofmann et al. (2025) zur Leistungsfähigkeit in Schlüsseltechnologien.

strukturelle Reformen konzentrieren. Viele konkrete Vorschläge enthält die Halbzeitevaluierung der FTI-Strategie 2030 (Janger et al., 2025).

Mit Blick auf die Förderung von Technologieentwicklung oder Unternehmensinnovationen, die in Österreich im internationalen Vergleich gut ausgebaut ist, könnte etwa das Mikrodatenzentrum der Statistik Austria genutzt werden, um das Förderportfolio evidenzbasiert zu evaluieren und Mittel zu den wirksamsten Instrumenten oder dringenden Herausforderungen umzuschichten. Zu letzteren zählt wohl die Leistungsfähigkeit in Schlüsseltechnologien, bei der es nicht nur um die Nutzung neuer technologischer Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft geht, sondern auch um die Vermeidung einseitiger Abhängigkeiten, die von autoritär regierten Handelspartnern ausgenützt werden könnten.

Eine wichtige Triebkraft der Entwicklung von Schlüsseltechnologien waren in den USA und China Start- bzw. Scale-ups, etwa OpenAI bei künstlicher Intelligenz, oder CATL bei Batterien. Ein dynamischerer Strukturwandel, befeuert durch Start-ups und attraktive Forschungsuniversitäten, würde wohl auch die technologische Souveränität erhöhen: Die meisten Bereiche, in denen die EU heute einseitige Abhängigkeit von anderen Ländern beklagt, gehen auf relative rezente Unternehmensgründungen zurück, während es in der EU kaum junge, schnell gewachsene Technologieunternehmen gibt, die ihren Markt dominieren²¹⁾.

In Österreich und der EU insgesamt kämpfen Start-ups vor allem mit dem Mangel an Wachstumsfinanzierung oder privatem Risikokapital. Regulatorische Änderungen und wirtschaftspolitische Maßnahmen könnten es Pensions- oder Versicherungsfonds erleichtern, Finanzmittel in Risikokapitalfonds anzulegen, wie es im diesbezüglichen Vorzeigeland Schweden bereits geschieht (Asgari, 2024). Ein solcher innovationsfreundlicher Kapitalmarkt könnte das schwächere Wachstum der öffentlichen Förderung kompensieren. Zentral ist in diesem Zusammenhang ein gemeinsamer europäischer Kapitalmarkt, wie ihn auch Mario Draghi fordert.

Auch Spitzenforschung ist wesentlich, um Talente anzuziehen und die Gründung von Start-ups zu begünstigen, die über Grundlagenforschung neue Technologien erschließen, wie z. B. auch in Österreich im Bereich Quantentechnologien (Janger et al., 2024). Österreichs Hochschullandschaft ist allerdings extrem zersplittert, was die Standort-

wirkung der Grundlagenforschung behindert. Die Universität Wien und die Medizinische Universität Wien erreichen z. B. gemeinsam so viele Publikationen wie die Universität Zürich allein. Eine Wiedervereinigung der Haupt- mit den medizinischen Universitäten Graz, Innsbruck und Wien wäre ein erster Schritt für eine erhöhte internationale Sichtbarkeit. Gleiches gilt für die Verschränkung der geplanten Digitaluniversität in Oberösterreich mit dem bestehenden "Linz Institute of Technology" der Universität Linz.

Globale Spitzenuniversitäten sind Magneten für talentierte Student:innen, Forscher:innen und Unternehmen (Abel & Deitz, 2011; Astebro & Bazzazian, 2011; Belderbos et al., 2014). Sie verfügen allerdings in der Regel über weit höhere Ressourcen als heimische Hochschulen, die ETH Zürich z. B. über das dreifache Budget der Technischen Universität Wien (TU Wien; Hofmann & Janger, 2023). Das Hochschulbudget müsste daher stark selektiv ausgeweitet werden. Die Schweiz mit ihren beiden "Bundes-TUs" Zürich und Lausanne sowie einer begrenzten Zahl noch immer sehr forschungstarker kantonaler Universitäten wäre ein mögliches Modell für Österreich. Die ETH Zürich brachte 2023 über 40 Spin-offs hervor²²⁾, die TU Wien laut uni:data 5. Universitäten mit Spielraum können schneller auf neue emergente Felder reagieren und über Forschung und Lehre Humanressourcen ausbilden, die von neuen Branchen benötigt werden (z. B. in der Batterieforschung oder im Bereich künstliche Intelligenz). Technische Universitäten könnten wesentliche Pfeiler der in Erarbeitung befindlichen Industriestrategie Österreichs darstellen.

Je nach der konkreten Ausgestaltung wird die Wissenschaftspolitik der USA unter Präsident Trump den Forschungsstandort Österreich herausfordern und ihm zugleich Chancen eröffnen. Restriktivere Visa- und Sicherheitsprüfungen, ideologisch motivierte Eingriffe in die Hochschulautonomie (z. B. über das Verbot von Diversity, Equity, Inclusion (DEI)-Programmen) sowie Kürzungen in den Budgets der beiden großen amerikanischen Grundlagenforschungsförderfonds NIH (National Institutes of Health) und NSF (National Science Foundation) könnten hochqualifizierte Forschende zur Abwanderung bewegen. 25 Forschende sind bis Herbst 2025 bereits nach Österreich gekommen.

Es bestünde somit ein Zeitfenster für Österreich, um durch schnell eröffnete und planbare Talentpfade (Visa, Tenure-Track), selektiv gestärkte Universitäten, wettbewerbsfähige Start-up-Rahmenbedingungen sowie eine gut ausgebaute Rechen- und

²¹⁾ Microsoft und Apple wurden Mitte der 1970er-, Google Ende der 1990er-Jahre gegründet, ähnlich wie der chinesische Batteriehersteller BYD; Huawei wurde 1987, die dominierende chinesische Batteriefirma CATL überhaupt erst 2011 gegründet.

²²⁾ <https://ethz.ch/en/industry/entrepreneurship/explore-startup-portraits-and-success-stories/uebersicht-eth-spin-offs.html>.

Dateninfrastruktur gezielt Exzellenz anzuziehen. Flankierend sollten transatlantische Kooperationen rechtssicher weitergeführt und Partnerschaften verbreitert bzw. diversifiziert werden (innerhalb der EU, mit dem Vereinigten Königreich, der Schweiz, Kanada, den nordischen Ländern sowie der Asien-Pazifik-Region), um Abhängigkeiten zu reduzieren und Österreichs technologische Souveränität zu stärken.

Längerfristiger Reformbedarf besteht im Bildungssystem. In neusprachlichen Gymnasien entfallen derzeit knapp 2% aller Pflicht-Wochenstunden in der Oberstufe auf Informatik, 6,5% auf Religion und 10% auf Latein. Ein durchgängiges Pflichtfach Informatik oder digitale Grundbildung, wie es auch der Rat für Forschung, Wissenschaft, Innovation und Technologieentwicklung (FORWIT) fordert, könnte mittelfristig dabei helfen, Schlüsseltechnologien der digitalen Transformation wie Big Data oder künstliche Intelligenz effi-

zient einzusetzen und so die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern (Hofmann et al., 2024). Wenn es dafür keine zusätzlichen Finanzmittel für die Schulen gibt, auch angesichts der Knappheit an qualifizierten Lehrkräften, müssten Ressourcen zwischen Fächern umgeschichtet werden.

Es gäbe viele weitere Beispiele dafür, wie sich durch eine andere Mittelverteilung oder Umschichtungen eine höhere Wirkung erzielen ließe. Solche Reformen sind oft schwierig, da sie naturgemäß mit Verteilungskonflikten einhergehen. Eine robuste Evidenzbasis ist deshalb in allen Fällen notwendig, um auf einem gemeinsamen Verständnis der Herausforderungen aufzubauen. Angesichts des globalen Technologiewettlaufes, der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen, der Verschlechterung in Innovationsrankings und des beschränkten budgetären Spielraumes wären Strukturreformen dringend notwendig.

6. Literaturhinweise

- Abel, J. R., & Deitz, R. (2011). Do colleges and universities increase their region's human capital? *Journal of Economic Geography*, 11(2), 1-20.
- Aghion, P., & Howitt, P. (2006). Joseph Schumpeter Lecture Appropriate Growth Policy: A Unifying Framework. *Journal of the European Economic Association*, 4(2-3), 269-314. <https://doi.org/10.1162/jeea.2006.4.2.3.269>.
- Aiginger, K. (1997). The Use of Unit Values to Discriminate between Price and Quality Competition. *Cambridge Journal of Economics*, 21(5), 571-592.
- Andrews, D., Criscuolo, C., & Gal, P. N. (2016). The best versus the rest: The global productivity slowdown, divergence across firms and the role of public policy. *OECD Productivity Working Papers*, (5).
- Asgari, N. (2024). How Sweden's stock market became the envy of Europe. *Financial Times*. <https://www.ft.com/content/edc1bba0-25ca-4148-96f6-d67e30f11a2e>.
- Astebro, T., & Bazzazian, N. (2011). *Universities, entrepreneurship and local economic development*. Handbook of Research on Entrepreneurship and Regional Development: National and Regional Perspectives. <http://books.google.at/books?hl=de&lr=&id=SEPUM7P7rA8C&oi=fnd&pg=PA252&dq=Universities,+entrepreneurship+and+local+economic+development&ots=oKodAkCYPF&sig=z0ko3n94DgZhVvOSa7HJT29KLwM>.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., Pitlik, H., & Sommer, M. (2024). Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029. *WIFO-Monatsberichte*, 97(10), 551-570. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55134347>.
- Belderbos, R., Van Roy, V., Leten, B., & Thijs, B. (2014). Academic Research Strengths and Multinational Firms' Foreign R&D Location Decisions: Evidence from Foreign R&D Projects in European Regions. *Environment and Planning A*, 46(4), 920-942.
- Bock-Schappelwein, J., & Famira-Mühlberger, U. (2020). Ökonomische Folgen von Schulschließungen. *WIFO Research Briefs*, (18). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4153968>.
- Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., Kügler, A., & Schmidt-Padickakudy, N. (2021). Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, digitale Skills und Infrastrukturausstattung in Zeiten von COVID-19. *WIFO-Monatsberichte*, 94(6), 451-459. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/12873636>.
- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung – BMBWF, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie – BMK, Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort – BMDW (2021). *Österreichischer Forschungs- und Technologiebericht 2022*. https://www.bmimi.gv.at/themen/innovation/publikationen/forschungsberichte/ft_bericht22.html.
- Camerani, R., Rotolo, D., & Grassano, N. (2018). Do Firms Publish? A Multi-Sectoral Analysis. *SPRU Working Paper Series*, (2018-21). <https://doi.org/10.2139/ssrn.3276054>.
- Crepon, B., Duguet, E., & Mairesse, J. (1998). Research, Innovation And Productivity: An Econometric Analysis At The Firm Level. *Economics of Innovation and New Technology*, 7(2), 115-158. <https://doi.org/10.1080/10438599800000031>.
- Draghi, M. (2024). *The future of European competitiveness – A competitiveness strategy for Europe*. Europäische Kommission. https://commission.europa.eu/document/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en.
- Ederer, S., Bachtrögl, J., Böheim, M., Falk, M., Mayerhofer, P., & Piribauer, P. (2020). *Produktivität und inklusives Wachstum: Wettbewerb, Investitionen und Innovationen für Wachstum und Teilhabe*. Bertelsmann Stiftung.
- Feichtinger, G., Kettner-Marx, C., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F., & Sommer, M. (2021). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2021. Sonderthema: Umwelt- und Klimamaß-

- nahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan. *WIFO-Monatsberichte*, 94(7), 513-530. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/13124226>.
- Foray, D., & Phelps, S. E. (2011). The challenge of innovation in turbulent times. *MTEI Working Paper*, (002). http://infoscience.epfl.ch/record/170401/files/MTEI-WP-2011-002-Foray_Phelps_1.pdf.
- Friesenbichler, K., Kügler, A., & Schieber-Knöbl, J. (2023). Intangible Capital as a Production Factor. Firm-level Evidence from Austrian Microdata. *WIFO Working Papers*, (660). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/34556801>.
- Gassler, H., & Sellner, R. (2015). Risikokapital in Österreich. Ein Flaschenhals im österreichischen Innovationssystem? *IHS Policy Brief*, (10).
- Hausmann, R., & Hidalgo, C. A. (2011). The network structure of economic output. *Journal of Economic Growth*, 16(4), 309-342.
- Hidalgo, C. A., & Hausmann, R. (2009). The building blocks of economic complexity. *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 106(26), 10570-10575.
- Hofmann, K., & Janger, J. (2023). Ausgaben und Finanzierung von Universitäten im internationalen Vergleich. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/33535018>.
- Hofmann, K., Janger, J., Strauss-Kollin, A., Uhl, M., Unterlass, F., Hartmann, C., & Schütz, M. (2024). Schlüsseltechnologien – Position und Potenzial Österreichs. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54409433>.
- Hofmann, K., Janger, J., & Unterlass, F. (2023). Technologische Souveränität. Empirische Bestimmung und FTI-politische Implikationen. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/30792126>.
- Hofmann, K., Janger, J., & Unterlass, F. (2025). Wettbewerbsfähigkeit in Forschung, Technologie und Innovation. Stärken-Schwächen-Profil bei Schlüsseltechnologien. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57838583>.
- Hölzl, W., Bärenthaler-Sieber, S., Bock-Schappelwein, J., Friesenbichler, K. S., Kügler, A., Reinstaller, A., Reschenhofer, P., Dachs, B., & Risak, M. (2019). Digitalisation in Austria. State of Play and Reform Needs. WIFO, Austrian Institute of Technology. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4144425>.
- Hölzl, W., & Janger, J. (2014). Distance to the frontier and the perception of innovation barriers across European countries. *Research Policy*, 43(4), 707-725. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2013.10.001>.
- Janger, J. (2012). Strukturwandel und Wettbewerbsfähigkeit in der EU. *WIFO-Monatsberichte*, 85(8), 625-640. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4085893>.
- Janger, J. (2019a). Projektbasierte Grundlagenforschungsförderung im internationalen Vergleich. Implikationen für eine Exzellenzinitiative in Österreich. *WIFO-Monatsberichte*, 92(3), 159-172. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4141225>.
- Janger, J. (2019b). The Austrian example. What can the UK learn from Europe's fastest-growing R&D spender? *Research Fortnight*, (547), 12-13. <https://www.researchresearch.com/news/article/?articleid=1382068>.
- Janger, J. (2022). Finanzierung von FTI-politischen Missionen in Österreich. *WIFO Research Briefs*, (15). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/18275037>.
- Janger, J. (2023). FIW Policy Brief No. 61: Innovation, Industrial and Trade Policies for Technological Sovereignty. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50517807>.
- Janger, J., Bock-Schappelwein, J., Hölzl, W., Kügler, A., Dachs, B., Lamprecht, K., Reiter, C., & Leitner, K.-H. (2025). Evaluierung der FTI-Strategie 2030 zur Hälfte der Laufzeit. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57605085>.
- Janger, J., Charos, A., Hofmann, K., Streicher, G., Dau, J., Langen, H., Unger, M., Sauer-Malin, A., Ploder, M., & Schön, L. (2024). The Contribution of Basic Research Projects Funded by the Austrian Science Fund to Economic and Societal Impacts. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/54837521>.
- Janger, J., Firgo, M., Hofmann, K., Kügler, A., Strauss, A., Streicher, G., & Pechar, H. (2017). Wirtschaftliche und gesellschaftliche Effekte von Universitäten. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4132483>.
- Janger, J., & Kügler, A. (2018). Innovationseffizienz. Österreich im internationalen Vergleich. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4137262>.
- Janger, J., Kügler, A., Reinstaller, A., & Unterlass, F. (2017). Austria 2025 – Looking Out For the Frontier(s): Towards a New Framework For Frontier Measurement in Science, Technology and Innovation. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4120818>.
- Janger, J., Schubert, T., Andries, P., Rammer, C., & Hoskens, M. (2017). The EU 2020 innovation indicator: A step forward in measuring innovation outputs and outcomes? *Research Policy*, 46(1), 30-42. <https://doi.org/10.1016/j.respol.2016.10.001>.
- Janger, J., & Slickers, T. (2024). Österreichs Innovationsleistung im internationalen Vergleich. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/55491290>.
- Janger, J., & Strauss-Kollin, A. (2020). Die Leistungsfähigkeit des österreichischen Innovationssystems. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4153180>.
- Keuschnigg, C., & Sardadvar, S. (2019). Wagniskapital zur Finanzierung von Innovation und Wachstum. WPZ – Wirtschaftspolitisches Zentrum.
- Kügler, A., Friesenbichler, K., & Janger, J. (2023). Innovationen und Investitionen österreichischer Unternehmen in der Krise. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/31547592>.

- Lundvall, B.-Å. (2010). *National Systems of Innovation. Toward a Theory of Innovation and Interactive Learning*. Anthem Press.
- McLaughlin, J. A., & Jordan, G. B. (1999). Logic models: A tool for telling your programs performance story. *Evaluation and Program Planning*, 22(1), 65-72. [https://doi.org/10.1016/S0149-7189\(98\)00042-1](https://doi.org/10.1016/S0149-7189(98)00042-1).
- OECD (2018). *OECD Reviews of Innovation Policy: Austria 2018*. <https://www.oecd-ilibrary.org/content/publication/9789264309470-en>.
- Österreichische Bundesregierung (2020). *FTI-Strategie 2030*.
- Peneder, M. (2001). Eine Neubetrachtung des "Österreich-Paradoxon". *WIFO-Monatsberichte*, 74(12), 737-748. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4041762>.
- Peneder, M. (2013). Von den "trockenen Tälern" der Risiko- und Wachstumsfinanzierung. *WIFO-Monatsberichte*, 86(8), 637-648. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4090265>.
- Rat für Forschung und Technologieentwicklung (2023). *Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs*. <https://fti-monitor.rfte.at/docs/pdf/L100012.pdf>.
- Reinstaller, A. (2020a). Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Unternehmenssektors in Österreich. *WIFO-Monatsberichte*, 93(6), 449-460. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4150513>.
- Reinstaller, A. (2020b). Der Beitrag österreichischer Hochschulen zur erfinderischen Tätigkeit von Unternehmen. *WIFO-Monatsberichte*, 93(9), 687-697. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4152717>.
- Reinstaller, A., & Friesenbichler, K. S. (2020). "Better Exports" – Technologie-, Qualitätsaspekte und Innovation des österreichischen Außenhandels im Kontext der Digitalisierung. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4152117>.
- Reinstaller, A., & Reschenhofer, P. (2017). Using PageRank in the analysis of technological progress through patents: An illustration for biotechnological inventions. *Scientometrics*, 113(3), 1407-1438. <https://doi.org/10.1007/s11192-017-2549-x>.
- Stampfer, M. (2000). Das Kplus-Kompetenzzentrenprogramm: Zielsetzungen und aktueller Stand. *Wirtschaftspolitische Blätter*, (2), 214-218.
- Tacchella, A., Cristelli, M., Caldarelli, G., Gabrielli, A., & Pietronero, L. (2012). A New Metrics for Countries' Fitness and Products' Complexity. *Scientific Reports*, 2(1), 723.
- Unterlass, F., Hranyai, K., & Reinstaller, A. (2013). *Patentindikatoren zur Bewertung der erfinderischen Leistung in Österreich. Vorläufiger technischer Bericht*. WIFO (mimeo).

Auswirkungen des (Nicht-)Handelns: Mögliche Kosten des altersbedingten Abgangs von Fachkräften

Julia Bock-Schappelwein, Sandra Bilek-Steindl, Thomas Url



Die Studie untersucht die Herausforderungen, die aus den massiven Abgängen der Arbeitskräfte ab 55 Jahren in den nächsten 5 bis 10 Jahren resultieren können, sowie den zusätzlichen Bedarf in Berufen, insbesondere im Kontext von Digitalisierung, Ökologisierung und dem Ersatzbedarf in systemrelevanten Wirtschaftsbereichen. Zudem wird der damit verbundene Qualifizierungsbedarf betrachtet und es werden zwei Szenarien für die zukünftige Entwicklung des Arbeitskräfteangebots erstellt. Das erste Szenario thematisiert den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften aufgrund der erwarteten Abgänge älterer Arbeitnehmer:innen. Das zweite Szenario befasst sich mit der Aufqualifizierung von Personen im Erwerbsalter mit höchstens Pflichtschulabschluss. Anhand eines Produktionsfunktionsansatzes wird abgeschätzt, wie sich Änderungen im Arbeitsvolumen auf die Gesamtwirtschaft auswirken können. Die gewonnenen Erkenntnisse fließen in die Handlungsoptionen ein.

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien • Oktober 2025 • 49 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60301916>

12/2024 Produktion erneut rückläufig, Erwartungen stabilisiert • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Nutzung künstlicher Intelligenz in Unternehmen • Nüchternungsnachfrage 2024 erstmals höher als vor der COVID-19-Pandemie • Emissionen entkoppeln sich von Wirtschaftsleistung. Mittelfristige Prognose des Treibhausgasausstoßes 2025 bis 2029

1/2025 Zaghafte Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsbereitschaft auch 2025 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2024 • Österreichs Industrieproduktion im internationalen Vergleich. Aktualisierung 2025

2/2025 Noch keine Aussicht auf Konjunkturaufhellung • Konjunkturerwartungen auch zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2025 • Bauwesen in Europa vor moderater Erholung. Euro-construct-Prognose bis 2027 • Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in Wien. Beitrag zur Wirtschaft und Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt

3/2025 Rezession in Österreich hält an • Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs • Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen • Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft. Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

4/2025 Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026 • Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029 • Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 • Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024 • Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze

5/2025 Konjunktur in Österreich weiter schwach • Konjunktüreinschätzungen blieben im Frühjahr verhalten. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2025 • Hartnäckige Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt • Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2024

6/2025 Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit • Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024 • Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029 • Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

7/2025 Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025 • Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025 • Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich

8/2025 Konjunkturbelebungs lässt in Österreich weiter auf sich warten • Stabilisierung der Konjunktüreinschätzungen zu Sommerbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2025 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig • Drei Jahrzehnte Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ländervergleich. Eine Fallstudie zu Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz

9/2025 Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt • Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig • Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025. Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Mag. Jochen Danninger (kooptiert), Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher (kooptiert), Gouverneur der Österreichischen Nationalbank

Anton Matile, Landeshauptmann von Tirol

Kuratorium

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagel-

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögl-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Mariana Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Elisabeth Hofbauer, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Simon Loretz, Sergey Lychagin, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Simon Rütten, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkurök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Barbara Novak, MA (kooptiert), Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien

Mag. Tobias Schweitzer (kooptiert), Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

versicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaserna, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichlermann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Claudia Hirnschall, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klotz, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Lüftner, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Merinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

